

# ISS AKTUELL

1/2021

INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK  
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN

HERWIG JEDLAUCNIK (HRSG.)

## ZUR STRATEGISCHEN LAGE JAHRESBEGINN 2021

globale Akteure und internationale  
Organisationen





Zur Logik des Kartenmaterials:

Die Kartenskizzen dienen dem besseren Verständnis des jeweiligen Kapitels. Farblich gekennzeichnet sind daher nur jene Staaten, welche im Text analysiert werden. Die Graphiken bieten daher keine vollständige Auflistung aller Akteure des jeweiligen geographischen Raumes. Die Kartendarstellungen zeigen dabei die realpolitischen Gegebenheiten und berücksichtigen keine völkerrechtlichen Beurteilungen bzw. Auseinandersetzungen bezüglich territorialer Grenzziehungen.

**Impressum:**

Amtliche Publikation der Republik Österreich/  
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung,  
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie  
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik  
Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903359-22-2

Februar 2021

Druck:

Heeresdruckzentrum, 1030 Wien



AT/028/048



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“  
des Österreichischen Umweltzeichens,  
UW-Nr. 943

## Vorwort

Wie seit vielen Jahren gewohnt, präsentieren wir Ihnen mit der vorliegenden Ausgabe des „ISS-Aktuell“ einen Überblick zur aktuellen strategischen Lage. Dieser soll die Ereignisse des vergangenen Halbjahres beleuchten (die letzte Ausgabe erschien Anfang Juli 2020) und so eine Einschätzung aktueller und künftiger Abläufe erleichtern. Es geht bewusst nicht um eine umfassende und detaillierte Schilderung aller Ereignisse der letzten sechs Monate, sondern um eine kurze, aber präzise Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte, unter Einbeziehung regionaler Zusammenhänge. Die einzelnen Beiträge wurden Mitte bis Ende Jänner 2021 fertiggestellt.

Auch bei der Erstellung dieser Ausgabe spielte das SARS-CoV-2 Virus eine nicht unerhebliche Rolle. Wie in allen Lebensbereichen unserer Gesellschaft waren auch unser Redaktionsteam und unsere Autoren gezwungen, auf sozialer Distanz und zumeist im „Heimbüro“ zu arbeiten. Zusammenarbeit und Koordinierung verliefen dennoch im Wesentlichen problemlos – was beweist, dass wir uns hier schon fast eine gewisse Routine angeeignet haben.

Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau lagen wieder in den bewährten Händen von Oberst Dr. Herwig Jedlaucnik. Ihm und allen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben mehreren Angehörigen des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik (den Hofräten Dr. Gunther Hauser und Dr. Felix Schneider sowie Dr. Rastislav Báchora) möchte ich Dr. Gerald Hainzl, Dr. Walter Posch und Oberst Stephan Reiner BA MA (alle vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement unserer Akademie), Oberst Mag. Walter J. Unger (den Leiter des Cyber-Verteidigungszentrums / Cyber Defence Centre), Oberst Dr. Otto Naderer (Abteilung Transformation der Generalstabsdirektion) sowie Mag. Barbara Farkas und Dr. Johannes Maerk nennen. Im Namen des Instituts danke ich allen Autoren für ihre Mitwirkung.

Da sich die Landesverteidigungsakademie als wissenschaftliche Institution versteht, ergeben sich auch in dieser Zusammenstellung, wie in jedem wissenschaftlichen Medium, aus der unterschiedlichen Bewertung von verschiedenen Blickwinkeln durchaus differenzierte, manchmal sogar widersprüchliche Ableitungen und Analysen. Wie immer reflektieren weder die Texte noch die Karten oder Graphiken irgendeine amtliche Position; die einzelnen Beiträge erscheinen unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der Akademie.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen in diesem Sinne eine spannende Lektüre.

*Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl*  
*Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien*

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort.....</b>	<b>1</b>
<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>2</b>
<b>Innenpolitische und strategische Herausforderungen der neuen US-Führung.....</b>	<b>4</b>
Die Auseinandersetzung USA – China.....	4
Der liberale Hegemon USA.....	6
Die nationalen Interessen der USA.....	6
Die zukünftige Stellung und Rolle des Hegemon unter Präsident Biden .....	6
Der Herausforderer China.....	7
Die US-amerikanische Gegenküsten-Strategie.....	7
<b>Die westliche Welt .....</b>	<b>11</b>
<b>Donald John Trump – Abgesang auf einen Antidemokraten, oder: Was vom Präsidentenamt übrigblieb.....</b>	<b>11</b>
US-Wahlen 2020.....	11
START – Strategic Arms Reduction Talks .....	15
Der US-Supreme Court – Trumps zementiertes Erbe .....	16
SARS-COV19 in den USA .....	17
Das zerrissene Land.....	18
<b>Europa und die EU .....</b>	<b>21</b>
EU einigt sich auf das „Corona-Paket“ und den mehrjährigen Finanzrahmen.....	21
Neue Strategie für COVID-19-Impfstoffe .....	22
Zahlreiche Lockdowns – Spaltungstendenzen in der Gesellschaft.....	23
Terrorismus in Österreich – Neue Anti-Terrorstrategie in der EU im Entstehen.....	25
Das Brexit-Handelsabkommen – „Deal is done“ .....	25
<b>Die NATO und die transatlantischen Beziehungen .....</b>	<b>29</b>
Einleitung .....	29
Die NATO zur Jahreswende 2020/21 .....	29
NATO 2030.....	30
EU und Österreich.....	30
Ausblick .....	31
<b>... und ihre Partner und Herausforderer.....</b>	<b>33</b>
<b>...Russland und der postsowjetische Raum... .....</b>	<b>33</b>
Innenpolitische Dynamik in Russland und Weißrussland.....	33
Aktivitäten des Herausforderers Nawalny .....	33
Proteste in Weißrussland.....	35
Parallelen und Unterschiede der Protestbewegungen .....	36
Krieg um Bergkarabach.....	36
Kriegsverlauf.....	37
Militärische Verluste .....	38
Geopolitische Rahmenbedingungen .....	38
Resümee und Ausblick .....	39
<b>Der indopazifische Raum .....</b>	<b>41</b>
Zunahme der Einwirkung von außen.....	41
Entwicklungen im indopazifischen Raum.....	41

Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Regionalisierung.....	41
Asiatisch-pazifisches Handelsabkommen (RCEP).....	42
Konflikte um die Selbstbestimmung.....	43
Chinas Druckausübung in Konfliktsituationen.....	43
Chinas Verständnis von Souveränität.....	44
Vertiefung der (militärischen) Kooperationen.....	46
Wirkung des indopazifischen Raumes nach außen.....	46
<b>Das Abraham-Abkommen.....</b>	<b>50</b>
Trumps Abgang in Würde, oder doch Bidens Bürde?.....	51
Einleitung.....	51
Die Nahostpolitik der Administration Donald J. Trump.....	52
Peace to Prosperity; A Vision to Improve the Lives of the Palestinian and Israeli People.....	53
Land für Frieden.....	56
Die Bewertung des Planes „Peace to Prosperity“.....	57
Ausblick.....	58
<b>Entwicklungen in der Türkei und im Iran.....</b>	<b>60</b>
Türkei.....	61
Iran.....	63
<b>Sub-Sahara Afrika.....</b>	<b>67</b>
Übergangsregierung in Mali.....	67
Horn von Afrika.....	67
Äthiopiens Konflikte.....	67
Wahlen in Uganda.....	68
African Continental Free Trade Area (AfCFTA).....	69
<b>Lateinamerika.....</b>	<b>71</b>
Chile – eine neue Verfassung.....	71
Bolivien – die Linke ist wieder zurück.....	71
Mexiko – die offenen Wunden der Conquista.....	71
Die Geopolitik der Impfstoffe.....	71
China bleibt wichtiger Handelspartner Lateinamerikas.....	72
Kontroverse um 5G.....	72
IBSAMAR–Manöver wegen Pandemie abgesagt.....	72
<b>Aktuelle Cyberlage.....</b>	<b>74</b>
Die Pandemie – Eskalationsfaktor der Cyberbedrohung.....	74
Dynamische Entwicklung der Cyberbedrohung.....	74
Staatliche Akteure.....	75
Bemerkenswerte Inzidents.....	75
Sabotageattacken.....	76
Subversion.....	77
Cyberkriminalität.....	78
Cyberverteidigung und Cybersicherheit.....	80
<b>Bildnachweis.....</b>	<b>83</b>
<b>Kartenmaterial.....</b>	<b>85</b>
<b>Autoren.....</b>	<b>86</b>

## **Innenpolitische und strategische Herausforderungen der neuen US-Führung**

Donald Trump hat 2020 nicht nur den Präsidentschaftswahlkampf, sondern vor allem seinen Kampf gegen das US-Establishment verloren – auf politischer, medialer, aber auch strategischer und militärischer Ebene. Schlussendlich ist Trump vermutlich an seinem vorsichtigen Corona-Krisenmanagement, aber auch an seiner problematischen (narzisstischen) Persönlichkeit gescheitert.

Das Ergebnis der US-Präsidentenwahlen ist, dass sich die Mehrheit der US-Bevölkerung gegen Donald Trump und seine Denkweise entschieden hat. Was das Ergebnis dieser Wahl von anderen Wahlen unterscheidet, ist, dass das Wahlergebnis vom unterlegenen Kandidaten und seinen Wählern massiv angezweifelt wird. Zahlreiche Anhänger von Donald Trump sind frustriert und werden sich vermutlich weiter radikalieren. Simplifizierte Antworten auf diese Ereignisse und die (jahrelangen) Entwicklungen in den USA erklären jedoch nicht die Ursachen dieser Entwicklungen.

Hintergrund der vielfach problematisierten Polarisierung der US-amerikanischen und generell der westlichen Gesellschaft sind radikal differente Gesellschaftsmodelle. Während linksliberale Kräfte eine globalisierte, multikulturelle Migrationsgesellschaft forcieren, stellen sich patriotisch-nationalkonservative Kräfte dem entgegen. In den letzten Jahrzehnten haben dabei die linksliberalen Kräfte die Oberhand gewonnen. Sie haben sich dabei auf wirtschaftlicher Ebene mit neoliberalen Kräften und Vorstellungen verbündet. Diese Kräfte ignorieren zumeist, welche wirtschaftlichen und vor allem sozialpolitischen Konsequenzen die Globalisierung für Teile der Bevölkerung hat. In der westlichen Welt waren es dabei vor allem die Arbeiterklasse und teilweise die Mittelschicht, welche die negativen Auswirkungen der Veränderungen verspüren mussten. Die Nachteile der Globalisierung - durch einen verschärften Wettbewerb und Niedriglöhne in Entwicklungs- und Schwellenländern - führten zumindest teilweise zu Arbeitslosigkeit bzw. schlechteren Arbeitsbedingungen in den Industriestaaten, aber auch zu einem Kontrollverlust der Nationalstaaten auf wirtschaftspolitischer Ebene. Die parallel stattfindende Massenmigration aus dem ärmeren Süden hat gleichzeitig zu einer Entfremdung und Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft geführt. Ängste und Verluste im Zuge von Globalisierung und unkontrollierter Migration sind jedoch zentrale Mitverursacher der oben dargelegten Polarisierungen. Donald Trumps Erfolge lassen sich unter anderem damit erklären. Trump kritisiert unter anderem, dass zahlreiche Politiker des „Establishments“ ignorieren

oder beschönigen, dass die verschärfte Konkurrenz aus Billiglohnländern Millionen Jobs in den Industriestaaten, konkret in der US-amerikanischen Industrie, vernichtet habe. Gleichzeitig würden Reallöhne seit Jahrzehnten stagnieren oder sogar sinken. Die Schere der Einkommen wäre real auseinandergegangen, und die US-amerikanische Mittelschicht schrumpfte. Daher war ein zentrales Thema von Trumps Präsidentschaft, den Freihandel und Freihandelsabkommen aber auch die unkontrollierte Migration in Frage zu stellen.

Ein weiterer zentraler Grund für Polarisierung und Radikalisierung ist die Rolle der Medien. Klassische Medien forcieren mit Masse seit Jahren und Jahrzehnten linksliberale Positionen. Dies führte in den letzten Jahren dazu, dass einerseits die Glaubwürdigkeit der Medien als kontrollierende vierte Macht im Staat verloren ging und andererseits soziale Medien sich als alternative Informationsquellen etablierten. Die vielerorts und zuletzt im Zuge des US-Präsidentschaftswahlkampfes kursierenden Verschwörungstheorien haben in der in Frage gestellten Unparteilichkeit der Medien ihren Ausgangspunkt. Da seriösen und etablierten Medien kein Glauben geschenkt wird, werden alternative Medien und damit vielfach auch Fake News die Informationsquellen politisch Andersorientierter. Im konkreten Fall des US-Präsidentschaftswahlkampfes waren sich zahlreiche Trump-Anhänger sicher, dass das sogenannte Establishment gemeinsam mit den klassischen Medien den Wahlsieg Donald Trumps mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Dies wiederum war die Basis für die Überzeugung, dass vor allem im Zuge der Briefwahl ein gigantischer Betrug stattgefunden habe. Dies führte nicht nur zu zahlreichen Protesten und dem wohl lächerlichsten Putschversuch der jüngeren Geschichte: Es ist auch die Basis für die weitere und sich noch verstärkende Polarisierung und Extremisierung der US-amerikanischen Gesellschaft.

Es ist daher davon auszugehen, dass die USA langfristig an innenpolitischer Stabilität verlieren werden. Diese Destabilisierung wird den zukünftigen Präsidenten zwar nicht an seiner Amtstätigkeit hindern, seine Handlungsfähigkeit aber einschränken.

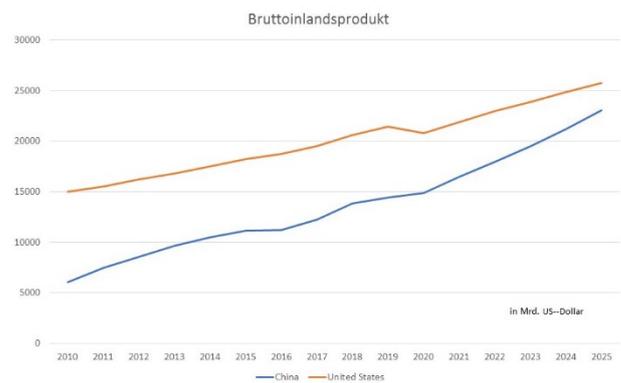
### **Die Auseinandersetzung USA – China**

Aber nicht nur innerhalb der westlichen Gesellschaft verschärfen sich die politischen Gegensätze. Vergleichbares ist auch auf der geostrategischen Ebene zu verfolgen. Veränderungen der Machtverteilung und differentes ökonomisches Wachstum - wie wir es seit Jahren auf der globalen Ebene beobachten können - führen generell zu einer Bedrohung des Status quo und potenziell zu strukturellen Krisen. Die aktuelle Weltordnung wird dabei von einer Minderheit der internationalen Akteure dominiert; primär von

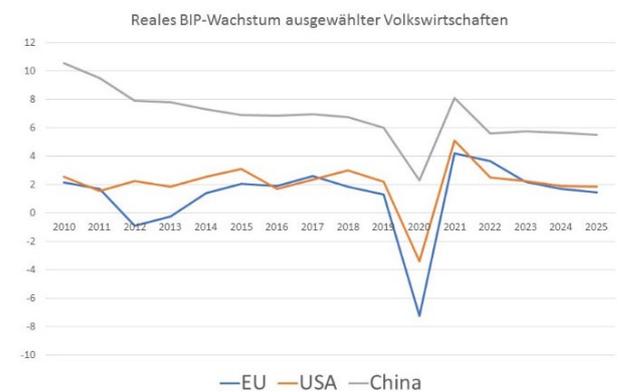
europäisch geprägten demokratischen Staaten. Zahlreiche Akteure dieser Staatengruppe verfolgen dabei, neben ihren nationalen Interessen, auch das Ziel, die Welt zu einer vermeintlich bessern, jedenfalls zu einer liberaleren und demokratischeren zu machen. Gleichzeitig hat diese westliche Staatengruppe das Ziel, die derzeitige Weltordnung stabil zu halten – auch um die eigene Machtposition abzusichern. Diese Stabilität ist jedoch gefährdet, da einerseits einige Staaten ihre Stellung im internationalen System zu verändern suchen, andererseits die westliche Politik selbst diese Stabilität unterminiert. Der vom Westen dominierte und gesteuerte Demokratieexport hat vor allem an der europäischen Peripherie einen instabilen Krisenraum erzeugt, der von Weißrussland über die Ukraine, den Kaukasus, den Nahen Osten bis an die europäische Gegenküste in Nordafrika reicht. Dieser Krisenraum wurde in den letzten Jahren durch Kriege, bewaffnete Konflikte und islamistische Revolutionen destabilisiert. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass die betroffenen Staaten keinesfalls demokratischer und liberaler, sondern zumeist noch korrupter und ärmer und im islamischen Raum konservativ-islamistischer geworden sind.

Wie an dieser Stelle schon mehrfach dargelegt, fordern gleichzeitig einzelne Mittel- bzw. Regionalmächte die uneingeschränkte Machtposition des Westens, vor allem aber der USA, heraus. Die US-amerikanische Unipolarität Ende des 20. Jahrhunderts entwickelte sich dabei vorerst zu einer diffusen Multipolarität und seit einigen Jahren zu einer fragilen asymmetrischen Bipolarität. Diese aktuelle globale geopolitische Struktur wird von den USA und China dominiert. Den stärkeren der ungleichen Pole stellen dabei die USA und ihre Verbündeten dar. Den schwächeren Pol bilden in einer Art Zwangsallianz China und Russland sowie ihre Verbündeten. Russland und China entwickelten sich dabei gemeinsam mit wechselnden Koalitionspartnern zu einem anti-westlichen Block. Die nicht-westlichen Staaten suchen und finden dabei zumindest in begrenztem Rahmen einen Schulterchluss. Je stärker dabei der Gegendruck durch den westlichen Pol, umso enger wird die Bindung dieser Staaten sein. Obwohl vor allem die russisch-chinesische Kooperation durchaus als fragil betrachtet werden muss, wird sie sich mit zunehmender Dauer verfestigen. Bisher haben die anti-westlichen Kräfte noch keine effektive Projektionsfähigkeit ihrer Macht außerhalb des eigenen engeren regionalen Rahmens. Überdies hatten diese Staaten bisher nicht die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Anziehungskraft des Westens. Dies verändert sich jedoch mit dem Ausbau der ökonomischen und militärischen Macht Chinas und der Festigung der russisch-chinesischen Achse zusehends.

Zuletzt stärkte auch der Erfolg in der Bekämpfung der Corona-Krise die autokratisch-totalitären Staaten.



Vergleich der Wirtschaftsentwicklung USA – China



Auch in der Corona-Krise: China übertrifft ökonomisch den Westen

Vor allem die USA begegnen diesen Herausforderungen aber auch durch den Einsatz eigener Machtmittel. US-amerikanisches Machtverhalten wurde dabei auf unterschiedlichen Ebenen und Schauplätzen sichtbar. Herausforderern der US-amerikanischen Dominanz wird mit verschiedenen Machtmitteln politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Art begegnet. Die USA agieren dabei zwar primär „nur“ mit wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen, gegen schwächere Staaten gehen sie aber auch mit militärischen Mitteln vor - zumeist jedoch unterhalb der Ebene offener Kampfhandlungen. Die USA behalten sich dabei aber auch weiterhin die Möglichkeit und das „Recht“ vor, andere Staaten auch präemptiv anzugreifen, wenn diese potenziell zu einer Bedrohung für US-amerikanische Interessen werden könnten. Diese Auseinandersetzungen drehen sich jedoch nicht nur um nationale Interessen. Gleichzeitig findet eine Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und einem neuen Totalitarismus chinesischer Prägung statt.

### **Der liberale Hegemon USA**

Für das Zustandekommen und den Fortbestand von Kooperation innerhalb einer Staatengruppe bedarf es zumeist der Führung eines Einzelnen, eines Hegemon. Insbesondere eine äußere Bedrohung animiert dazu, einen solchen zu akzeptieren. Aus europäischer Perspektive fehlt ein solch dominierender Staat hierorts. Daher bedarf es der USA als dominantem Partner. Vor allem in sicherheitspolitischen und geostrategischen Fragen fehlt Europa eine eigenständige Rolle. Der liberale Westen benötigt daher die NATO und den Hegemon USA, um zielgerichtet und kollektiv agieren zu können. Ähnlich stellt sich die Situation auch bei den westlichen Verbündeten in Ostasien dar.

### **Die nationalen Interessen der USA**

Der Großteil des US-amerikanischen Establishments glaubt, dass die Aufrechterhaltung der global-liberalen Werteordnung ein wesentliches US-amerikanisches Interesse ist. Gleichzeitig dient diese Ordnung geostrategischen US-Interessen. Sie bindet die westlichen Verbündeten an die USA und garantiert dieser politische, wirtschaftliche und militärische Präsenz an ihren Gegenküsten. Das dahinterstehende strategische Ziel der USA ist die Aufrechterhaltung seiner globalen Dominanz. Dazu wollen und werden sie weiterhin nicht nur den amerikanischen Kontinent, sondern auch die europäische und asiatische Gegenküste dominieren.

US-Präsident Biden wird sich zur Absicherung US-amerikanischer Interessen und Ziele wieder vermehrt kooperativer Rhetorik bedienen. Multilateralismus wird dabei der Durchsetzung der Interessen des scheinbar wohlwollenden US-amerikanischen Hegemon dienen.

Die NATO ist für die USA dabei die institutionelle Grundlage sowohl für die permanente Präsenz US-amerikanischer Truppen an der atlantischen Gegenküste als auch die Möglichkeit, europäische Angelegenheiten zu beeinflussen. Die klare Führung innerhalb des transatlantischen Bündnisses und die Unterordnung der europäischen Verbündeten wird durch den US-amerikanischen Oberbefehl sichergestellt. Europa will grundsätzlich auch geführt werden, aber europäische Eliten und Öffentlichkeit wollen die Illusion hegen, dass sie gleichberechtigte Partner seien. Diese Illusion wurde von US-Präsident Donald Trump in den letzten Jahren deutlich gestört.

Wenn auch die institutionellen Strukturen anders sind und die eigene Rolle primär bilateral abgesichert ist, verfolgen die USA auch an ihrer asiatischen Gegenküste

eine vergleichbare Politik. Auch diese garantiert die US-Präsenz an der pazifischen Gegenküste.

### **Die zukünftige Stellung und Rolle des Hegemon unter Präsident Biden**

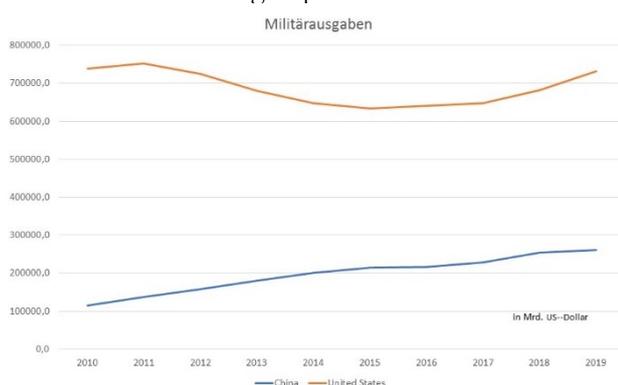
Allen Unkenrufen zum Trotz wird sich an der hegemonialen Stellung der USA in absehbarer Zeit auch nichts ändern, unabhängig, ob der Hegemon seine Stellung wohlwollend oder fordernd präsentiert: Donald Trump hatte die Maske des wohlwollenden Hegemon abgenommen, welche US-Präsident Joe Biden nunmehr wieder aufsetzen wird. Unabhängig davon dienen internationale Institutionen dem Hegemon als Instrumente zur Durchsetzung seines Willens. Faktisch war die US-amerikanische Hegemonie schon immer auch eine institutionelle Form von Herrschaft. Wenn die Aufrechterhaltung US-amerikanischer Hegemonie als Ziel verstanden wird, ist die globale liberale Werteordnung kritisch betrachtet auch als politisches Instrument zu begreifen. Auch der vielgepriesene Multilateralismus ist in diesem Sinne primär instrumentell zu betrachten und dient der Realisierung US-amerikanischer Interessen. Ob es gefällt oder nicht, US-amerikanische Sicherheitspolitik orientiert sich prinzipiell primär an eigenen nationalen Interessen. Es ist aber auch ein Kennzeichen US-amerikanischer Politik, dass, abhängig von innenpolitischen Rahmenbedingungen, realistische oder liberal-institutionalistische Denkweisen prägend sind. Donald Trump hatte dabei dem Realismus noch einen Hauch Isolationismus beigefügt. Daher war Trump auch nicht bereit, im Namen von Demokratie und Liberalismus weitere Kriege zu führen. Auch wenn hierorts die Regierung Trump als rundum negativ und teilweise sogar als gefährlichste der Geschichte (© Noam Chomsky) betrachtet wird, war US-Präsident Trump faktisch der friedlichste US-Präsident seit Jahrzehnten. Unter seiner Führung wurde das US-amerikanische Engagement in zahlreichen Kriegsschauplätzen der vergangenen Jahrzehnte reduziert und gegen den Widerstand auch des republikanischen Establishments zumindest teilweise zu Ende gebracht. Letztendlich erfolgreich war er aber auch dabei nicht. Das politisch-militärische Establishment hatte in den vergangenen Jahren Trumps Versuche, den afghanischen, irakischen und syrischen Kriegsschauplatz zu verlassen so erfolgreich verzögert, dass dies nunmehr wieder revidiert werden kann.

US-Präsident Joe Biden wird im Gegensatz zu seinem Vorgänger wieder bereit sein, liberal-demokratische Ziele auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Dennoch werden die USA vermutlich weniger aggressiv agieren als in der Clinton-Bush-Obama Ära. Biden wird gleichzeitig gegenüber US-Partnern die nationalen Interessen der USA wieder besser kaschieren und diese zumindest vordergründig nur mit Soft Power

durchzusetzen versuchen. Er wird sich zur Absicherung US-amerikanischer Interessen und Ziele wieder vermehrt kooperativer Rhetorik bedienen. Im Vergleich zu Trump denkt Biden dabei weniger unilateral und eher multilateral. Er wird daher versuchen seine europäischen und asiatischen Partner in einer konzertierten Strategie gegen die Herausforderer China und Russland zu vereinen. Multilateralismus wird dabei der Durchsetzung der Interessen des scheinbar wohlwollenden liberalen US-amerikanischen Hegemon dienen. Biden wird dabei durch geschickten Einsatz internationaler Institutionen auch versuchen, die Kosten zur Durchsetzung der eigenen Interessen auf Partner und Verbündete zu übertragen. Dazu wird er der NATO und anderen Allianzen wieder mehr Aufmerksamkeit schenken. Von den europäischen Verbündeten wird er dafür mehr Verantwortung gegenüber dem von ihm als feindlich definierten Russland aber auch im MENA-Raum einfordern. Vor allem aber wird er die bi- und multilateralen Bündnisse der USA im asiatisch-pazifischen Raum forcieren.

### Der Herausforderer China

Die größte Herausforderung für die USA stellt weiterhin der Aufstieg Chinas als wirtschaftliche und zukünftig auch militärische Macht dar. China steht dem Westen und vor allem den USA kritisch gegenüber, hat sich bisher aber noch nicht stark genug gefühlt, seine (regionalen und territorialen) Interessen auch militärisch durchzusetzen. Daher baut China seine militärischen Kapazitäten sukzessive weiter aus. Die Rolle der USA als dominierende militärische Weltmacht steht jedoch vorerst nicht zur Disposition. Dennoch stellt China mit Militärausgaben von über 250 Mrd. USD regional einen immer relevanteren Gegenspieler dar.



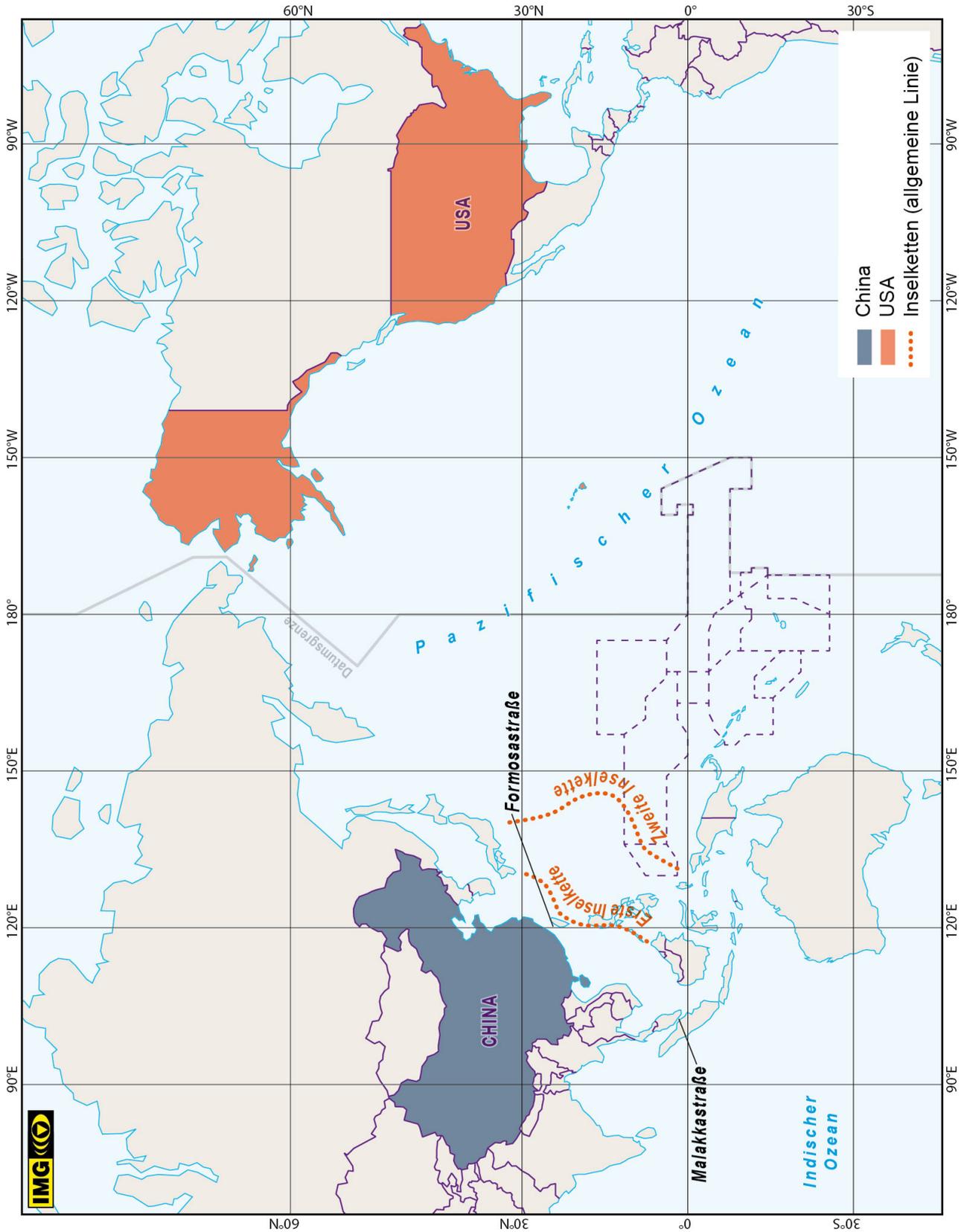
Vergleich der Rüstungsausgaben USA – China

Eine militärische Konfrontation zwischen China und den USA ist noch nicht zu erwarten, da eine solche Konfrontation China auf Grund der ungleichen Machtverhältnisse, die USA auf Grund des Risikos erheblicher eigener Opfer scheuen. Konflikte unterhalb der Schwelle der direkten militärischen Gewalt sind

jedoch sehr wahrscheinlich bzw. finden in Teilen bereits statt. Mittelfristig steigt jedoch die Wahrscheinlichkeit einer direkten militärischen Konfrontation. Vor allem bei den für China essentiellen maritimen Transportrouten stellt sich das Konfliktpotential bereits kritisch dar. China baut seine militärischen Kapazitäten im maritimen Raum parallel zu seinem Wirtschaftswachstum sukzessive weiter aus. China benötigt dabei aus seiner Sicht die strategische Tiefe zum Schutz des eigenen Hauptlandes sowie die Möglichkeit zur Sicherung der vorgelagerten Meerengen, über welche die Masse der chinesischen Importe und Exporte transportiert wird. Die Beherrschung der Straßen von Malakka und Formosa ermöglicht China in diesem Raum, notfalls mit eigenen Kräften wirksam zu werden, um eine Sperre dieser Seestraßen verhindern zu können. China wird daher versuchen, in den nächsten Jahrzehnten die militärische Dominanz im Westlichen Pazifik zu erreichen, um den US-Streitkräften vorerst die ungehinderte Nutzung des Raumes zu verwehren und langfristig aus diesem zu verdrängen. China versucht durch den Ausbau seiner militärischen Präsenz eine potenzielle Unterbrechung seiner maritimen Transportwege zu verhindern. Die USA versuchen wiederum einen solchen Machtausbau zu verhindern - offiziell um die „Freiheit der Schifffahrt“ sicherzustellen - realpolitisch jedoch, um die eigene ordnungspolitische Dominanz aufrechtzuerhalten, China einzudämmen und gegebenenfalls die Logistikkrouen Chinas unterbrechen zu können.

### Die US-amerikanische Gegenküsten-Strategie

Die USA gehen davon aus, dass nur die Beherrschung ihrer Gegenküsten eine nachhaltige Verteidigung nicht nur der europäischen Partner einerseits und der asiatischen Verbündeten andererseits, sondern vor allem der USA selbst sicherstellt. Zurzeit erstreckt sich daher entlang der Linie Japan - Taiwan – Diaoyu-Inseln - Philippinen die von US-amerikanischen Militärstrategen so bezeichnete "erste Inselkette". Für die USA stellt diese Inselkette ein wichtiges Mittel zur Eindämmung einer potenziellen chinesischen Expansion dar. Der chinesische Gegenentwurf zielt auf die Befreiung der vitalen chinesischen Wirtschaftsräume und deren Logistikkrouen von dieser permanenten US-amerikanischen Bedrohung. China sieht die Übernahme der Kontrolle über die „erste Inselkette“ als ersten Schritt eines dreistufigen Plans. Primär will China damit die Kontrolle über den eigenen Raum erlangen, ssekundär der eigenen Marine Machtprojektionsfähigkeit geben. Die nächste Stufe dieses Plans ist die Kontrolle über eine zweite Inselkette, welche die Ogasawara-Inseln mit Guam und Indonesien verbindet. Die dritte und letzte Stufe dieser



Die pazifische Gegenküste der USA

chinesischen strategischen Planungen zielt auf die Beendigung der unilateralen US-amerikanischen Vorherrschaft im Pazifischen und Indischen Ozean durch den Einsatz eigener Flugzeugträgerverbände ab.

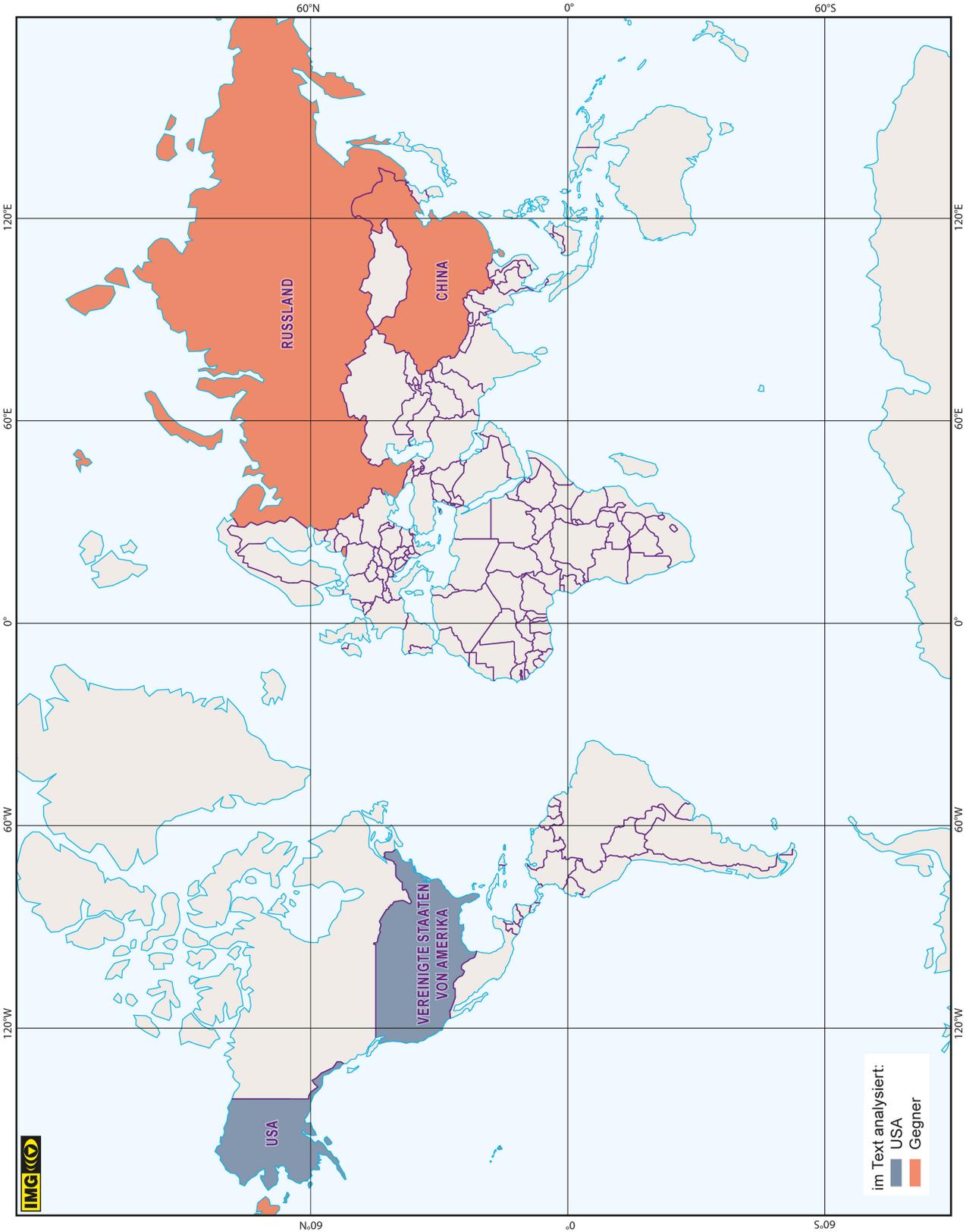
Auf Grund dieser grundsätzlich divergierenden strategischen Interessen steigt generell das Potenzial für eine bewaffnete Auseinandersetzung über umstrittene Meeresgebiete nicht nur zwischen China und seinen südostasiatischen Kontrahenten, sondern auch mit den mit einzelnen dieser Länder verbündeten USA. Es muss davon ausgegangen werden, dass China diese für sich vitalen Ziele sukzessive umsetzen wird. Kurzfristig wird China daher seine Stützpunkte im Südchinesischen Meer weiter ausbauen, mittel- bis langfristig auch Taiwan wieder in Besitz nehmen. Zur Durchsetzung dieser Ansprüche schließt China den Einsatz militärischer Mittel dezidiert nicht aus.

Parallel zu seinen Ambitionen im Chinesischen Meer und im Pazifik treibt China den Ausbau der Neuen Seidenstraße weiter voran. Ergänzend zur Machtpositionierung im eigenen maritimen Vorfeld wird China dabei auch die strategischen Verknüpfungen zu den Staaten entlang seiner strategischen Logistikrouten weiter ausbauen. Dem interessierten Leser darf ich in diesem Zusammenhang die vor wenigen Wochen erschienene Publikation unserer Kollegin Barbara Farkas „Die Seidenstraße - Wie China den strategischen Raum prägt“, welche in der Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie erschienen ist, zum Studium empfehlen.<sup>1</sup>

**Herwig Jedlaucnik**

---

<sup>1</sup> <https://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=1048>



Vereinigte Staaten von Amerika

## Die westliche Welt ...

### Donald John Trump – Abgesang auf einen Antidemokraten, oder: Was vom Präsidentenamt übrigblieb

#### US-Wahlen 2020

Die US-Wahl ist vorüber. Der Demokrat Joe Biden, ein Katholik mit irischen Wurzeln aus Scranton, Pennsylvania, hat sie gewonnen. Am 20. Jänner 2021 verließ Donald Trump das Weiße Haus und begab sich nach Florida – ohne der Amtseinführung seines Nachfolgers beizuwohnen. Nach dem klassischen Schwur auf die Bibel, die mit dem traditionellen „so help me God“ auf den Stufen des Kapitols endete, waren es wohl nicht wenige überzeugte Demokraten in aller Welt, die zum Taschentuch griffen, um sich den Schweiß von der Stirn zu wischen. Ein vierjähriger Albtraum war vorbei.

Ist er das?

Der bekannte linksliberale US-Intellektuelle und emeritierte Professor am MIT (Massachusetts Institute of Technology), Noam Chomsky, bezeichnete die Administration Trump in einem Interview mit der österreichischen Tageszeitung Der Standard kürzlich als „die gefährlichste der Geschichte“ (publiziert am 26.01.2021). Der weltberühmte Linguist und 36-fache Ehrendoktor bezog sich dabei vor allem auf Trumps Klimapolitik:

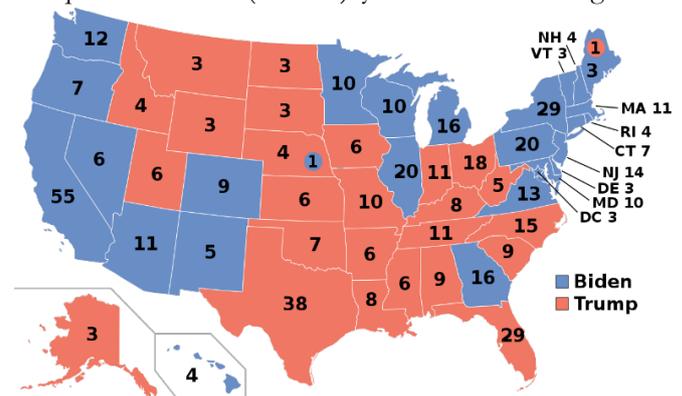
*Es gibt keine andere politische Figur in der Geschichte, die ihre Hauptanstrengungen dem Versuch gewidmet hat, die Aussichten für menschliches Leben auf der Erde zu zerstören. Nicht Dschingis Khan, nicht Attila der Hunne – niemand, der mir einfällt. Trump war einzigartig. Er hat sehr hart daran gearbeitet, die Nutzung fossiler Brennstoffe zu maximieren und die Regulierungen zu beseitigen, die ihre Auswirkungen etwas abgemildert haben. Es war ein Wettlauf in die Katastrophe. Und die Trump-Regierung wusste genau, was sie tat. Das ist doch Irrsinn!*

Wenn sich zukünftige Generationen von Historikerinnen und Historikern einst mit Donald Trump beschäftigen werden – wie wird ihr Urteil dann ausfallen? Werden sie Chomsky recht geben? Ist es ein Zufall, dass die Redakteure des wichtigsten Wörterbuches der Welt, des „Oxford English Dictionary“, just wenige Tage nach Donald Trumps Wahlsieg von 2016 das Wort „post-truth“ zum Wort des Jahres wählten? Brach mit Trump endgültig das Zeitalter postfaktischer Politik an? Werden staatliche „alternative Fakten“ und die „gefühlten Wahrheiten“ von Weltverschwörern künftig auch in unseren westlichen Demokratien unser Leben dominieren, einer Art geistiges Virus, gegen das es keine Impfung gibt? Und –

welche Rolle spielt dabei der Aufstieg sozialer Medien als Informationsquelle?

Aus unserer heutigen zeithistorischen Micky-Maus-Perspektive betrachtet sind diese Fragen wahrlich schwer zu beantworten. Zu viele gesellschaftspolitische Faktoren und Parameter sind im Spiel, um schon jetzt eine seriöse politische Prognose erstellen zu können. Der neue US-Präsident Joe Biden meinte nach dem „Storming of Capitol Hill“, die US-Demokratie „was pushed, tested and threatened“ aber „proved to be resilient, true and strong“. Vorerst scheint das klassische demokratische Modell gewonnen zu haben, wenn auch schwer angeschlagen.

Blättern wir vier Jahre zurück. Wir erinnern uns: Nach den US-Präsidentenwahlen 2016 war ein Mann ins Oval Office eingezogen, der 2,9 Millionen Stimmen weniger auf sich vereinigt hatte als seine Mitbewerberin, die Demokratin Hillary Clinton. Der Republikaner Donald John Trump konnte so mit 46,1% der abgegebenen Stimmen 304 Wahlmänner auf sich vereinigen, Clinton dagegen mit 48,2% nur 227. Das antikierte US-Wahl(männer)system machte es möglich.



Endergebnis der US-Wahl 2020, Verteilung der Wahlmänner

Dieses Mal lagen die Dinge ganz anders, wenn sie auch in ihrem Ergebnis fast ident waren: Der Demokrat Joe Biden gewann die 59. Wahl zum Präsidenten und Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. US-Vizepräsidentin (und erste Frau in diesem Amt) wurde Kamala Harris, Juristin aus Oakland, Kalifornien, mit tamilisch-jamaikanischen Wurzeln.

Endergebnis: Biden: 51,3% bei 306 Wahlleuten, Trump 46,8% bei 232 Wahlleuten.

#### „Stop the steal!“

Für all jene, die jetzt glaubten, die Sache sei nach dem Wahltag erledigt und die politischen Weichen vom Volk neu gestellt, der sollte schon bald eines Besseren belehrt werden. Donald Trump wäre nicht Donald Trump gewesen, hätte er nicht auch bei einem klaren Votum gegen ihn einen Präzedenzfall für „fake-news“ geschaffen: Als erster Präsident der US-Geschichte stellte er sich noch am Wahlabend vor laufende Kameras und behauptete ganz einfach, die Wahl sei ihm

„gestohlen“ worden und er eigentlich derjenige, der „haushoch“ gewonnen habe.

Trump twitterte noch in der Wahlnacht:

*Last night I was leading, often solidly, in many key States, in almost all instances Democrat run & controlled. Then, one by one, they started to magically disappear as surprise ballot dumps were counted. VERY STRANGE, and the “pollsters” got it completely & historically wrong!*

Donald J. Trump (@realDonaldTrump) November 4, 2020

Was danach folgte, war in der Geschichte der USA einzigartig. Zusammen mit einem Großteil seiner Parteigänger zweifelte Trump – ohne bis heute Beweise zu präsentieren - den Ausgang der Wahl wiederholt an, frei nach dem Motto: „Ich sags einmal, ich sags zweimal, ich sags dreimal – dann ist’s wahr!“

Trump ließ durch eine Armada von Rechtsanwälten in vielen Bundesstaaten nach dem Wahltag Neuauszählungen der Stimmen einklagen. In keinem Fall kam es zu signifikanten Änderungen des Ausgangs des Wahlabends.

Das bis kurz vor der Amtsübergabe an Joe Biden nicht nachlassende lautstarke Beharren auf völlig unbewiesenen Anschuldigungen machten letztere am Ende jedoch auch nicht wahrer. Das sah auch der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten so und schmetterte Trumps zahlreiche Klagen aufgrund fehlender Beweise ob des Vorwurfs, die Wahlen seien nicht rechtmäßig durchgeführt worden, in letzter Instanz ab.

Trump, der sich aufgrund seiner konservativen Supreme-Court-Personalpolitik der vergangenen Jahre (siehe Kapitel unten) anscheinend gute Chancen vor dem höchsten US-Justizgremium erhofft hatte, ließ in der Folge auch den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten seinen „Zorn“ spüren: Trump wörtlich: „*I am very disappointed in United States Supreme Court, and so is our great country!*“

Doch Trump beließ es nicht beim verbalen Rundumschlag auf der Suche nach den Schuldigen seiner Wahlniederlage (die er als solche bis heute nicht anerkannte). Mit immer neuen Auftritten stachelte er seine Hard-Core-Anhänger an, sich offiziell vom Wahlausgang zu distanzieren. Bereits am 19. Dezember 2020 hatte Trump mit dem Aufruf „*Be there, will be wild!*“ seine Anhänger aufgefordert, Anfang Januar in die Hauptstadt Washington zu kommen, um am „Tag der Entscheidung“ zahlreich vor Ort zu sein.

Am 6. Jänner 2021 war es dann soweit. Vor tausenden treuer Anhänger wiederholte er im „Ellipse-Park“ seine Verschwörungstheorien („stop the steal“) und forderte die Menge nicht allein zum Durchhalten auf („*we will never give up, we will never concede*“), sondern agierte quasi als präsidentielles „Navi“, was nun zu tun sei, nämlich „*walk down Pennsylvania Avenue*“ und „*walk down to the Capitol*“ [...] „*cheer on our brave Senators and Congressmen and women. And we’re probably*

*not going to be cheering, so much for some of them, because you’ll never take back our country with weakness, you have to show strength and you have to be strong.*“

Danach begab sich Trump ins Weiße Haus, während sich ein viele hundert Personen umfassender Zug seiner aufgestachelten Anhänger aufmachte, um genau das zu tun, wovon Trump noch wenige Minuten vorher gesprochen hatte: Die Pennsylvania-Avenue herunterzuziehen, um die Politiker im Kapitol (u.a. seinen eigenen Vizepräsidenten Mike Pence) daran zu hindern, das demokratische US-Wahlprozedere (Electoral College) zugunsten des President-elect of the United States, Joe Biden, in einem letzten demokratischen Akt abzuschließen.

Was nun geschah, war nichts weniger als ein gewaltsamer Anschlag auf die Grundpfeiler der US-Demokratie, das US-Kapitol.



6. Januar 2021: Sturm auf das Kapitol

Der von Trump aufgestachelte Mob drang um ca. 14 Uhr Ortszeit bis ins Kapitol vor und überrannte einfach die sich dort in viel zu geringer Anzahl im Einsatz befindlichen Polizeikräfte der U.S. Capitol Police. Die Abgeordneten, die sich gerade in den Sitzungssälen befanden, verschanzten sich notdürftig und wurden von den wenigen verbliebenen Sicherheitsleuten, die sich noch innerhalb des Gebäudes aufhielten, so gut es ging geschützt. Es kam zu Tumulten, Plünderungen und massiven Verwüstungen innerhalb des Gebäudes. Auf der Westseite des Gebäudes errichtete der Mob einen Galgen samt Henkersschlinge und forderte lautstark die Lynchung des „Verräters“, des US-Vizepräsidenten Mike Pence, der selbst als Senatsvorsitzender der feierlichen Abstimmung durch die Wahlmänner

beiwohnte, denn das Electoral College war im Kapitol gerade dabei, Joe Biden nun endgültig in einem letzten Rechtsakt als gewählten 46. Präsidenten zu bestätigen. Die zum Teil mit Schusswaffen, Rohrbomben und anderen Waffen ausgerüsteten Aufrührer konnten erst nach Eintreffen von starken Sicherheitskräften und Soldaten der Nationalgarde unter größten Schwierigkeiten wieder aus dem Kapitol gedrängt werden. Am Ende dessen, was wohl als „Sturm auf das Kapitol 2021“ in die Geschichtsbücher eingehen wird, waren im Zusammenhang mit der Erstürmung des Kapitols fünf tote Demonstranten und zwei tote Polizisten zu beklagen (davon zwei Selbstmorde nach dem „Sturm“ selbst).

In den ersten Stunden des Aufruhrs hatte Donald Trump beharrlich geschwiegen. Kein Aufruf zur Mäßigung eines außer Kontrolle geratenen Mobs, sondern - Schweigen. Die U.S. Capitol Police forderte schon um 14:30 Uhr beim Präsidenten Hilfe in Form der Nationalgarde an, doch Trump weigerte sich, diese freizugeben. Es war US-Vizepräsident Mike Pence, der schließlich den entsprechenden Befehl geben musste, damit Hilfe auf den Weg gebracht werden konnte. Der gewählte neue Präsident Biden wandte sich in der Zwischenzeit via TV an Donald Trump und forderte ihn auf, seinen Anhängern den Rückzug zu befehlen. Trump veröffentlichte dann um 16:22 Uhr ein Video (das später von Twitter&Co vom Netz genommen wurde), in dem er seine Wahlbetrugsvorwürfe erneuerte, die Aufrührer als „große Patrioten“ bezeichnete, die er „liebe“ und die etwas „ganz Besonderes“ („*very special*“) seien, ihnen sein Mitgefühl ausdrückte („*I know how you feel*“) und anfügte, jetzt doch bitte wieder nach Hause zu gehen („*go home and go in peace*“). Zu diesem Zeitpunkt hatte der Mob bereits über zwei Stunden innerhalb des Gebäudes gewütet und Nationalgarde sowie Polizeieinheiten standen im vollen Einsatz...

Erst um 17:40 Uhr – mehr als dreieinhalb Stunden nach dem Eindringen des fanatischen Mobs - konnte das Gebäude schließlich wieder als „gesichert“ gemeldet werden.

Das für unmöglich Gehaltene war geschehen. Das Kapitol, der bundesweit wohl respektierteste Ort der ältesten Demokratie der Welt, war von einem Konglomerat aus Hard-Core-Trumpisten, Weltverschwörern, fundamentalen Evangelisten und ultranationalen rechten Elementen entweiht worden. Bilder, die um die Welt gingen.

America under attack. Auf 9/11 folgte 1/6. Doch diesmal waren es keine fundamentalistischen Islamisten gewesen, die die Symbole der USA schändeten, diesmal waren es Sektierer, Weltverschwörer und Fanatiker aus den USA, herbeigerufen aus allen Teilen des Landes – vom amtierenden Präsidenten höchstselbst. Ein von Donald Trump gelenkter Mob. The enemy within.

Nationale Lähmung und internationales Entsetzen waren die Folge.



Die Angelobung Joe Bidens fand schließlich am 20. Januar 2021 unter größten Sicherheitsvorkehrungen und nur mit wenigen geladenen Gästen statt. Washington D.C. glich in diesen Tagen einem Heerlager.

Das Verhalten des damals noch amtierenden Präsidenten war selbst für viele bisherige Trump-Anhänger und Parteigänger der Punkt, wo sie sich nicht länger imstande sahen, „ihrem“ Präsidenten zu folgen. In der Folge sperrten große Medien wie etwa facebook und Twitter die Accounts Trumps, um ihn an weiterer Hetze im Vorfeld der Angelobung Joe Bidens zu hindern.

Womit wir bei einem Thema wären, dass genauer beleuchtet werden muss, will man die Gründe des Erfolges des Donald Trump verstehen.

### Die Twitter-Präsidentschaft

Wenn es ein Medium gibt, das in den letzten Jahren fast täglich (zwangsläufig) in den Nachrichtensendungen zitiert wurde, so ist dies der US-amerikanische Mikrobloggingdienst Twitter. Nicht, dass das Unternehmen jetzt in seiner Art einzigartig wäre und somit unsere tägliche Aufmerksamkeit verdiente, nein, der Grund ist ein viel profanerer. Twitter avancierte unter Donald Trump zu DEM Kommunikationsorgan des Weißen Hauses. Dies geschah jedoch nicht, weil Trumps Berater und Kommunikationsstrategen dies etwa so geplant hatten. Im Gegenteil: Für letztere bedeuteten die Twitter-Orgien des Donald Trump seit jeher den Vorhof zur kommunikativen Hölle. Niemand wusste, wann und wo dem Präsidenten wieder einmal ein Geistesblitz durch den präsidialen Schädel schießen würde – sei es im Flugzeug, kurz nach dem Aufstehen oder auf dem von ihm vielfrequenzierten Golfplatz - und niemand konnte ihn davon abhalten, diesen seinen Gedanken sofort und ohne Rücksprache mit seinen

Beratern mit der digitalen Community zu teilen. Letzteres oft mehr als drei Dutzend (!) mal pro Tag.

Der Präsident denkt AN mich – und in vielen Fällen sogar: Er denkt WIE ich!! Diese Art „persönlicher Betreuung“ der politischen Anhänger wird möglicherweise zu den wenigen Dingen gehören, die von Trump übrigbleiben. Und dies war im Grunde auch eine von Trumps wichtigsten Strategien: Dem kleinen Mann von der Straße zu suggerieren, er, Donald John Trump, 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, wäre im Grunde ja „einer von ihnen“ und würde ihre Kritik am vielgeschmähten WASP-Establishment (WASP: White Anglo-Saxon Protestant) mittragen. Dass Donald Trump, wie die „New York Times“ im Oktober 2018 recherchierte, im Laufe seiner jungen Karriere von seinem Vater mit insgesamt über 400 Millionen US-\$ Start-Kapital ausgestattet worden war, um als Geschäftsmann entsprechende Vorteile in der US-Hochfinanz und auf dem Immobiliensektor zu haben, darüber schwieg der selbsternannte „Self-Made-Milliardär“ Zeit seiner Präsidentschaft ebenso wie über seine nichtveröffentlichten Steuererklärungen, die nun, nach dem Ende seiner Immunität, mit ziemlicher Sicherheit Thema für die US-Bundesfinanzbehörde sein werden.

Sein tägliches „Gezwitscher“ für die 84 Millionen seiner „Follower“ hat mittlerweile Schule gemacht. Längst haben Populisten in aller Welt mitbekommen, dass man sich so billig ein Paralleluniversum schaffen kann, das nur von jenen bevölkert wird, auf deren blinde Loyalität man sich verlassen kann. Ein bisschen erinnert das an die Zeit des alten Rom, nur braucht man heute kein Brot mehr zu verteilen, um sich Stimmen zu sichern. Es genügt vollkommen, täglich zu zwitschern.

Donald Trump liebte die Medien und er spielte mit ihnen. Vieles, was in einer späteren Retrospektive auf sein „Konto“ gemünzt werden wird, wurde nicht zuletzt von gewissen US-Medien zugelassen, ja geradezu gefördert, indem man ihm tagtäglich als williges Megaphon für seine kruden Theorien und Lügen diente.

### **Zweites Impeachment-Verfahren**

Die Frage, die sich (nicht nur in den USA) viele Menschen derzeit stellen, ist jene, ob die Ära Trump nach seinem offiziellen Abgang am 20. Januar 2021 tatsächlich Geschichte ist? Wird Trump im Jahr 2024 noch einmal antreten? Wird er das wollen? Oder vielmehr: Wird er das überhaupt dürfen?

Alles hängt primär von der Frage ab, ob Donald Trump auch sein zweites Impeachment-Verfahren politisch überleben wird. Das kurz vor Ende seiner Amtszeit aufgrund des Sturmes auf das Kapitol initiierte zweite Amtsenthebungsverfahren ließ sich in der Restdauer seiner Amtszeit nicht mehr rechtzeitig durch beide Häuser des Kongresses bringen. Das US-Repräsentantenhaus stimmte einem solchen Verfahren

bereits mit deutlicher Mehrheit – auch unter Beteiligung von zehn republikanischen Abgeordneten – zu. Auch für die verbleibende Abstimmung in Senat haben schon einige republikanische Senatoren und Senatorinnen zumindest Sympathien für eine (posthume) Amtsenthebung angedeutet. Falls es tatsächlich zu einer solchen kommen sollte, so dürfte Trump 2024 nicht noch einmal antreten.

Das bei einem Impeachment in den USA ablaufende Verfahren beginnt mit einem Antrag auf Amtsenthebungsverfahren im Repräsentantenhaus. Daraufhin muss der Justizausschuss der Kongresskammer die entsprechenden Gründe (Anlagepunkte) für das Verfahren formulieren. Als Grund des zweiten Amtsenthebungsverfahrens wurde diesmal Trumps Anstiftung rechtsradikaler Anhänger zum Sturm auf das Kapitol angeführt, oder allgemeiner „incitement of insurrection“ - „Anstiftung zum Aufstand (gegen das US-Staatswesen)“ sowie „lawless action at the Capitol“.

Bevor dieses Verfahren allerdings auf den Weg gebracht wurde, stellte die Demokratin Nancy Pelosi in ihrer Eigenschaft als „Speaker of the House of Representatives“ dem US-Vize-Präsident Mike Pence das Ultimatum, binnen 24 Stunden den Präsidenten nach Artikel 4 des 25th Amendments der US-Verfassung für amtsunfähig zu erklären und damit die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Pence erklärte auf darauffolgenden Tag, dass er das nicht zu tun gewillt sei, da eine solche Vorgangsweise seiner Auffassung nach nicht im Sinne der Nation oder der Verfassung sei („[not] be in the best interest of our Nation or consistent with our Constitution“).

Am 13. Januar 2021 stimmte das US-Repräsentantenhaus mit 232 Ja-Stimmen gegen 197 Nein-Stimmen (bei 4 Enthaltungen) für die Einleitung eines weiteren Impeachment-Verfahrens gegen Donald Trump.

Da der Senat seine nächste Sitzung nicht vor dem 19. Januar, also dem letzten Tag Donald Trumps im Amt des US-Präsidenten, abhielt, einigte man sich darauf, das Prozedere nach der Amtseinführung Joe Bidens am 20. Januar fortzusetzen.

Mittlerweile entbrannte in den USA eine Diskussion darüber, ob es rechtlich überhaupt möglich sei, einen Präsidenten nachträglich abzusetzen. Falls man Donald Trump doch noch quasi posthum „absetzen“ sollte, wären damit (auch) politische Konsequenzen verbunden. Die für seine politischen Gegner vielleicht wichtigste Konsequenz wäre jene, dass es einem abgesetzten Präsidenten nicht gestattet ist, sich nochmals für das höchste Amt zu bewerben.

### START – Strategic Arms Reduction Talks

Das den Abkommen der START-Reihe zugrundeliegende ursprüngliche Rüstungskontrollabkommen **START (I)** war 1982 - auf der Höhe des Kalten Krieges - von US-Präsident Ronald Reagan angeregt worden. Es sah u.a. eine Begrenzung der auf ICBMs (Interkontinental) und SLBMs (auf U-Booten) stationierten Atomsprengeköpfe von 4.900 Einheiten (bei maximal 6.000 anrechenbaren Gefechtsköpfen) für beide Seiten vor. Der Vertrag wurde 1991 unter George Bush und Michael Gorbatschow unterzeichnet und trat 1994 in Kraft. START I lief 2009 aus.



George W. Bush (sen.) und Michael Gorbatschow bei der Unterzeichnung des START (I) – Abkommens in Moskau 1991

Als logischer numerischer Nachfolger des originären START-Vertrages gilt **START (II)** – 1993 ausverhandelt unter George W. Bush (sen.) und dem Präsidenten der damaligen russischen Föderation, Boris Jelzin. Der Vertrag beinhaltete eine weitere starke Reduktion der Anzahl der erlaubten einsatzbereiten Trägersysteme und auch anrechenbaren Gefechtsköpfe bis zum Jahr 2003. Der Vertrag passierte den US-Senat am 26. Januar 1996. Von Russland wurde der Vertrag im Jahr 2000 unter der Bedingung ratifiziert, dass die USA den 1972 ausgehandelten ABM-Vertrag (Anti-Ballistic-Missiles-Treaty) nicht verlassen würden, was allerdings 2001 geschah. START (II) trat nie in Kraft.

Stattdessen wurde im Jahr 2001 das sog. **SORT**-Abkommen (Strategic Offensive Reduction Treaty) zwischen George W. Bush (jun.) und Wladimir Putin unterzeichnet, worin sich beide Seiten – ohne ausgehandelten Terminplan und ohne Verifikationsprozedere – verpflichteten, unilateral atomare Abrüstungsschritte bezüglich der Gesamtzahl der Gefechtsköpfe zu setzen.

Im Jahr 2010 wurde der sog. New Start - Vertrag (START III) geschlossen. Das vom damaligen US-Präsidenten Barack Obama und seinem russischen Pendant Dimitri Medwedew am 8. April 2010 in Prag unterzeichnete Vertragswerk sah eine jeweilige Reduzierung der atomaren Trägersysteme von 1.600 auf 800 sowie eine Begrenzung der Gesamtanzahl der Gefechtsköpfe auf 1.550 vor und wurde 2011 von beiden Seiten ratifiziert. Der Vertrag läuft im Februar 2021 aus.

### Strategic Arms Reduction Talks (START)

Bereits einen Tag nach seiner Angelobung setzte Joe Biden einen bedeutenden starken sicherheitspolitischen Akzent seiner noch jungen Amtslaufbahn. Einer der ersten Erlässe des neugewählten 46. US-Präsidenten betraf nämlich das bilaterale atomare Abrüstungsabkommen „New Start“ (START III) zwischen den USA und der Russischen Föderation. Biden kündigte an, eine fünfjährige Verlängerung des Vertrages anzustreben. Damit kann Moskau leben.

Zur Erinnerung: Das Abkommen war noch unter der Administration Barack Obama im Jahre 2010 mit dem damaligen russischen Präsidenten Dimitri Medwedjew ausgehandelt und schließlich in Prag unterzeichnet worden. „New-Start“ (oder auch START III) war der offizielle Nachfolger der beiden vorangegangenen „Start“-Abkommen.

Nachdem im Juni 2020 eine erste Verhandlungsrunde zwischen den USA und der Russischen Föderation bezüglich einer möglichen Verlängerung des Vertrages ergebnislos verlaufen war, bot der russische Präsident Mitte Oktober an, den Vertrag ohne Vorbedingungen um ein Jahr zu verlängern, was aber von den USA abgelehnt wurde. Die Verhandler der USA sehen bezüglich einer Verlängerung des bisherigen START (III)-Abkommens prinzipiell das (schon länger diskutierte) Problem der Nichteinbeziehung der chinesischen Kernwaffen, streben also nach einer trilateralen Lösung. Darüber hinaus forderte die Administration Trump wiederholt die Festlegung einer Obergrenze von taktischen Nuklearwaffen, eine Waffengattung, die die Russische Föderation unter allen Umständen aus den Verhandlungen ausgeklammert sehen will.

Putins Vorschlag wurde daher im Oktober 2020 von Donald O'Brien, dem Nationalen Sicherheitsberater Donald Trumps, umgehend als „Rohrkrepierer“ bezeichnet. O'Brien wörtlich: *„Wir hoffen, dass Russland seine Position neu bewerten wird, bevor ein kostspieliges Wettrüsten einsetzt.“* Bis zuletzt hatte die Trump-Administration eine Verlängerung des Vertrages abgelehnt.

Die Beendigung des bestehenden Vertrages hätte den letzten sich noch in Kraft befindlichen Vertrag zwischen den USA und der Russischen Föderation bezüglich Beschränkungen eines atomaren Rüstens ohne Verlängerung oder Alternative auslaufen lassen.

### Der US-Supreme Court – Trumps zementiertes Erbe

Blicken wir noch einmal zurück. Am 13. Februar 2016 starb Antonin Scalia, seines Zeichens damals eine der führenden konservativen Stimmen der US-Justiz und dienstältester Richter am Supreme Court der

Vereinigten Staaten. Der von Präsident Barack Obama vorgeschlagene Nachfolgekandidat, Merrick B. Garland, wurde jedoch im Laufe des Jahres von dem republikanisch dominierten Senat solange verhindert und verzögert, bis es letztlich zu spät war. Donald Trump ersetzte den verstorbenen Scalia schließlich im April 2017 durch Neil Gorsuch, einen konservativen Bundesrichter aus Denver, Colorado.

Diese Möglichkeit, auf lange Sicht konservative Politik zu betreiben und zu zementieren, war für viele vor allem evangelikale und ultra-konservative Stimmen in den Vereinigten Staaten 2016 der Grund gewesen, Donald Trump bei der Wahl zu unterstützen. Es ist aufgrund der lebenslangen Berufung in das Amt eines Richters am Supreme Court durchaus etwas Besonderes für einen US-Präsidenten, im Laufe seiner Amtszeit eine(n) neue(n) Richter(in) an den Supreme Court zu berufen. Donald Trump hingegen sah sich in seinen nur vier Amtsjahren gleich drei Mal (!!!) in der Lage, dies zu tun.



Brett M. Kavanaugh (2018)

Nachdem der als gemäßigt-konservativ geltende Richter Anthony Kennedy 2018 aus Altersgründen in den Ruhestand getreten war, nominierte Donald Trump den umstrittenen Konservativen Brett Michael Kavanaugh für einen Sitz im Supreme Court. Kavanaughs offizielles Statement, dass amtierende Präsidenten seiner Ansicht nach nicht juristisch zu verfolgen waren, spielte gerade zu einer Zeit, in der die Verwicklungen von Donald Trump in die kriminellen Tätigkeiten rund um seine zwei engen Mitarbeiter Paul Manafort und Michael Cohen durchleuchtet wurden, keine unerhebliche Rolle. Darüber hinaus wurden mehrfach Anschuldigungen

wegen angeblicher sexueller Übergriffe aus Kavanaughs Studentenzeit kolportiert, die aber nicht bewiesen werden konnten. Der Grund, warum dennoch nicht weniger als 2.400 Jura-Professoren und Senatoren in einem offenen Brief in der „New York Times“ den Senat dazu aufriefen, nicht für Kavanaugh zu stimmen, liegt in seinem Verhalten vor dem US-Justizausschuss am 27. September 2018 begründet, in dem sich Kavanaugh in einer Weise gebärdet habe, die dem angestrebten Amt nicht entspreche und disqualifiziere ("he did not display the impartiality and judicial temperament requisite to sit on the highest court of our land."). Kavanaugh wurde schließlich mit 51 zu 49 Stimmen bestätigt, dem knappsten Ergebnis einer Supreme-Court-Abstimmung im US-Senat seit 1881.



Ruth Bader Ginsburg (1933-2020)

Am 18. September 2020 verstarb die angesehene Richterin Ruth Bader Ginsburg, die dem liberalen Flügel des 9-köpfigen Kollegiums zugerechnet wurde. Im Jahr 1993 noch unter Bill Clinton nominiert, galt Ginsburg – zuletzt als einzig verbliebene Frau am Supreme Court – zeitlebens als entschiedene Verfechterin der Gleichstellung der Frau in der US-Gesellschaft.

Bereits kurz nach ihrem Tod begann die Diskussion um ihre Nachfolge. Zum dritten Mal hatte Donald Trump nun die Möglichkeit, ein Richteramt am Obersten Gericht der Vereinigten Staaten nach seinen Vorstellungen zu besetzen. Vergessen waren auf einmal alle Bedenken, die die Republikanische Partei im Falle der Nachfolge Scalias 2016 geäußert hatte: Nämlich, dass es von Nachteil sei, mitten im

Präsidentenwahlkampf (Clinton/Trump) – nur 10 Monate vor dem Wahltermin - eine solche weittragende Entscheidung zu treffen und dass es daher besser sei, dies vom neuen Präsidenten (bzw. der neuen Präsidentin) selbst vornehmen zu lassen.

Derselbe republikanische Mehrheitsführer, der den Nominierungswunsch Barack Obamas im Jahre 2016 mit ebendiesen Argumenten hatte verzögern lassen, Mitch McConnell, hatte vier Jahre später in der gleichen Situation - bei einer theoretischen „Restlaufdauer“ Donald Trumps von offiziell weniger als zwei (!) Monaten bis zum Wahltermin - auf einmal keine Probleme mehr mit einer sofortigen Nachbesetzung und ließ die ultrakonservative Kandidatin Trumps, Amy Coney Barrett, ihres Zeichens Richterin am Bundesberufungsgericht Illinois, vom damals noch republikanisch-dominierten Senat durchwinken (52 zu 48 Stimmen).

Die Katholikin Barrett wird vor allem von liberalen Kreisen und Vertreterinnen der Frauenbewegung in den USA äußerst kritisch gesehen. Barrett ist Angehörige der nur 1.800 Angehörige umfassenden ultrakonservativen christlich-fundamentalen Splittergruppe „People of Praise“, in der der Mann als gottgegebenes natürliches Oberhaupt der Familie angesehen wird. Gleichgeschlechtliche Beziehungen lehnt die Gruppe ebenso strikt ab wie vorehelichen Geschlechtsverkehr oder nichteheliche Lebensgemeinschaften.

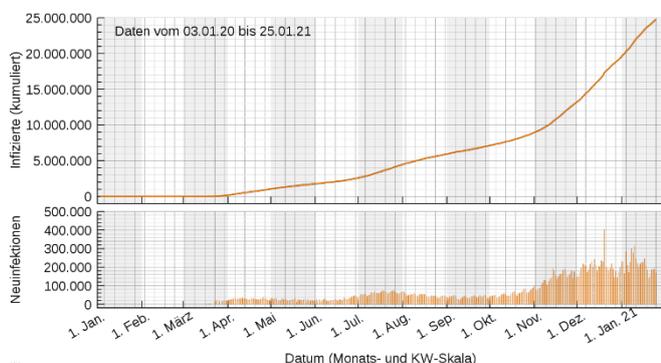
Neben den Besetzungen der genannten drei Stellen im Supreme Court, die eine Verschiebung der politischen „Entscheidungstendenz“ des Courts nun im Verhältnis von 6:3 zugunsten der konservativen „Reichhälfte“ bedeutet und damit als das unzweifelhaft nachhaltigste politische „Erbteil“ Donald Trumps gewertet werden muss, darf nicht übersehen werden, dass Trump in den vergangenen vier Jahren darüber hinaus alleine mehr als 230 weitere, teils bedeutende richterliche Besetzungen (u.a. ca. ein Viertel aller Bundesrichterstellen!) vorgenommen hat.

### **SARS-COV19 in den USA**

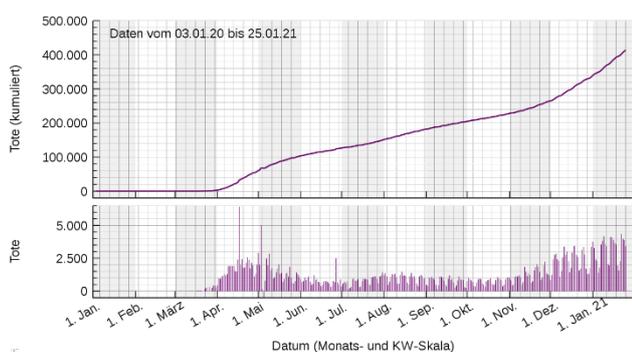
Die Corona-Pandemie traf die USA im Spätwinter 2020 mit voller Wucht und mit nur geringer Zeitverzögerung gegenüber dem europäischen Kontinent. Präsident Trump, der die Gefährlichkeit des Virus lange Zeit fahrlässig heruntergespielt hatte und geeignete Maßnahmen erst dann vornehmen ließ, als es für eine Eindämmung schon längst zu spät war, musste am Ende seiner Amtszeit zur Kenntnis nehmen, dass mit Anfang Januar 2021 das SARS-Cov2-Virus in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits mehr Opfer gefordert hatte, als die USA an Toten während des gesamten Zweiten Weltkrieges hatten hinnehmen müssen.

Mit Stand 25. Januar waren 419.207 Menschen in den USA an den Folgen des Virus gestorben. Allein für den

8. Januar wurden mehr als 4.000 Menschen als verstorben gemeldet – so viele, wie noch nie zuvor an einem einzigen Tag bei einer Katastrophe oder in Kriegen, an denen die USA bisher beteiligt waren. Weit über 25 Millionen US-Bürger gelten als infiziert. Das heißt, jeder vierte Corona-Fall weltweit ist ein US-amerikanischer.



Bestätigte Neuinfektionen in den Vereinigten Staaten



Bestätigte Todesfälle in den USA

Zu dieser medizinischen Katastrophe durch das Corona-Virus gesellten sich schon bald die hausgemachten Schwächen des US-Gesundheitssystems: Trumps Ankündigung bereits zu Beginn seiner Amtszeit, das System „Obamacare“ wieder abzuschaffen, ist in den vergangenen vier Jahren in vielerlei Hinsicht vorangetrieben worden. Allein - auf die Umsetzung der großspurigen Ankündigungen Trumps, er werde Obamacare durch eine „phantastische“ neue Gesundheitsreform ersetzen, warten die US-Bürger freilich noch heute...

Die Folge: 2018 war das erste Jahr seit langer Zeit, in dem die Zahl der Krankenversicherten in den USA wieder rückläufig war. Nach letzten Zahlen sind ca. 33 Millionen US-Amerikaner nicht krankenversichert. Die Corona-Pandemie traf genau diese ca. 10% der US-Amerikaner besonders hart, ist doch in ihrem Fall der Zugang zu ärztlicher Grundversorgung besonders schwer.

Zu den unmittelbaren medizinischen Konsequenzen gesellen sich die langfristigen psychischen Belastungen, die unterdessen drastische Ausmaße angenommen

haben: Bei etwa einem Drittel aller US-Amerikaner werden mittlerweile Angststörungen und/oder Depressionen angenommen, alles Anzeichen der nun schon ein Jahr andauernden Krise. Und noch immer ist kein Ende abzusehen, obwohl die Impfungen bereits angelaufen sind und auch der neue Präsident bereits große Ziele vorgegeben hat. So hat Joe Biden kurz nach seinem Amtsantritt von dem ehrgeizigen Ziel gesprochen, innerhalb der ersten 100 Tage seiner Präsidentschaft 100 Millionen US-Amerikaner die Möglichkeit zu geben, sich impfen zu lassen.

Die Arbeitslosenquote, die Anfang 2020 mit 3,5% so niedrig lag, wie schon seit einem halben Jahrhundert nicht mehr, stieg aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie innerhalb kürzester Zeit auf 14,8%. Insgesamt war der kurzfristige Verlust von 22 Millionen Arbeitsplätzen zu konstatieren. Bis Jahresende konnten immerhin 12 Millionen Stellen wieder zurückgewonnen werden, was eine momentane Arbeitslosenquote von 6,7% ergibt – fast doppelt so hoch, wie noch vor einem Jahr.

Trotzdem scheint sich zumindest die Wall Street überraschend schnell von den Schlägen der Pandemie erholt zu haben – vorerst zumindest. Die starken Verluste, die die Märkte zu Beginn der Krise zu verzeichnen hatten, waren zu Jahresende längst Schnee von gestern. Der US-Leitindex Dow Jones konnte zu Jahresende 2020 auf ein Plus von knapp 8 Prozent verweisen. Die US-Börsen profitierten dabei ganz offensichtlich von den großen und raschen Entwicklungsfortschritten der Pharmaindustrie, was die Entwicklung von Corona-Impfstoffen betraf. In der folgerichtigen Erwartung, dass mit der Durchimpfung die Krise zu bewältigen sein werde, entwickelte sich der Börsenmarkt – abseits vom Arbeitsmarkt - prächtig. Zu Jahresende übersprang der Dow-Jones-Index erstmals die magische 30.000-Punkte-Marke – noch im März 2020 hatte letzterer unter 19.000 Punkten notiert...

### Das zerrissene Land

All dem eingedenk, was Donald Trump als 45. Präsident der USA in den letzten vier Jahren getan, gesagt und getwittert hat, müsste man unweigerlich zu dem Schluss kommen, dass dem Abgang einer solchen Gestalt niemand ernsthaft nachtrauern würde. Dem ist jedoch nicht so. Zumindest nicht in den USA. Abschließend soll daher die Frage nach dem Grund für Donald Trumps anhaltende Popularität zumindest angerissen werden...

Vielleicht liegt ja die Erklärung für das „Phänomen Trump“ darin, dass er es versteht, sich selbst nicht als „Gesamtpaket“ zu verkaufen, sondern vielmehr danach trachtet, sich mit dem untrüglichen Gespür eines Volkstribunen „portionsweise“ und themenbezogen seinem jeweiligen Publikum anzupassen. Wobei das

Wort „Anpassen“ es eigentlich nicht trifft. Man hatte bei Donald Trump eigentlich nie das Gefühl, dass er es irgendjemandem Recht machen wollte. Viel zu sehr schien er bei seinen öffentlichen Auftritten von dem überzeugt, was er gerade tat oder ankündigte. Vielleicht lag (bzw. liegt) ja darin für seine Anhänger ein ganz besonderer „Zauber“? Das schiere Demonstrieren von Stärke ist ein politisches Aphrodisiakum, das sich seit Jahrtausenden durch die Geschichte der Menschheit zieht – und dies oft mit außergewöhnlichem Erfolg. Ja, mehr noch: Es ist dies für viele Menschen DER entscheidende Parameter für Führungsqualität.

Vielleicht ist es gerade dieses selektive Wahlverständnis, dass die Vereinigten Staaten von den europäischen Demokratien so unterscheidet. Das Vertrauen in den Staat selbst scheint bei US-Bürgern anders ausgeprägt als beim durchschnittlichen Europäer. Der Staat hat für viele US-Amerikaner vor allem eine Aufgabe – nämlich sich möglichst wenig in die Angelegenheiten seiner Bürgerinnen und Bürger einzumischen. Man wählt – nolens volens – einen Präsidenten, bei dem man sich mit zumindest einem Gutteil der eigenen Vorstellungen gut aufgehoben sieht. Das genügt in den meisten Fällen. Der Blick für das große Ganze – etwa die internationale Politik, globale Ansätze etc. – sind bei der Wahlentscheidung oft zweitrangig.

Viele US-Bürger legen traditionell keinen großen Wert darauf, Teil eines solchen größeren Ganzen – hier vor allem Internationaler Organisationen – zu sein. Vielen Bürgerinnen und Bürgern genügt ihre eigene – US-amerikanische – Welt vollends. Nur etwa jeder fünfte US-Amerikaner besitzt einen Reisepass. Warum sich in „Gods own country“ auch noch mit anderen Gesellschaften beschäftigen, oder sich sogar von diesen vorschreiben lassen, wie man sich zu verhalten habe?

Donald Trump war kein amerikanischer Präsident im ursprünglich-gedachten Sinn. Er war ein Mann, der mit der Institution, die er eigentlich selbst verkörpern sollte, spielte – und sie nach Lust und Laune missbrauchte, ohne je auch nur einen Gedanken an die historische Integrität und Würde des Amtes zu verschwenden.

So gesehen war Trumps Initiierung des „Sturms auf das Kapitol“ eigentlich nur ein logischer Schritt. Politik unter Zuhilfenahme des gewaltbereiten Mobs, den man selbst zuvor aufgestachelt hatte. Mobile vulgus als politisches Instrument – das kennt man aus der Geschichte des alten Rom. Nur: das war vor annähernd 2.000 Jahren und das Römische Reich bar jeder demokratischen Struktur, so wie wir sie kennen.

Niemand hatte es tatsächlich für möglich gehalten, dass sich derartige Zustände auch im demokratischen Washington des 21. Jahrhunderts würden manifestieren können. Noch dazu unter persönlicher „Anleitung“ des ersten Mannes im Staate....

Wenn man früher von den „beiden Amerikas“ sprach, so waren damit unmissverständlich die beiden Teile des

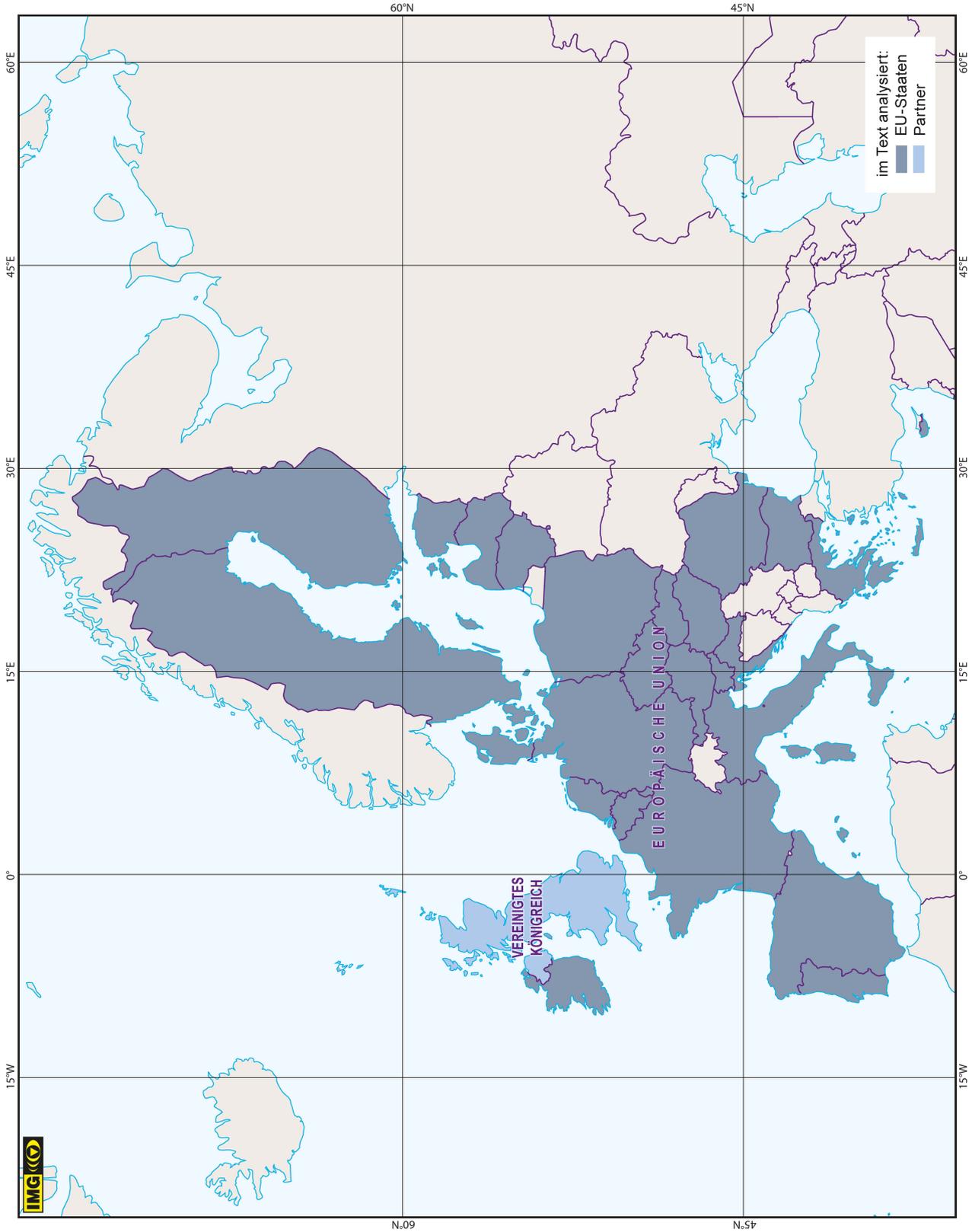
Doppelkontinents gemeint. Heute jedoch gesellt sich zur rein geographischen Sichtweise eine hinzu, die es in dieser markanten Form seit den Tagen des Sezessionskrieges der 1860er-Jahre wohl nicht mehr gegeben hat. Die Rede ist von dem gesellschaftlichen Graben, der die Nation USA heute durchzieht. Es ist einzig und allein Donald Trump zuzuschreiben, dass dieser Graben während seiner Amtszeit deutlich an Tiefe gewonnen hat.

Donald Trump brauchte diesen Graben. Hinter mir meine „Follower“, vor mir der politische Gegner, der böse Feind der (Trump-)Welt. So einfach war das. Mit den Mitteln der Diffamierung, Polarisierung und dem täglichen Schüren des Hasses auf alles und jeden, das (der) ihm nicht passte, war Donald Trump gewiss kein Präsident für *alle* US-Amerikaner – sondern lediglich für seine Klientel. Wie die Republikanische Partei in Zukunft mit Trump um- bzw. ins Gericht gehen wird, ist noch offen – genauso wie ihr eigenes Schicksal, denn das Gespenst einer Spaltung in einen gemäßigten und radikalen Flügel steht im Raum. Wird Trump die Gelegenheit nutzen, mit letzterem eine eigene Partei zu gründen? Werden 2024 erstmals drei große Parteien zur Wahl stehen?

Nach dem „Sturm auf das Kapitol“ wandten sich viele ehemaligen engen Mitstreiter von ihm (und seiner Familie) ab und zogen es vor, im letzten Moment das Schiff „Trump“ zu verlassen. Trumps langjähriger engster Vertrauter beispielsweise, Vizepräsident Mike Pence, wohnte der Inauguration Joe Bidens am 20. Januar am Capitol Hill demonstrativ nebst Gattin bei – auf die Verabschiedung Donald Trumps auf der Joint Base Andrews unmittelbar vor dessen Abflug nach Florida verzichtete Pence jedoch, obwohl dies ihm terminlich sehr wohl möglich gewesen wäre. Die (erste) wirkliche Nagelprobe für die republikanischen Senatorinnen und Senatoren wird mit Sicherheit die Abstimmung im Rahmen des zweiten Impeachments sein. Viele weitere werden in den kommenden Wochen und Monaten der juristischen Aufarbeitung des Anschlags auf das Kapitol wohl noch folgen...

Die Wunden des Sezessionskrieges sind mittlerweile verheilt, wenn auch an vielen Stellen unschön vernarbt. Hoffentlich benötigen die US-Amerikaner keine weiteren 160 Jahre, um den Graben, der sich momentan quer durch Staaten und Familien zieht, wieder zuzuschütten.

**Felix Schneider**



Europa

## Europa und die EU

### **EU einigt sich auf das „Corona-Paket“ und den mehrjährigen Finanzrahmen**

Die Europäische Kommission schlug am 27. Mai 2020 für den Wiederaufbau nach der Coronakrise einen Fonds von 750 Milliarden Euro vor. Davon sollten ursprünglich laut den Vorschlägen von Deutschlands Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Präsidenten Macron 500 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuschüsse für die nächsten drei Jahre (das entspricht rund 1,2 Prozent der jährlichen gesamten Wirtschaftsleistung der EU) und 250 Milliarden Euro als Kredite fließen. Zur Finanzierung sollten demnach im Namen der EU Kredite, die über die Europäische Investitionsbank (EIB) verwaltet und als Garantien an Unternehmen weitergegeben werden, aufgenommen und gemeinsam getilgt werden. Die Europäische Kommission würde somit Anleihen an den Finanzmärkten auflegen, um diesen Fonds zu füllen: „*Eine dringende und außergewöhnliche Notwendigkeit für eine dringende und außergewöhnliche Situation*“, nannte dies die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, am 27. Mai bei ihrer Ansprache im Europäischen Parlament. Die Europäische Kommission schlug nach ihrem Plan mit dem Namen „*Nächste Generation EU*“ dreißigjährige Anleihen vor, die aus dem Unionshaushalt „*nicht vor 2028, und nicht nach 2058*“ zurückgezahlt würden. Als Rechtsgrundlage für ihren Vorschlag zieht die Europäische Kommission nach Angaben von Haushaltskommissar Johannes Hahn den Artikel 311 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) heran. Dieser besagt, dass „*die Union sich mit den erforderlichen Mitteln ausstattet, um ihre Ziele erreichen und ihre Politik durchführen zu können*“. Beginnen sollen die Rückzahlungen im Jahr 2028. Bis 2028 sollten sich jedoch die Mitgliedstaaten der EU entscheiden: entweder sie bezahlen ihre Schulden zurück und der übernächste EU-Haushalt schrumpft, oder die EU bekommt neue Eigenmittel, um die Schulden zu tilgen. Als Einnahmequellen kommen für Hahn Erträge aus dem Emissionshandel, eine grenzüberschreitende CO<sub>2</sub>-Abgabe, eine Plastikabgabe und EU-Steuern in Frage. Im Idealfall ließen sich mit einer Kombination aus Eigenmitteln bis zu 20 Prozent des EU-Budgets finanzieren. Das würde laut Kommissar Hahn reichen, um wie geplant bis 2058 die Schulden tilgen zu können. Ins Auge fasst die Kommission auch eine EU-Steuer, die nur Großunternehmen mit einem globalen Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Euro im Jahr zahlen sollen. Jedoch wolle die Kommission, so Steuerkommissar Paolo Gentiloni, derzeit nicht vorschnell vorantreiben. Zunächst wolle er abwarten, wie sich die Diskussion über eine internationale Angleichung der Unternehmensbesteuerung fortsetze.

Derzeit wird in der OECD diskutiert, eine globale Mindestbesteuerung für größere Unternehmen einzuführen. Weitere Pläne zu diesem Thema können in der EU nur dann gefasst werden, wenn sich die OECD darauf einigen sollte. Das gelte auch für eine globale Digitalsteuer, über deren Einführung in der OECD ebenfalls diskutiert wird, ebenso wie für eine Plastik-Recycling-Steuer oder eine CO<sub>2</sub>-Abgabe.

Parallel zum Wiederaufbauprogramm erfolgte seitens der EU schließlich nach vier Tagen und vier Nächten (also nach mehr als 90 Stunden Diskussion) am 21. Juli 2020 die Einigung auf einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen in der Höhe von 1,074 Billionen Euro (das entspricht rund 1,06 Prozent der Wirtschaftsleistung der EU vor der Coronakrise) für die Periode 2021 bis 2027. Folglich gliedert sich dieses große Paket wie folgt:

- 1,074 Milliarden Euro Haushalt für die Periode 2021 bis 2027
- sowie insgesamt 750 Milliarden Euro Finanzhilfen zur Bewältigung der Coronakrise (die sich aufgliedern in: 390 Milliarden Euro an Zuschüssen und 360 Milliarden Euro an Krediten). Ursprünglich wurden nach dem Merkel-Macron-Plan 500 Milliarden Euro an nicht rückzahlbaren Zuschüssen und 250 Milliarden Euro an Darlehen vorgeschlagen.

Während Italien diesen ursprünglichen Vorschlag von Merkel und Macron grundsätzlich begrüßte, hatte Österreichs Bundeskanzler Kurz davor gewarnt, sich zu stark am deutsch-französischen Vorschlag zu orientieren. Er erwartete, dass die Kommission auch auf Vorstellungen aus Österreich, Dänemark, Schweden und den Niederlanden Rücksicht nähme. Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel drängte hingegen auf eine rasche Einigung und warnte davor, dass die EU sonst Anfang 2021 „*vor dem Nichts*“ stehen könnte. Die Niederlande sahen zunächst jedoch keine Dringlichkeit, dass sich die EU bereits im Juli 2020 auf den geplanten Wiederaufbaufonds einigt. Mit jenem totalen Widerstand, den die Niederlande unter Ministerpräsident Mark Rutte angekündigt hatten, musste aber nicht mehr gerechnet werden: „*Die Verhandlungen werden schwierig, aber ein Kompromiss ist möglich*“ betonte Rutte am 2. Juli 2020. Inzwischen hatte auch die österreichische Bundesregierung Entgegenkommen signalisiert. Gesprächsbedarf gab es beim Verhältnis zwischen rückzahlbaren und nicht rückzahlbaren Hilfsmitteln und in Bezug auf Unterstützung geknüpfter Konditionen. Die Reaktionen einzelner Staats- und Regierungschefs fielen nach der Einigung schließlich einheitlich zuversichtlich aus: von einem „*changement historique de notre Europe*“ sprach Frankreichs Präsident Macron; diese Einigung

entspreche einem „*echten Marshallplan*“, so Spaniens Ministerpräsident Sánchez. Deutschlands Bundeskanzlerin Merkel führte noch aus: Die EU habe „*gezeigt, dass es in einer besonderen Situation bereit ist, neue Wege zu gehen.*“ „*Das neue Finanzpaket ist die entschlossene Antwort auf Corona*“ urteilte Bayerns Ministerpräsident Söder. Die Europäische Kommission dürfe nun – zeitlich eingeschränkt – in großem Stil Schulden machen. Die Auszahlung jener 313 Milliarden Euro, mit denen der eigentliche „Corona-Topf“ Reformen und Investitionen unterstützen soll, unterliegt jedoch folgenden Bedingungen:

- Die Regierungen müssen Pläne mit förderwürdigen Projekten für die Jahre 2021-23 aufstellen;
- die Europäische Kommission wird prüfen, ob derartige Projekte das jeweilige EU-Mitgliedsland bzw. die EU insgesamt voranbringen;
- Auszahlungen sollen daran gekoppelt sein, damit die Regierungen bei ihren Vorhaben Zwischenziele erreichen.

Die Europäische Kommission schlug vor, mit dem Begleichen der Schulden erst im Jahr 2028 zu beginnen, jedoch sieht die Einigung vom 21. Juli 2020 vor, dass der Schuldendienst bereits früher anfangen kann, falls es gelingt, der Europäischen Kommission neue Einnahmequellen zu erschließen. Aus Sicht von Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), könne dieses Wirtschaftsaufbauprogramm der EU bereits der mögliche Grundstein für eine EU-Fiskalunion sein. Demnach gestehe sich die EU erstmals ein, „*dass fiskalische Transfers nötig sind, um Europa voranzubringen – und dass dafür auch die gemeinsame Aufnahme von Schulden sinnvoll ist.*“ Insgesamt wurde also „*kein Almosenpaket für darbenende Südstaaten verhandelt*“, sondern der Überlebensplan der EU und ihres Binnenmarktes nach der Coronapandemie. Dies geschah als „*Zäsur und im Schatten einer sich neuformierenden Weltordnung*“. Die Mitgliedstaaten der EU garantieren für die neuen Schulden – im Fall des Wiederaufbaus über die Erhöhung der Eigenmittelobergrenze im EU-Haushalt. Damit ist die Garantie verbunden, für Ausfälle gegebenenfalls einzustehen.

### **Neue Strategie für COVID-19-Impfstoffe**

Die Europäische Kommission hatte am 17. Juni 2020 ihre „EU-Strategie für COVID-19-Impfstoffe“ veröffentlicht. Es geht dabei um die Realisierung eines gemeinsamen Ansatzes auf EU-Ebene zur Gewährleistung der Impfstoffversorgung der Bevölkerung. Zudem soll diese Strategie Bemühungen im Rahmen einer weltweiten Krisenreaktion um einen

universellen Zugang zu Impfstoffen verstärken. Weiters soll durch die Unterstützung von Unternehmen bei den klinischen Prüfungen sowie bei der Ausweitung ihrer Produktionskapazitäten sichergestellt werden, dass allen Mitgliedstaaten frühzeitig der Zugang zu Impfstoffen ermöglicht wird. Die Entscheidung, welche Impfstoffhersteller unterstützt werden, läuft nach folgenden Kriterien ab:

- Verlässlichkeit des wissenschaftlichen Ansatzes und der eingesetzten Technologie;
- Liefergeschwindigkeit und Fähigkeit, bis 2021 ausreichende Impfstoffmengen zu liefern;
- Kosten;
- Risikoteilung und die benötigte Haftpflichtdeckung;
- Abdeckung verschiedener Technologien;
- Produktionskapazitäten in der EU;
- globale Solidarität: die Zusicherung, künftig produzierte Impfstoffdosen Partnerländern zur Verfügung zu stellen, um die weltweite Pandemie zu beenden;
- frühzeitige Einbindung der EU-Regulierungsbehörden, um eine EU-Marktzulassung für den (die) infrage kommenden Impfstoff(e) zu beantragen.

Die Europäische Kommission ist seither bestrebt, im Namen der EU-Mitgliedstaaten Abnahmegarantien mit einzelnen Impfstoffherstellern zu vereinbaren. Im Gegenzug für das Recht, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zu einem bestimmten Preis eine bestimmte Anzahl von Impfstoffdosen kaufen zu können, hatte die Kommission einen Teil der Vorlaufkosten der Impfstoffhersteller aus dem Soforthilfemittel finanziert. Bereitgestellte Mittel dazu werden als Anzahlung für die Impfstoffe betrachtet, die tatsächlich von den Mitgliedstaaten erworben werden. Zusätzliche Unterstützungsleistungen sind durch Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) möglich. Durch einen derartigen Ansatz sollen die Risiken für Unternehmen verringert und gleichzeitig die Herstellung von Impfstoffen beschleunigt bzw. gesteigert werden. Zudem muss ein neuer Impfstoff auch umfassend getestet werden, bevor dieser dann die betroffenen Patienten erreicht, unerwünschte Aus- und Nebenwirkungen an den Patienten gilt es zu vermeiden. Die EU-Kommission hat inzwischen Rahmenverträge mit insgesamt sechs Impfstoffherstellern abgeschlossen. In der EU wurde das BioNTech/Pfizer-Präparat (Deutschland/USA) am 21. Dezember 2020 als erster COVID-19-Impfstoff zugelassen. Am 6. Jänner 2021 erfolgte die Genehmigung des Impfstoffes des US-Herstellers Moderna. Die Genehmigungsphase des Impfstoffes von AstraZeneca (einem britisch-

schwedischen Produkt) wurde noch im Jänner 2021 eingeleitet. Bereits im November 2020 hatte die Europäische Kommission für die gesamte EU-27 bis zu 300 Millionen Impfstoffdosen von BioNTech/Pfizer bestellt, es folgte danach eine weitere feste Bestellung von 200 Millionen Dosen sowie eine Option auf 100 Millionen weitere Einheiten. Die EU-Kommission hat vom AstraZeneca-Präparat bereits 400 Millionen Dosen bestellt: Der im Vergleich preiswertere Impfstoff kann im Gegensatz zu jenem von BioNTech/Pfizer und Moderna bei normaler Kühlschranktemperatur für sechs Monate gelagert werden. Von Moderna hat sich die EU-Kommission bis zu 160 Millionen Dosen gesichert. Insgesamt des neuen Zusatzvertrages kann die EU nun insgesamt mehr als zwei Milliarden Dosen beziehen.

### **Zahlreiche Lockdowns – Spaltungstendenzen in der Gesellschaft**

Im Sommer und Herbst 2020 stiegen in Europa die Fallzahlen rapide an. Ende Juni riet die österreichische Bundesregierung bereits davon ab, den Urlaub in Serbien, Bosnien-Herzegowina, im Kosovo, in Nordmazedonien, in Albanien oder in Montenegro zu verbringen. In diesen Ländern stiegen die COVID-19-Fallzahlen ziemlich rasch an. Kroatien verschärfte zu diesem Zeitpunkt ebenso die Maßnahmen gegenüber Reisenden aus anderen südosteuropäischen Staaten. Auch Österreich kam wieder auf die rote Liste. – Finnland führte ab 27. Juli wieder eine Quarantänepflicht für Einreisende aus Österreich ein. Ein paar Tage zuvor strich Tunesien Österreich von der „grünen Liste“ – zunächst für 14 Tage. Im September hatte Deutschland nach der Schweiz und Belgien das Bundesland Wien als „Corona-Risikogebiet“ eingestuft. Es folgten nach und nach alle anderen Bundesländer. Noch Mitte August gab es seitens der Niederlande schärfere Reisewarnungen für Spanien, Frankreich und Belgien, Deutschland warnte vor Reisen nach Luxemburg, Belgien, Bulgarien, Rumänien und Spanien (ausgenommen Kanarische Inseln). In Großbritannien galt im August schon die Quarantänepflicht für Reisende aus Frankreich, den Niederlanden und aus Malta, Schweden hatte dagegen zu dieser Zeit seinen Bürgerinnen und Bürgern nicht länger von Reisen nach Österreich oder Liechtenstein abgeraten – dafür wiederum vor „nicht dringend notwendigen“ Reisen nach Großbritannien, Irland, Lettland, Estland, Litauen, Zypern, Slowenien, Slowakei, in die Niederlande, nach Rumänien, Bulgarien oder Finnland. Im Herbst führten zahlreiche EU-Staaten wieder Teil- bzw. Ganz-Lockdowns ein, um den jeweiligen nationalen Gesundheitsnotstand zu verhindern. In Großbritannien hatte Premier Boris Johnson schon Ende Juli weitere Lockerungsmaßnahmen in der Coronakrise gestoppt: „Wir müssen schnell reagieren“, so Johnson angesichts

weiter steigender Infektionszahlen. Seit 1. September 2020 wurden die Grenzen Ungarns für ausländische Staatsbürger (Pendlern und jene ausländischen Staatsbürger waren ausgenommen, die über eine länger als 90 Tage gültige Aufenthaltsgenehmigung für Ungarn verfügten) geschlossen – als Reaktion auf die stark gestiegenen COVID-19-Fallzahlen. In Frankreich und Spanien wurden ab Ende Oktober temporäre nächtliche Ausgangssperren eingeführt und im Verlauf noch ausgeweitet, in Italien startete im November ein Teil-Lockdown, in Großbritannien wieder ein Lockdown. Slowenien hatte den Lockdown zudem wegen der schlechten epidemiologischen Lage verlängert. In Deutschland galt es ebenso durch gezielte Lockdowns, einen nationalen Notstand zu verhindern.

In EU-Staaten begannen vereinzelt Bürgergruppen gegen die „Corona-Maßnahmen“ der jeweiligen Regierungen zu demonstrieren, in Berlin tanzten Menschen im Zuge des Jahreswechsels sogar in Abwandlung eines populären Liedes: „Ein bißchen SARS muss sein“. Die Infektionswelle schadet vor allem der sozialen Bindekraft und spaltet zunehmend die Gesellschaft – in „Impfbefürworter“ und „Impfgegner“ und vor allem in jene, die mit Disziplin die „Corona-Maßnahmen“ der Regierungen umsetzen und großteils nachvollziehen und in jene, die diese Maßnahmen für überzogen halten und vereinzelt sogar von einer „Corona-Diktatur“ (besonders in Deutschland) sprechen. „Corona-Demonstranten“ riefen in Österreich bereits zum Sturm auf Polizeiinspektionen, zu Brandstiftung und zu „Hausbesuchen“ bei Politikern auf. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) begann in diesem Kontext gegen „staatsfeindliche Verbindungen“ zu ermitteln und sieht eine „besorgniserregende Radikalisierung“. Die Szene sammelt sich auch auf Telegram-Messenger-Gruppen sowie auf Facebook. Die Folgen des Lockdowns erweisen sich nun als gravierender als ursprünglich prognostiziert. Der soziale Zusammenhalt, das Vertrauen der Bevölkerung in die wirtschaftliche und staatliche Sicherheit sowie ihrer Institutionen steht nach wie vor auf dem Spiel.

In der EU gilt es – vor allem gemeinsam mit den Mitgliedstaaten – die strategische Autonomie erst einmal umfassend aufzubauen, um sich vor gegenwärtigen und künftigen Bedrohungen wie Pandemien koordiniert schützen zu können. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen forderte in ihrer ersten Rede zur Lage der Union Mitte September 2020 deshalb die Schaffung einer „Gesundheitsunion“, um in Hinblick auf die Bewältigung von Pandemien Katastrophenschutz innerhalb der EU gewährleisten zu können. Es liegt nun viel an den Mitgliedstaaten, dieses Ziel subsidiär zu verwirklichen. Die EU-Mitgliedstaaten zeigen sich auch hier für das Schicksal und die Zukunft der Union verantwortlich. Bis jedoch eine flächendeckende

Impfung der jeweiligen Bevölkerungen in den EU-Mitgliedstaaten durchgeführt werden kann, gilt es seitens der Regierungen, adäquate und in erster Linie durchdachte und für die Bevölkerungen verständliche Maßnahmen gegen die Ausbreitung von COVID-19 umzusetzen, die die Bürgerinnen und Bürger dahingehend sensibilisieren, mit entsprechendem Verhalten weitere Lockdowns zu verhindern. Die vielfach angewendete Strategie dazu lautet: Isolierung der Infizierten; Quarantäne der Kontaktpersonen; rigide Hygiene und Kontrollmaßnahmen. Koordinierte Pandemiepläne der EU-Länder existieren bis heute nicht. Dazu kommt, dass bis vor kurzem nicht alle Mitgliedstaaten der EU über Pandemiegesetze verfügten. In Schweden hatte es 2020 zum Beispiel noch gar kein Pandemiegesetz gegeben, es trat erst am 10. Jänner 2021 in Kraft. Demnach können Einrichtungen wie Einkaufszentren, Sportstätten oder Bibliotheken zur Reduktion der Besucherzahl verpflichtet oder bei Bedarf ganz geschlossen werden. Ebenso bei den öffentlichen Verkehrsmitteln ist dies während der rund neunmonatigen Gültigkeit des Gesetzes möglich. Das öffentliche Leben kann nun in Schweden auch *de iure* eingeschränkt werden. Das vorher angewendete Prinzip der Freiwilligkeit hat in Schweden nicht funktioniert – wie in Großbritannien und Ungarn hatten ebenso in Schweden Regierungsvertreter die von ihnen selbst empfohlenen Maßnahmen missachtet. Weiters rief Schwedens Premierminister Löfven die Bevölkerung erst am 19. Dezember 2020 dazu auf, in öffentlichen Verkehrsmitteln Mund-Nasen-Schutz zu tragen. In Stockholm waren bereits zu diesem Zeitpunkt die Betten auf den Intensivstationen ausgelastet. Mitte Dezember kam auch eine von der schwedischen Regierung eingesetzte Untersuchungskommission in einem Teilgutachten zum Ergebnis, dass insbesondere die Altenpflege schlecht für die COVID-19-Pandemie gerüstet war. Die Angestellten wurden demnach in großem Umfang allein gelassen, die Krisensituation zu bewältigen. In Schweden ist seither die Gelassenheit gewichen, der „schwedische Sonderweg“ ist am Ende. In der zweiten Jahreshälfte 2020 sowie im Jänner 2021 wurden neue Varianten von COVID-19 vor allem in Großbritannien, in Südafrika und in Brasilien nachgewiesen, die sich relativ schnell ausbreiteten. Die in Großbritannien entdeckte Mutation B.1.1.7 soll jedoch um 70 Prozent ansteckender sein als die bisherige sich in Europa verbreitende Variante. Die in Großbritannien und in der EU während des Jahreswechsels zugelassenen COVID-19-Impfstoffe sollen nach Aussagen der Hersteller auch gegen die neuen Mutationen wirken. In den meisten Regionen Großbritanniens dominiert mittlerweile die hoch ansteckende neue Variante des COVID-19, auch innerhalb der EU nimmt der Ausbreitungsgrad dieser Mutation enorm zu. Die britische Regierung ist nun

bestrebt, das Tempo beim Impfen zu erhöhen, dazu werden landesweit auch neue große Impfzentren eröffnet.

Diskussionen gab es in vielen EU-Staaten auch um die rechtzeitige Durchführung von Impfungen – trotz der Weihnachtstage. Zum Vergleich wurden bis 12. Jänner 2021 in Israel bereits 1,8 Millionen Menschen – das waren zu dieser Zeit schon 20 Prozent der Bevölkerung – gegen COVID-19 geimpft. Zudem setzte sich die israelische Regierung zum Ziel, bis März 2021 alle Einwohner des Landes, die älter als 16 Jahre sind, zu impfen. Während in Israel sowie auch in Großbritannien bereits ab Dezember schon großflächig geimpft wurde, wurde in Österreich im Jänner noch versucht, großflächig zu testen – bei äußerst mäßigem Erfolg. Bundesländer wie Wien führten wieder Massentestungen ein, während sich Tirol und Vorarlberg entschlossen, kein zweites Mal derartige Vorhaben umzusetzen. Argumentiert wurde vor allem in den beiden westlichen Bundesländern mit der geringen Teilnahme der Bevölkerung an den Massentestungen im Dezember 2020. In Wien nahmen damals gerade 13,5 Prozent der Bevölkerung teil, zudem bleiben Testungen nur Momentaufnahmen und gelten nur für den Augenblick der Testung. Das stellte sich auch in der Slowakei im November und Dezember heraus, als die Regierung in Bratislava alle Einwohner über 10 Jahre einem Schnelltest unterzogen hatte. Wer keinen negativen COVID-19-Test vorweisen konnte, durfte seit 9. November nicht mehr die eigene Wohnung verlassen und auch nicht in die Arbeit gehen. Der erhoffte Effekt durch Massentests stellte sich jedoch nicht ein. Sofort nach den Tests wurden die Ausgangsbestimmungen in der Slowakei für alle negativ Getesteten wieder gelockert – ein Wiederanstieg von Infektionen war die Folge. Bereits kurz danach steuerte die Slowakei auf einen neuen Lockdown zu. Die Wahrscheinlichkeit ist real, noch am Tag der Testung angesteckt zu werden. In Deutschland wurde noch im Jänner bekannt, dass sich die Bereitschaft von großen Teilen des Pflege- und Gesundheitspersonals, sich impfen zu lassen, in Grenzen hielt. Impfen bleibt in den EU-Staaten ein Angebot, das freiwillig – und nur freiwillig – angenommen werden kann. Freiwilligkeit hin, Impfbereitschaft her: Die COVID-19-Pandemie könnte 2021 noch härtere Folgen haben als im Pandemiejahr 2020 – diese Befürchtung äußerte die Weltgesundheitsorganisation WHO am 14. Jänner 2021. Es kann also resümiert werden: Anzeichen, dass Pandemien möglich sind, gab es vor allem in den letzten 20 Jahren immer wieder. Dabei wurde klar, dass die Regierungen in den meisten Staaten kaum bis nicht vorbereitet waren. Die Instrumente zur Bewältigung einer derartigen Krise sind jedoch nicht nur im Rahmen staatlicher Strukturen und Abläufen zu verorten, sondern sind auch stark von jenen im Anlassfall

getroffenen und umsetzbaren Maßnahmen abhängig. Greifen diese nicht oder zuwenig, drohen schwerwiegende gesundheitspolitische Folgen.

### **Terrorismus in Österreich – Neue Anti-Terrorstrategie in der EU im Entstehen**

Am 2. November 2020 ereignete sich in der Wiener Innenstadt ein terroristischer Amoklauf, bei dem insgesamt fünf Personen durch Schüsse getötet und 23 weitere verletzt wurden. Ein Jahr und 10 Monate Haft – diese Strafe ist im April 2019 über den künftigen Amokläufer verhängt worden, Grund war seine Mitgliedschaft im sogenannten „Islamischen Staat“. Nach Verbüßung von zwei Drittel seiner Freiheitsstrafe (inklusive der Anrechnung seiner Untersuchungshaft) ist der künftige Täter im Dezember 2019 auf Bewährung aus dem Gefängnis Krems-Stein vorzeitig entlassen worden. In der Nacht auf 3. November wurde er von der Polizei vor der Ruprechtskirche erschossen. Der „Islamische Staat“ reklamierte die Tat für sich. Der Wiener Anwalt, der 2019 den künftigen Amokläufer vertreten hatte, sagte: „So eine Tat hat sich damals nicht abgezeichnet.“ Offenbar wurde der Täter als harmloser eingeschätzt, als er tatsächlich war. Eine Untersuchungskommission erstellte zu diesem Terrorakt einen Zwischenbericht mit ersten Empfehlungen, dieser wurde am 23. Dezember 2020 veröffentlicht. Laut Kommission lagen zunächst keine Fehler des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) vor, die zu diesem Amoklauf führten. Der Bericht kommt zunächst zu dem Ergebnis: „Eine risikofreie Gesellschaft kann es nicht geben. Wohl aber wurden etliche Schwächen festgestellt.“ Im Wesentlichen handelte es sich dabei um zwei folgende Vorwürfe:

- Gehandelt wurde zu langsam und zu zögerlich, die Kommunikation zwischen dem BVT und dem zuständigen Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung funktionierte nicht. Elf Monate hat es demnach gedauert, bis eine Gefahreneinschätzung des späteren Attentäters erarbeitet wurde.
- Selbst Ereignisse wie das Treffen des künftigen Amokläufers mit ausländischen Extremisten sowie der versuchte Munitionskauf in der Slowakei hatten diesen Prozess nicht beschleunigt. Nach dem versuchten Munitionskauf wären demnach eine neuerliche Terrorismusanlage bzw. ein Widerruf der Bewährung möglich gewesen.

Aufklärungswürdig wäre zudem auch, dass das BVT laut Bericht des österreichischen Innenministers Karl Nehammer nicht regelmäßig über die Terror-

Gefahrenlage informiert hat. Nehammer warnte zudem am 28. Dezember 2020 vor „Terror von rechts“. Die Polizei fand kurz zuvor bei Extremisten Waffenarsenale mit voll automatischen Waffen und Handgranaten. Aus Deutschland gab es schon längere Zeit davor Erkenntnisse, dass sich diese Szene zu strukturieren und zu bewaffnen begonnen habe. Österreich, so Nehammer, erlebe dies zeitverzögert: „Man hat gesehen, dass diese Welle in Österreich angekommen ist. Diese Entwicklung ist extrem ernst zu nehmen.“ Demnach sei der „nächste Schritt zum Attentat [...] nur ein kleiner.“ Terrorismus macht vor Landesgrenzen ebenso wenig halt wie eine Pandemie. Aus diesem Grund kamen am 13. November 2020 seitens der Innenminister der EU-Mitgliedstaaten folgende Statements und Vorschläge:

- Man wolle sich „mit aller Kraft gegen diesen barbarischen Terror“ stemmen, betonte Deutschlands Innenminister Horst Seehofer.
- Ein- und Ausreisen aus dem Schengenraum sollen künftig elektronisch erfasst werden.
- Enger soll auch mit Drittstaaten kooperiert werden, so im Fall von „islamistischen Gefährdern“.
- Die EU-Polizeibehörde Europol soll finanziell und personell besser ausgestattet werden.
- Zudem soll der Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden der EU-27 reibungsloser verlaufen.

Nicht wenige Terroristen waren den Behörden bereits vor ihrer Tat als gewaltbereite Extremisten bekannt gewesen. Informationen über derartige Personen sollten deshalb auch dann verfügbar sein, wenn sie noch nicht einschlägig vorbestraft seien. Um auch stärker gegen Hassreden und Propaganda vorgehen zu können, sollten die Behörden mehr Zugang zu digitaler Kommunikation bekommen. Seehofer machte in diesem Kontext klar, dass Ermittler seiner Meinung nach ebenso auf verschlüsselte Daten zugreifen müssen. Betont wurde auch, dass sich der „Kampf gegen den Terrorismus“ grundsätzlich nicht gegen irgendeine politische oder religiöse Überzeugung richtet, sondern ausschließlich „gegen fanatischen und gewalttätigen Extremismus“.

### **Das Brexit-Handelsabkommen – „Deal is done“**

Sieben Tage vor dem Ende der Übergangsfrist zum Austritt aus der EU – am 24. Dezember 2020 – hatten sich die EU und Großbritannien auf das vorläufige Handelsabkommen geeinigt. Die wesentlichen Punkte daraus lauten wie folgt:

- Keine Zölle oder Quoten gibt es auf Waren im beiderseitigen Handel, jedoch wird der Handel komplizierter. Es gibt seit 1. Jänner 2021 neue Ein-

und Ausfuhrformalitäten zwecks Kontrolle der Standards, so auch bei Chemikalien, Fahrzeugen, Medikamenten und Wein. Dabei muss aufwendig nachgewiesen werden, dass die Produkte tatsächlich den Standards des EU-Binnenmarktes entsprechen – durch Ursprungszeugnisse, Herkunftserklärungen oder auch durch Zertifikate, die etwa die Lebensmittelsicherheit oder das Wohl von transportierten Tieren betreffen. Bereits seit Beginn des Jahres 2021 führt Frankreich – durch dieses Land gelangen an die 70 Prozent der britischen Waren in die EU – strenge Warenkontrollen an der Grenze zu Großbritannien durch.

- Bis März 2021 sollen noch Details betreffend den britischen Finanzsektor präzisiert werden. Bei Banken, Versicherern und Fondsgesellschaften existiert das Äquivalenzprinzip: falls also die Regulierung in einem Staat den Vorgaben der EU gleichwertig ist, kann diese den dortigen Finanzfirmen Zugang zum Binnenmarkt gewähren. Die EU ist jedoch nur bestrebt, dies in Bereichen zu tun, die in ihrem Interesse sind.
- Die Luft-, See-, Straßen- und Schienenverbindungen zwischen der EU und Großbritannien bleiben weiterhin garantiert – also der ungehinderte Speditionsverkehr wie auch die Nutzung von Flughäfen durch die Airlines der anderen Seite.
- Die Fischerei spielt an sich wirtschaftlich keine übergeordnete Rolle, diese wurde jedoch zum wesentlichen Knackpunkt der Verhandlungen. Fischer aus der EU verzichten nun auf 25 Prozent ihrer Fangquoten in britischen Gewässern. Ab Juni 2026 soll ein Mal pro Jahr über die Fangquoten verhandelt werden. Sollte Großbritannien EU-Quoten weiter verringern oder Fischern aus der EU den Zugang verwehren, könnte laut Europäischer Kommission die EU als Antwort Zölle einführen.
- Um unfairen Wettbewerb zu verhindern, muss Großbritannien die Standards der EU beim Umweltschutz, bei den Sozial- und Arbeitnehmerrechten sowie bei den staatlichen Beihilfen weiter einhalten. Der Brexit-Deal verpflichtet Großbritannien und die EU auf gemeinsame Prinzipien zur Subventionspolitik. Unternehmen, die sich durch Entscheidungen der britischen Regierung betreffend Subventionspolitik benachteiligt sehen, können bei britischen Gerichten klagen.
- Die Zusammenarbeit von britischen Behörden mit den EU-Agenturen Europol und Eurojust wird fortgesetzt. Großbritannien kann jedoch die Regeln für diese beiden Agenturen nicht mehr mitgestalten. Ebenso existieren Vorkehrungen für

eine enge Kooperation zwischen der britischen Polizei und der Justiz einerseits mit jenen der EU-Mitgliedstaaten andererseits. Großbritannien hat auf bestimmte EU-Datenbanken – wie das Schengener Informationssystem (SIS) – keinen Zugriff mehr. Darin werden zum Beispiel auch zur Fahndung ausgeschriebene Personen gespeichert. Großbritannien erhält weiterhin Zugriff auf die EU-Datenbank zur Fluggastdatenspeicherung, auf Fahrzeugregisterdaten oder das EU-Strafregister.

- Seit 1. Jänner 2021 ist die Einwanderung aus der EU nach Großbritannien erschwert. Bürgerinnen und Bürger aus der EU, die in Großbritannien leben, können noch bis 30. Juni 2021 einen Aufenthaltsstatus beantragen. Die Hürden liegen nun an der Einkommensschwelle sowie an der beruflichen Qualifikation.
- Für Touristen gibt es keine Visumpflicht bei kürzeren Reisen. Britische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger verlieren seit 1. Jänner 2021 das Recht, in Mitgliedstaaten der EU zu leben und zu arbeiten. Sie dürfen sich nur noch 90 Tage lang ohne Visum in der EU aufhalten.
- Im Forschungsbereich nimmt Großbritannien weiterhin an relevanten Programmen der EU teil (wie Horizon Europe, Copernicus und Euratom). Die Details dazu befinden sich noch in der Ausarbeitung. Großbritannien hat jedoch mit 1. Jänner 2021 das Erasmusprogramm verlassen, so gibt es auch keine Möglichkeit für britische Studentinnen und Studenten mehr, mit Erasmus in der EU zu studieren. Bereits genehmigte Projekte werden aber noch durchgeführt. Als Ersatz zu Erasmus hat die britische Regierung die Schaffung eines nach dem Mathematiker Alan Turing benannten Austauschprogramms angekündigt, das mit jährlich 100 Millionen Pfund 35.000 britischen Studentinnen und Studenten Auslandsaufenthalte ermöglichen soll – und zwar weltweit, im Sinne des „Global Britain“ (eine der Forderungen der Brexiteers).
- Im Deal nicht geregelt ist das Thema Außen- und Sicherheitspolitik, dieses wurde auf Wunsch der britischen Regierung von den Verhandlungen ausgenommen. Laut Europäischer Kommission gibt es auf EU-Ebene seit 1. Jänner 2021 somit keine koordinierte Antwort mehr auf außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen zwischen London und Brüssel.

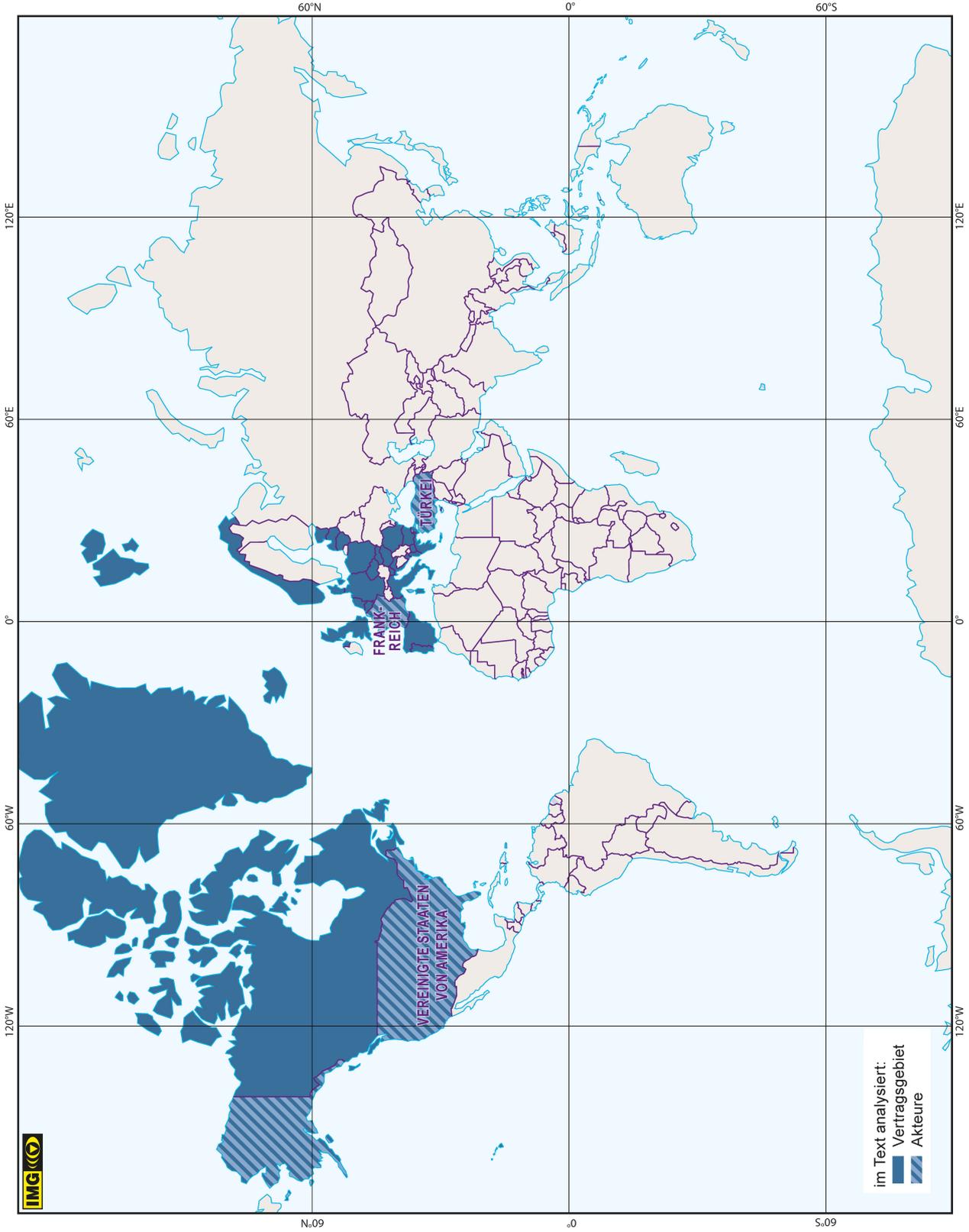
Am 28. Dezember 2020 hatte die EU die vorläufige Anwendung des Brexit-Handelspakets mit Gültigkeit 1. Jänner 2021 auf den Weg gebracht. Die vorläufige Anwendung des Vertrages ist nötig, weil für eine Ratifizierung durch das EU-Parlament vor dem Jahresende die Zeit fehlte. Die EU-27 hatte dem Start

des Brexit-Deals am 29. Dezember zugestimmt, am 30. Dezember 2020 wurde dieser Vertrag von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel unterzeichnet. An diesem Tag stimmte auch das britische Unterhaus in zweiter Lesung mit absoluter Mehrheit (521 zu 73 Stimmen) mit fast allen Stimmen der Tories und der Labour Party dem Abkommen zu. Abgelehnt haben diesen Deal die Scottish National Party, die Liberaldemokraten, die Green Party, Plaid Cymru sowie die Democratic Unionist Party of Northern Ireland. Das 1246 Seiten starke Dokument regelt die wirtschaftlichen, polizeilichen und justiziellen Beziehungen zur EU in den Bereichen Handel, Zusammenarbeit von Polizei und Justiz sowie auch im Fall eines Krankenversicherungsschutzes von Reisenden bei Notfällen. Die Reaktionen in Großbritannien auf den Brexit-Deal fielen großteils positiv aus. Aus Sicht des britischen Premiers Boris Johnson erlangte Großbritannien ein Handelsabkommen, das jenem zwischen der EU und Kanada ähnlich ist. Der ehemalige Parteichef des UKIP (*der* Brexit-Partei), Nigel Farage, beurteilte das neue Abkommen wie folgt: „Nicht perfekt, aber im Großen und Ganzen ist der Krieg vorbei.“ Aus Sicht Irlands zeigte sich die Relevanz des neuen Abkommens zwischen der EU und Großbritannien auch darin, dass dadurch das Karfreitagsabkommen aus dem Jahr 1998 gerettet sei. Zum Schutz der offenen Grenzen zwischen Nordirland und der Republik Irland einigten sich in Übereinstimmung mit dem Karfreitagsabkommen die EU und Großbritannien auf einen Sonderstatus: Nordirland bleibt auch nach dem Brexit weiterhin Teil des Vereinigten Königreiches (Großbritannien und Nordirland) sowie auch Mitglied des EU-Binnenmarktes und der EU-Zollunion. Diese Regelung gilt zunächst für vier Jahre. Das bedeutet, dass seit 1. Jänner 2021 Waren, die aus Britannien nach Nordirland – also in den EU-Binnenmarkt – exportiert werden, strengen Auflagen unterliegen. Dazu gehören auch eine Einfuhrerklärung, Angaben zur Produktsicherheit und Hygienestandards sowie eine Kennziffer. Für pflanzliche und tierische Produkte sollte eine Übergangsfrist von drei Monaten die Entstehung von Engpässen verhindern. Bestimmte Produkte wie Fruchtjoghurt oder Knoblauchwurst benötigen seit Jahresbeginn 2021 ein Zertifikat. Zu Beginn der Kontrollen verfügten viele LKW-Fahrer nicht über die dafür nötigen Papiere, tagelange Staus an den Grenzen waren die Folge.

Mit Gibraltar wurde ein Grundsatzabkommen zum Schengengebiet geschlossen. Die Halbinsel Gibraltar (Bevölkerung: ca. 34.000) ist seit jeher wirtschaftlich eng mit Spanien verbunden, an die 15.000 Pendlerinnen und Pendler leben auf spanischer Seite und arbeiten in Gibraltar. Aufgrund der großen Abhängigkeit von Spanien stimmten

2016 beim Brexit-Referendum 96 Prozent der Einwohnerschaft von Gibraltar gegen einen Austritt Großbritanniens aus der EU, in einem zweiten Referendum gegen einen Anschluss an Spanien. Die schwierige Souveränitätsfrage von Gibraltar war bei den Verhandlungen zwischen London, Madrid und Gibraltar ausgeklammert worden. Am Flughafen und am Fährhafen von Gibraltar überwachen Beamte aus Gibraltar sowie der EU-Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex den Reiseverkehr, an der einzigen Verbindungsstraße zwischen Spanien und Gibraltar werden Reisende weiterhin kontrolliert.

**Dr. Gunther Hauser**



North Atlantic Treaty Organization (NATO)

## Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

### Einleitung

Als sich in den Tagen nach dem 3. November 2020 der Wahlsieg Joe Bidens abzeichnete, war das Aufatmen in der transatlantischen Welt hörbar. Wenn auch die genaue Ausgestaltung der zukünftigen US-Außenpolitik noch offen ist, so ist es doch schon von unschätzbarem Vorteil, wenn diese nicht mehr von Beleidigungen oder emotionalen Bestrafungen der Verbündeten gekennzeichnet ist und dem Multilateralismus wieder mehr Gewicht zugemessen wird. Zu welchem zerstörerischen Werk der abtretende US-Präsident fähig war, zeigte sich nicht zuletzt im Sturm seiner Anhänger auf das Kapitol am 6. Jänner und lässt erahnen, was vier weitere Jahre Trump für die westliche Welt hätten bedeuten können.

Die hat ohnehin genug Probleme, wie die allianzinternen Spannungen, vor allem mit der Türkei, zeigen. Die vom französischen Präsidenten Macron im Herbst 2019 als "hirntot" bezeichnete NATO muss sich diesen Problemen stellen und Lösungen finden. Diese Aufgabe ist der "Reflexionsgruppe NATO 2030" aufgetragen, die im Rahmen des Außenministertreffens im vergangenen Dezember ihre ersten Vorschläge vorlegte. Diese sollen nun weiterbearbeitet und im Rahmen des nächsten Gipfeltreffens beschlossen werden.

### Die NATO zur Jahreswende 2020/21

Bald 71 Jahre nach ihrer Gründung schützt die NATO unverändert den Euroatlantischen Raum und legt damit die Basis für die wirtschaftliche Entwicklung und den damit verbundenen Wohlstand Europas und Nordamerikas. Sie darf sich zweifellos als erfolgreichste sicherheitspolitische Organisation der neueren Geschichte bezeichnen und beweist durch die in den letzten Jahren verzeichneten Neuzugänge immer noch ihre Anziehungskraft.

Dennoch sind auch einige ernste Probleme offenkundig. Dazu zählen besonders die von Ankara und Washington hervorgerufenen internen Spannungen, die mitunter aggressive Züge annehmen. So richteten Einheiten der türkischen Marine das Zielzuweisungsradar auf französische Kriegsschiffe, die zur Überwachung des UN-Embargos gegenüber Libyen im östlichen Mittelmeer operierten. Der nächste Schritt wäre der Waffeneinsatz gewesen, ein wohl einmaliger Vorgang zwischen zwei eigentlich verbündeten Staaten. "In together – out together" ist die Maxime der NATO-Alliierten für ihre Einsätze im internationalen Krisenmanagement, vom Kosovo bis Afghanistan. Damit soll die Geschlossenheit des Bündnisses, gerade

bei militärischen Einsätzen, unterstrichen werden. Wenn nun aber US-Präsident Trump vor Weihnachten einseitig Truppenabzüge aus Afghanistan und dem Irak ankündigt, um seine Wahlversprechen einzulösen, dann wird dieses Prinzip durchbrochen, und zwar vom mächtigsten Mitglied der Allianz. Politische Verunsicherung der kleineren Alliierten, verstärkt durch die Abhängigkeit ihrer Soldaten von der Präsenz der US-Streitkräfte in den Einsatzräumen, macht sich breit und untergräbt die Kohäsion des Bündnisses, zum Vorteil seiner Gegner. Schon eher nachvollziehbar sind die Sanktionen der US-Regierung gegen türkische Rüstungskonsortien wegen der fortgesetzten Verwendung der von Russland beschafften S-400 Luftabwehrsysteme durch die Regierung in Ankara, nachdem der Rauswurf aus dem F-35 Programm im Sommer 2019 zu keiner Handlungsänderung führte. Im Kern bedeuten sie vorerst noch beispiellose Strafmaßnahmen gegen einen Verbündeten, der sich zunehmend als eigenständige Regionalmacht sieht und ergänzen das Bild des schwierigen Innenlebens der NATO.

Der Wahlsieg Bidens befreite die NATO von vier weiteren düsteren Jahren mit Donald Trump, die durchaus das Ende der Allianz hätten bedeuten können. So bleiben die inhärenten Spannungen und ein Reformbedarf, beides soll durch die Reflexionsgruppe „NATO 2030“ zumindest einer gewissen Lösung zugeführt werden. Als globaler Konkurrent des Westens wird China die entscheidende sicherheitspolitische Herausforderung in den nächsten 10 Jahren werden. Da diese Auseinandersetzung weit über den eigentlichen sicherheitspolitischen Kern hinausgeht, wird der Partnerschaft mit der EU ein starkes Gewicht zukommen.

Diese allianzinternen Bruchlinien werfen natürlich die berechtigte Frage auf, inwieweit das Bündnis im Augenblick einer ernsthaften Bedrohung die notwendige Geschlossenheit aufweist, beruhen doch alle seine Entscheidungen auf Konsens. Trotz der medienwirksamen Spannungen darf aber nicht übersehen werden, dass auch Vieles geräuschlos funktioniert. Als Beispiele können die fortgesetzte US-Initiative zur Verstärkung der NATO-Ostflanke, die weit verbreiteten Anstrengungen der europäischen Mitglieder zur Erreichung des "2%-Zieles", die anstandslose Übernahme der "Very High Readiness

Joint Task Force" (VJTF) durch die türkischen Streitkräfte und/oder die gegenseitige Unterstützung bei Covid-19 genannt werden. Wenn vor diesem Hintergrund auch von einer nach wie vor glaubwürdigen Abschreckung der NATO und der Erfüllung ihrer drei Kernaufgaben ausgegangen werden kann, dürfen dennoch weitere offene Fragen nicht übersehen werden. Dazu zählen vor allem die Ausrichtung auf ein immer stärker werdendes China, Wert und Umfang der Partnerschaften, die Frage der Effizienz der inneren Abläufe und einiges mehr, wie die Position zu neuen Technologien. Zum Zwecke der Überprüfung des inneren Zustandes der NATO und der notwendigen Bewältigung zukünftiger Herausforderungen wurde die "Reflexionsgruppe NATO 2030" ins Leben gerufen, die unter anderem vom ehemaligen deutschen Verteidigungsminister de Maizière geführt wird.

### **NATO 2030**

Wie in der Einleitung bereits angemerkt, präsentierte die Reflexionsgruppe während des Außenministertreffens ihre ersten Ergebnisse, genau gesagt 138 Vorschläge. Der quantitative Umfang weist schon auf das Ausmaß der zu lösenden Fragen hin, hier sollen aber nur die wichtigsten vorgestellt werden.

**Strategisches Konzept:** Das gültige Grundlagenpapier der NATO stammt aus 2010 und hat die zwischenzeitlich eingetretenen geopolitischen Veränderungen noch nicht berücksichtigt, wie ein gestärktes China und die gewachsene Bedrohung durch den Terrorismus. An den drei Kernaufgaben (kollektive Verteidigung, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit) soll aber festgehalten werden.

**China:** für diesen aufstrebenden und immer wichtiger werdenden Akteur muss eine Strategie entwickelt werden, allenfalls soll mit Peking danach in einem noch zu bildenden Format wie dem NATO-Russland-Rat gesprochen werden. In jedem Fall müssen die Auswirkungen der chinesischen Aktivitäten („Seidenstraße“) auf die Resilienz sowie Verteidigungsbereitschaft der Allianz und ihrer Mitglieder laufend bewertet werden.

**Neue Technologien:** Hier muss die Allianz zumindest dieselben Anstrengungen unternehmen wie ihre Gegner, unter anderem große autoritäre Staaten. Ein digitales Gipfeltreffen mit Regierungen und dem Privatsektor soll die verschiedenen Strategien zur Künstlichen Intelligenz bündeln und damit stärken.

**Terrorismus:** Diese unmittelbare Bedrohung muss in der täglichen Arbeit des Bündnisses besser berücksichtigt werden und sich auch in Übungen

niederschlagen. Ein besserer Austausch national gewonnener Geheimdienstinformationen soll zu einem akkuraten Lagebild beitragen, das auch hybride Taktiken beinhaltet.

**Kohäsion und innere Abläufe:** Die Alliierten sind aufgerufen, die in der NATO getroffenen Entscheidungen über nationale Politiken umzusetzen und sich wieder vermehrt der Tatsache bewusst zu werden, dass die Allianz auf Demokratie basiert. Diesbezüglich soll ein "Centre of Excellence" für "Democratic Resilience" eingerichtet werden. In Bezug auf die inneren Abläufe sollen einmal auf politischer Ebene getroffene konsensuale Entscheidungen halten und nicht in den nachfolgenden Ausschüssen durch nationale Vetos zunichte gemacht werden.

**Partnerschaften:** Diese sollen mehr zur Unterstützung der NATO-Interessen genutzt werden und in diesem Sinne die Zusammenarbeit mit den Formaten "Mediterranean Dialogue" (südliche Mittelmeerränder) und "Istanbul Cooperation Initiative" (Golfstaaten) verbessert werden. Nicht zuletzt wegen China erfahren auch die Indo-Pazifischen Partner (Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland) eine Aufwertung und eventuell Ausdehnung. Ein essenzieller Partner ist und bleibt aber die EU, in der 21 NATO-Mitgliedsstaaten verankert sind und mit der die bilaterale Zusammenarbeit schon seit 2016 vertieft wurde.

### **EU und Österreich**

Seit der Annahme der EU Globalstrategie 2016 wurden mehrere Initiativen wie die "Ständig Strukturierte Zusammenarbeit" lanciert, die alle das Ziel einer stärkeren strategischen Autonomie der EU verfolgen. Diese ist aber vorerst nur im NATO-Kontext denkbar und bedeutet hier die Verstärkung des "Europäischen Pfeilers". Beides könnte und sollte zur vermehrten Übernahme sicherheitspolitischer Aufgaben durch die EU führen. Es wäre im transatlantischen Kontext sicher vorteilhaft, würde die EU die Lösung der Krisen wie Libyen, Türkei – Griechenland, Syrien und Berg-Karabach selbst in die Hände nehmen können. Das würde die EU 29 Jahre nach "Maastricht" zu einem eigenständigen sicherheitspolitischen Akteur werden lassen, der zumindest die Probleme in seiner Nachbarschaft einer Lösung zuführen kann. Die mitunter beschämende Abhängigkeit von den USA wäre entscheidend verringert, was zu einer "transatlantischen Partnerschaft auf Augenhöhe" mit Washington führen würde. Die könnte noch durch eine partnerschaftliche Koordination gegenüber China vertieft werden, da hier viele Politikfelder berührt werden, in denen die NATO kaum bis keine Expertise aufweist, wie in der

Handelspolitik. Als Ergebnis gäbe es 71 Jahre nach Gründung der NATO eine zeitgemäße Kooperation Brüssel – Washington, die für die USA den Vorzug böte, Kräfte für das Kräfteressen mit China freimachen zu können.

Nach 26 Jahren Mitgliedschaft in der EU und in der NATO-Partnerschaft für den Frieden sollte Österreich diese europäischen Anstrengungen politisch unterstützen und seine Streitkräfte so aufstellen, dass diese zur Bewältigung auch herausfordernder europäischer Einsätze substanziell beitragen können. Neben einem wesentlich höheren Verteidigungsbudget wäre die Bildung einer strategischen Kultur nötig, die bereit ist, für ein stärkeres Europa im transatlantischen Kontext gegebenenfalls auch Risiken zu übernehmen. Als Ausgangspunkt für diesen Bewusstseinswandel sollte die Tatsache dienen, dass Österreich bisher von der Existenz sowohl der EU als auch der NATO profitiert hat. Eine Bundesregierung mit "transatlantischer Politik", wie von Außenminister Schallenberg in einem ZiB-Interview am 7. Jänner unterstrichen, sollte hier doch eigentlich erfolgreich sein.

anderen Art vorhanden sind, so bedeutet doch der Wahlsieg Bidens eine Erleichterung für die Allianz.

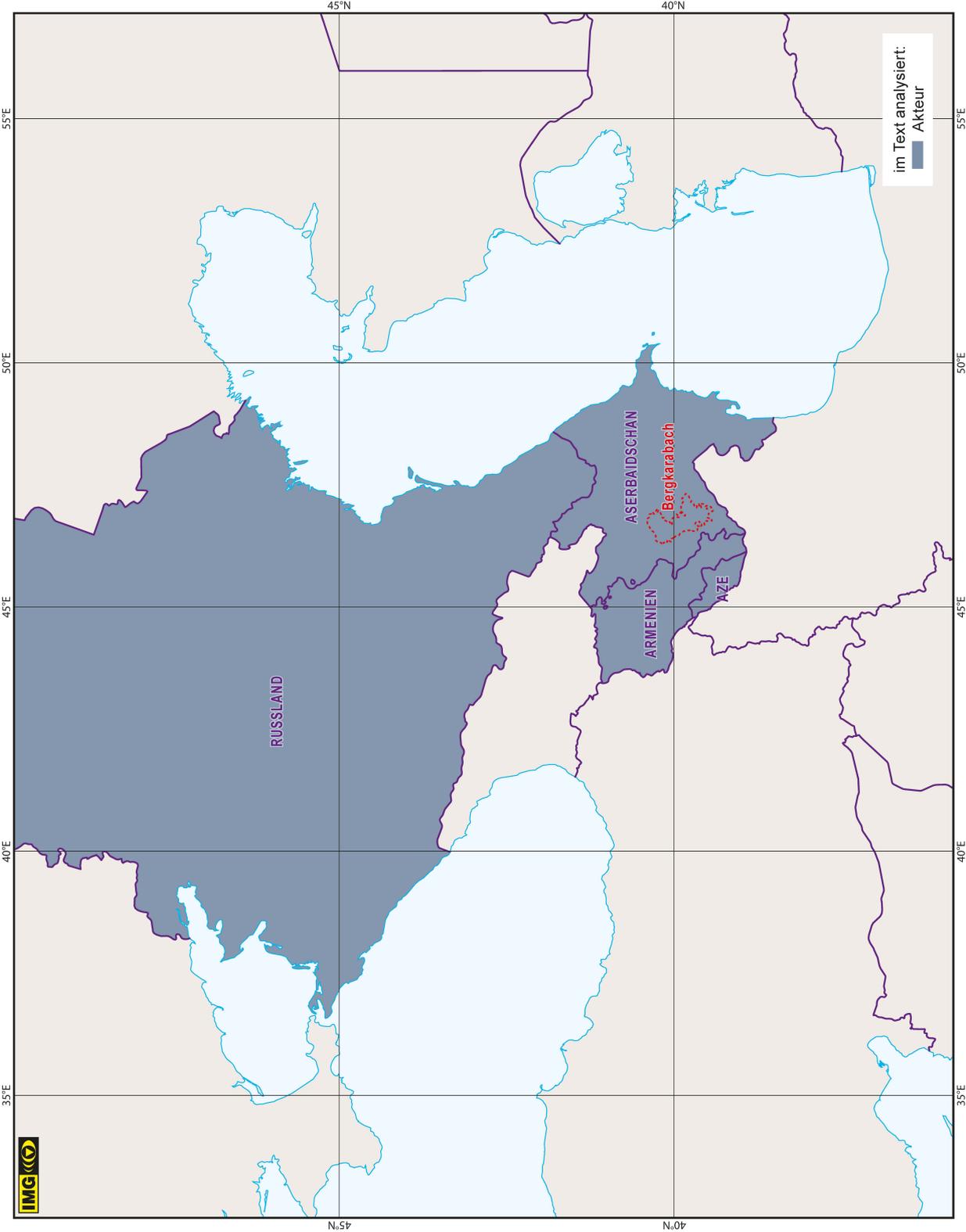
**Otto Naderer**



NATO-Generalsekretär Stoltenberg und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen in der EU-Kommission.

### **Ausblick**

Für die nächsten 10 Jahre der NATO könnte 2021 entscheidend sein. Noch heuer werden die Ergebnisse der Reflexionsgruppe diskutiert und je entschlossener die Reformvorschläge angenommen werden, desto vorteilhafter wird sich die Zukunft des nordatlantischen Bündnisses ausnehmen. So oder so wird in der neuen Dekade das Verhältnis zu China der dominierende Faktor werden, nachgeordnet der Umgang mit Moskau und dem nichtstaatlichen Terror, sowie mit allen Feldern zusammenhängend, die innere Resilienz. Wenn auch anzunehmen ist, dass in der Gemeinschaft der 30 Staaten interne Spannungen immer in der einen oder



Kaukasus

## ... und ihre Partner und Herausforderer

### ...Russland und der postsowjetische Raum...

Zu Jahresbeginn 2021 war die strategische Lage im postsowjetischen Raum trotz der Belastungen der COVID-19-Pandemie von äußerst dynamischen sicherheitspolitischen Entwicklungen geprägt. Dabei haben sich stabilitätsrelevante Vorgänge über Wechselwirkungen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene gegenseitig beeinflusst. Hervorzuheben wären unter anderen die international beachteten innenpolitischen Ereignisse in Russland und Weißrussland. Zu den zentralen Veränderungen sicherheitspolitischer Parameter zählen insbesondere die Neugestaltung der geopolitischen Landkarte im Südkaukasus, hervorgerufen durch eine nachhaltige Machtverschiebung im Zuge des Krieges um Bergkarabach im Herbst 2020, sowie Ungewissheiten über die künftigen außen- und sicherheitspolitischen Maßnahmen der neuen US-Administration unter Präsident Joseph Robinette Bidon Junior. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die neue US-Führung sowohl im regionalen Kräfteverhältnis, als auch im Inneren einiger der autoritär geführten Länder im postsowjetischen Raum eine neue Herausforderung für die geltende „machtpolitische Arithmetik“ darstellen wird. In diesem Zusammenhang wird daher zunächst auf die im Berichtszeitraum erfassten innenpolitischen Vorgänge in Russland und Weißrussland eingegangen, bevor eine Darstellung und Bewertung der geopolitischen Veränderungen im Südkaukasus sowie möglicher weiterführender sicherheitspolitischer Dynamiken, hervorgerufen durch die neue US-Administration von Präsident Joe Biden, erfolgt.

#### **Innenpolitische Dynamik in Russland und Weißrussland**

Wesentliche Gradmesser für regionale Stabilität und sicherheitspolitische Entwicklungen – weit über den postsowjetischen Raum hinausgehend – stellen die in Bewegung geratenen gesellschaftspolitischen und sozioökonomischen Verhältnisse Russlands und auch Weißrusslands dar. Im Falle Russlands haben mögliche Veränderungen im gesellschaftlichen, politischen und sozioökonomischen Machtgefüge auch Konsequenzen für die internationalen Beziehungen im Allgemeinen und die regionale Stabilität im Besonderen.

Die sich bereits in der ersten Jahreshälfte 2020 abzeichnenden Schwächen des von Präsident Putin geprägten politischen Systems wurden im Berichtszeitraum durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten des Oppositionellen Alexei Anatoljewitsch Nawalny und seiner Mitstreiter noch zusätzlich verstärkt. Bereits im Zuge des umstrittenen Referendums zur Verfassungsänderung, das vom 25.

Juni bis 1. Juli 2020 stattfand, schien der Kreml aufgrund der unter Druck geratenen sozioökonomischen Situation im Zuge der COVID-19-Pandemie durch sinkende Popularitätswerte Putins verunsichert zu sein. Schließlich haben offiziell knapp 80% der am Referendum teilgenommenen Wählerinnen und Wähler für die neue Verfassung gestimmt, welche Präsident Putin ab 2024 de-jure weitere zwei Kandidaturen für das Amt des Staatsoberhauptes ermöglicht und er somit das Land bis 2036 regieren könnte. Obwohl Unregelmäßigkeiten registriert und Vorwürfe der Manipulation vermeldet wurden, ließen selbst Kremlkritiker an der Bestätigung der neuen Verfassung keinen Zweifel offen.

#### **Aktivitäten des Herausforderers Nawalny**

In einer gesellschaftspolitisch gereizten und wegen COVID-19 von wirtschaftlichen Einbrüchen gekennzeichneten negativen Gesamtstimmung wurde Ende August 2020 der schärfste innenpolitische Widersacher Putins, Alexej Nawalny, wegen eines vermeintlichen Giftanschlages des russischen Geheimdienstes zur ärztlichen Behandlung nach Deutschland gebracht, was das ohnehin brüchige Verhältnis zwischen der EU und Russland zusätzlich belastete. Alexej Nawalny selbst genießt mit seiner landesweit organisierten Protestbewegung gegen die Kremlführung vor allem bei jungen Menschen Ansehen. Laut dem renommierten Levada-Zentrum sprachen ihm Ende 2020 aber lediglich 4% der Wählerinnen und Wähler ihr Vertrauen aus. Bei anhaltenden Protesten und Polizeigewalt könnte seine Popularität jedoch steigen und vor allem im Hinblick auf die im September 2021 stattfindenden russischen Parlamentswahlen einen wichtigen innenpolitischen Faktor darstellen.

Der erst 44-jährige Oppositionelle präsentiert sich als Antikorruptionsjäger, der vor allem Putin in der Öffentlichkeit direkt angreift. Weltanschaulich lässt sich der Kremlkritiker im national-liberalen Politikspektrum verorten, der jedoch heute wesentlich liberaler als in seinen jüngeren Jahren auftritt. In der Vergangenheit bezeichnete sich Nawalny selbst als „nationalistischer Demokrat“ und konnte mit seinem teilweise rechtsradikalen Populismus vor allem junge Anhänger mobilisieren, obwohl der studierte Jurist im bürgerlich-liberalen Milieu – unter anderem während eines kurzen Aufenthalts an der Yale Universität in den USA – sozialisiert wurde. Seinen größten politischen Erfolg verbuchte Nawalny bei Bürgermeisterwahlen im Moskau 2013, bei denen er 27% der Stimmen für sich verbuchen konnte. Aufgrund seiner Mobilisierungsfähigkeit und des respektablen Ergebnisses in Moskau wurde er von der Kremlelite als Gefahr für das von Putin und seinen Günstlingen erschaffene politische System wahrgenommen. Somit wurde der Oppositionelle mit allen Mitteln der

russischen Justiz an der aktiven Teilhabe am politischen Geschehen gehindert.

Der Herausforderer Putins sieht sich selbst als modernen Patriot und als pro-westlich ausgerichteter Kämpfer gegen die Korruption, der bereits 2019 als Opfer eines mutmaßlichen Giftanschlags Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit sowohl in Russland als auch im Westen erregt hatte. Im Sommer 2019 wurde er zu 30 Tagen Haft verurteilt, weil er zu einem nicht genehmigten Protest aufgerufen hatte, an dem sich bis zu 20.000 Menschen beteiligt hatten. Seine Anhänger forderten damals die Aufnahme Nawalnys auf die Wahlliste, da seine Kandidatur bei den unterschiedlichen Wahlprozessen behördlich untersagt wurde. Infolge der damaligen Verhaftung klagte Nawalny bereits über Abszesse und Hautausschläge, die laut seiner behandelnden Hautärztin auch durch den Kontakt mit einer chemischen Substanz hätten verursacht werden können. Das behandelnde Moskauer Krankenhaus attestierte lediglich eine Kontaktallergie. Zwölf Monate später, am 20. August 2020, ereignete sich schließlich jener Vorfall, der dazu führte, dass Nawalny in künstlichen Schlaf versetzt und aus Russland zur Behandlung in die Berliner Charité ausgeflogen wurde. Am 25. August gaben dann deutsche Experten bekannt, dass im Körper des Oppositionspolitikers chemische Substanzen – ähnlich jenen von Kampfstoffen wie VX, Sarin und Nowitschok – gefunden wurden. Dies erinnerte an den Vorfall des ehemaligen russischen Doppelagenten Skripal vom Jahr 2018 und löste somit massive Kritik von höchsten politischen Vertretern der EU aus. Westliche Forderungen nach einer sofortigen unabhängigen Untersuchung durch russische Behörden unter Androhungen von politischen und wirtschaftlichen Sanktionen Seitens der EU wurden zunehmend lauter.

In weiterer Folge wurde offiziell von einem Mordversuch mit einem Nervengift, verübt vom russischen Geheimdienst, ausgegangen. Dies wurde auch vom NATO-Generalsekretär, Jens Stoltenberg, der offen von einem Mordanschlag mit dem chemischen Kampfstoff Nowitschok sprach und deshalb eine lückenlose Aufklärung einforderte, öffentlich präsentiert. Da diese Ereignisse während des EU-Ratssitzes von Deutschland stattfanden, übernahm der deutsche Außenminister Heiko Maas von der SPD die Koordinierung möglicher Maßnahmen der EU und NATO gegenüber Moskau. Die russische Führung bestritt jeglichen Mordversuch durch den Geheimdienst und verlangte seinerseits von Deutschland Beweise für den vermeintlich verwendeten Kampfstoff.

Im Oktober gab der deutsche Außenminister bekannt, dass die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) mit dem Fall von Nawalny betraut wurde. Zwischen der EU bzw. NATO einerseits und Russland andererseits nahmen die Spannungen jedenfalls wieder

deutlich zu. Auffallend zurückhaltend zeigte sich hingegen das Weiße Haus. Entgegen der offiziellen Positionierung von politischen Vertretern in EU-Staaten und der Kommission selbst, schien der US-Präsident Donald Trump die Sichtweise Russlands zu stärken, indem er Beweise für die Behauptung verlangte, dass der Oppositionelle mit einem Nervenkampfstoff vergiftet worden war. Nach vier Wochen Behandlung in der Berliner Charité konnte sich Nawalny relativ schnell erholen und schließlich am 23. September das Krankenhaus verlassen, er verblieb aber bis Ende Jänner in Deutschland.

Die These, wonach der russische Inlandsgeheimdienst FSB hinter dem Anschlag vermutet wurde, wurde durch Recherchen westlicher Medien unter anderem unter der Beteiligung des deutschen „Spiegel“, der russischen und krenlkritischen Internetzeitung "The Insider" oder dem US-Nachrichtensender CNN in Kooperation mit der Investigativplattform Bellingcat bestärkt. Am 14. Dezember veröffentlichte der "Spiegel" als Ergebnis umfangreicher Recherchen die Namen von acht mutmaßlichen Mitarbeitern des Inlandsgeheimdienstes FSB, die bei insgesamt 30 Inlandsflügen Nawalny verfolgt und dann den Anschlag verübt haben sollen. Infolge des medial viel beachteten Artikels schien sich die These der FSB-Urheberschaft des Mordanschlages zu bestätigen, nachdem Nawalny am 21. Dezember ein Video auf Youtube hochgeladen hatte, in dem er die identifizierten FSB-Mitarbeiter am Tag der Spiegel-Veröffentlichung von Deutschland aus selbst angerufen hatte. Eine der angerufenen Personen, der mutmaßliche Chemiker und FSB-Agent Konstantin Kudrjanzew, bestätigte seine Zugehörigkeit zum russischen Inlandsgeheimdienst und gab den Anschlag zu. Laut veröffentlichtem Youtube-Material glaubte der Angerufene, mit einem Vertreter des russischen Sicherheitsrats und nicht mit dem Oppositionspolitiker zu sprechen. Das Video wurde binnen kürzester Zeit fünf Millionen Mal aufgerufen und erregte auch international viel Aufmerksamkeit, weil dies als Eingeständnis eines FSB-Agenten gewertet wurde. So titelte z.B. die deutsche Tagesschau am 21. Dezember online: "FSB-Agent hat gestanden". Die russischen Behörden haben hingegen das Video als Fälschung und als "geplante Provokation zur Diskreditierung des russischen FSB", bezeichnet und sofort Ermittlungen eingeleitet. Wenig später wurde auch in der westlichen Öffentlichkeit Zweifel an der Echtheit des Videos geäußert. Schließlich wurde ab dem 25. Dezember in nahezu allen deutschen Medien nur noch vom „Fake-Anruf Nawalnys“ berichtet. Putin selbst meinte lediglich, falls russische Agenten involviert gewesen wären, "hätten sie es zu Ende gebracht" und vermutete hinter der „Erzählung“ des Mordanschlages und den Ergebnissen der Recherchen die Urheberschaft „westlicher Geheimdienste“.

### **Proteste in Weißrussland**

Im Berichtszeitraum fanden auch in Weißrussland Proteste statt, wo die Situation außer Kontrolle zu geraten schien. Am 9. August 2020 endeten in Weißrussland die Präsidentschaftswahlen, die laut offiziellen Angaben das seit 1994 amtierende Staatsoberhaupt, Alexander Grigorjewitsch Lukaschenko, gewonnen haben soll. Zwar kandidierten neben ihm auch noch weitere vier Politiker um das Amt des Präsidenten, jedoch waren zentrale Vertreter der Opposition nicht zur Wahl zugelassen gewesen. Einige wurden im Vorfeld sogar verhaftet, wie z.B. Viktor Babariko oder Sergej Tichanowski. Bereits am Wahlabend kam es landesweit zu massiven Protesten, da Oppositionelle von einer Fälschung des Ergebnisses ausgegangen waren. Infolge des Wahlausgangs forderten in der Hauptstadt Minsk bis zu 100.000 Demonstranten den Rücktritt von Präsident Lukaschenko. Bezeichnend für die Nervosität der politischen Führung des Landes war das äußerst harte Vorgehen der Sicherheitskräfte. Am Höhepunkt der Proteste Ende August sollen sich allein in Minsk bis zu 200.000 Menschen an den Protesten beteiligt haben, wobei bis zu 12.000 Personen von der Polizei verhaftet wurden. Mindestens drei Menschen starben im Zusammenhang mit den Kundgebungen gegen Lukaschenko. Laut dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte wurden 450 Fälle von Folter dokumentiert. Der Machthaber ließ sich jedenfalls von den Protesten in seiner Absicht, das Präsidentenamt wieder zu übernehmen, nicht abhalten und beschuldigte seinerseits westliche Agitatoren, hinter den gewalttätigen Ereignissen zu stecken.

Während die EU und NATO sich über die Entwicklungen besorgt zeigten, ordnete Lukaschenko den Streitkräften an, Stellung an den Grenzen zu Polen und Litauen, also in jenem sensiblen Landesteil zu beziehen, in dem es eine starke polnische Minderheit gibt. In der nur ca. 15 km von der polnischen Grenze entfernten Stadt Grodno (ca. 370.000 Einwohner) gibt es eine Militärbasis, in die zusätzlich Fallschirmjäger entsandt wurden. Lukaschenko sprach in der Öffentlichkeit von einem drohenden Angriff der NATO von Polen aus. Unterdessen wurde die Frau des bei den Präsidentschaftswahlen nicht zugelassenen oppositionellen Politikers, die 37-jährige Swetlana Tichanowskaja, zur neuen Gallionsfigur der Protestbewegung. Sie ging nach Litauen, um einer möglichen Verhaftung zu entgehen und vom Nachbarland aus ihre politische Tätigkeit weiter betreiben zu können. Mit Verstärkung wurden im Westen die Bilder von Präsident Lukaschenko aufgenommen, die ihm Ende August in Uniform und Sturmgewehr entschlossen zum Kampf um das Präsidentenamt zeigten. Zu dieser Zeit kursierten auch Gerüchte,

wonach Lukaschenko Putin um die Entsendung von Truppen gebeten hätte, worauf die NATO und vor allem Polen und Litauen als Nachbarstaaten Weißrusslands alarmiert reagierten. Tatsächlich wurden Telefonate zwischen den Präsidenten geführt, wobei Putin seinen weißrussischen Amtskollegen vollste Unterstützung zugesagt haben soll. Ob auch eine militärische Hilfe angedacht war, blieb offen. Jedenfalls wurden von westlichen Experten unterschiedliche Szenarien entwickelt, die auch ein militärisches Einschreiten russischer Streitkräfte in Betracht gezogen haben. Vor allem aber das EU- und NATO-Mitgliedsland Litauen betonte, dass zwar grundsätzlich von Weißrussland keine militärische Bedrohung ausgehe, aber eine mögliche Involvierung russischer Truppen im Zuge der Niederschlagung der Proteste als eine massive Bedrohung wahrgenommen werden würde. Die bilateralen Spannungen zwischen Weißrussland und Polen sowie auch Litauen haben sich im Zuge der gewaltsamen Ereignisse deutlich verschlechtert, sodass im September die diplomatischen Vertreter abgezogen und Grenzen geschlossen wurden. Trotz der heftigen und durch Gewalt begleiteten Gegenwehr weiter Bevölkerungsteile wurde am 23. September Alexander Lukaschenko als Präsident in seiner sechsten Amtszeit vereidigt. Obwohl die Demonstrationen ab September nachgelassen haben, gingen bis Jahresende dennoch regelmäßig Menschen auf die Straße, um den Rücktritt von Lukaschenko zu fordern. Zur letzten großen Protestkundgebung im Berichtszeitraum kam es am 11. Oktober, an der sich beim „Marsch des Stolzes“ bis zu 100.000 Menschen in Minsk versammelt hatten und von einigen EU-Staaten über mediale Botschaften unterstützt wurden. Besondere Bedeutung kam dabei EU-Institutionen zu. So verlieh z.B. das EU-Parlament im Oktober dem weißrussischen Koordinationsrat der Opposition, dessen Entstehung von Swetlana Tichanowskaja angeregt worden war, den Sacharow-Preis 2020 für den Einsatz für Menschenrechte. Im Oktober wurden schließlich seitens der EU gegenüber Vertretern Weißrusslands Sanktionen erlassen und im November ausgeweitet.

Aus sicherheitspolitischer Sicht wurde von einigen osteuropäischen NATO-Vertretern ein ähnliches Vorgehen Russlands wie in der Ukraine 2014 befürchtet. Ohne Zweifel wurden für die Beurteilung der Entwicklungen in Weißrussland sowohl im Westen als auch in Moskau neben allgemeinen regionalspezifischen Aspekten auch geopolitische Faktoren berücksichtigt. Anders jedoch als in der Ukraine 2013/2014, wo im Zuge des Machtwechsels der damalige pro-russische Machthaber Wiktor Janukowitsch durch pro-westliche Akteure ersetzt worden war und somit eine fundamentale Änderung der geopolitischen Begebenheiten erfolgte, spielte die außen- und

sicherheitspolitische Ausrichtung Weißrusslands für die Protestbewegungen keine Rolle. Die Demonstrationen haben sich gegen Lukaschenko als den „letzten Diktator“ Europas gerichtet, nicht aber gegen eine grundsätzliche pro-russische außen- und sicherheitspolitische Orientierung des Landes. Daher war und ist eine geopolitische Eingliederung Weißrusslands in euroatlantische Strukturen, anders in der Ukraine, (noch) kein Thema für die Opposition. Dies könnte neben anderen Faktoren auch die eher zurückhaltende Vorgehensweise des Kremls im innenpolitischen Konflikt des Nachbarlandes erklären. Dass das Verhältnis zwischen Putin und Lukaschenko in der Vergangenheit nicht ohne Schwierigkeiten war, wurde selbst Ende Juli im Vorfeld der Wahlen deutlich, als angebliche Angehörige der berüchtigten russischen Sicherheitsfirma der Wagner-Gruppe vom weißrussischen Geheimdienst verhaftet und der Öffentlichkeit vorgeführt wurden. Den russischen Söldnern wurde vorgeworfen, im Rahmen des Präsidentschaftswahlen Unruhe zu stiften und einen von Russland inszenierten Machtwechsel geplant zu haben, Lukaschenko äußerte sich diesbezüglich direkt kritisch gegenüber Putin. In sozialen Medien wurde über eine Inszenierung gemutmaßt. Wie die geschilderten Entwicklungen aber gezeigt haben, näherten sich die beiden Machthaber jedoch wieder an.

### **Parallelen und Unterschiede der Protestbewegungen**

Hinsichtlich der Protestbewegungen in Russland und Weißrussland gab es einige Parallelen, aber auch deutliche Unterschiede. Während in Russland die Oppositionsbewegung von Nawalny hauptsächlich von jungen Menschen getragen, aber nicht von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde, haben sich hingegen in Weißrussland auch ganze Fabriken in Streik begeben, wodurch die Proteste auf breite Gesellschaftsteile abgestützt waren. In beiden Staaten gab es während des Beobachtungszeitraumes neue Höhepunkte in der Vorgehensweise gegen den jeweiligen Präsidenten, allerdings war in Weißrussland tatsächlich die Macht von Lukaschenko gefährdet, wodurch das Ausmaß des Eingreifens der weißrussischen Polizei mit nahezu 30.000 Verhaftungen an Quantität deutlich stärker ausgeprägt war. In beiden Ländern haben sich die zentralen Akteure der Bewegungen ins Ausland begeben. Alexej Nawalny wurde Ende August zur Behandlung nach Deutschland gebracht und Swetlana Tichanowskaja ging am 11. August nach Litauen. Während die EU und NATO die politischen Entscheidungsträger in Moskau und Minsk scharf verurteilten, fiel die Kritik der USA unter dem damaligen Präsident Donald Trump – zumindest im Falle Russlands – nicht in jener Form aus, wie man es sich in Brüssel gewünscht hätte. Allerdings wurden wegen der

Niederschlagung der Protestbewegung in Weißrussland auch seitens der USA Maßnahmen gegen die weißrussische Führung eingeleitet. Zuletzt waren von den Ende Dezember eingeführten US-Sanktionen gegen den Machtapparat von Alexander Lukaschenko die Wahlkommission, Polizeistellen, eine Geheimdiensteinheit sowie der stellvertretende Innenminister betroffen. Gerade aber die unsichere innen- und gesellschaftspolitische Situation in den USA infolge der Präsidentschaftswahlen am 2. November schien den Protestbewegungen in Russland und Weißrussland einen gewissen Dämpfer verpasst zu haben. Dies änderte sich deutlich, nachdem kurz vor der Inauguration von Joe Biden als 46. Präsident der USA am 20. Januar 2021 Alexej Nawalny aus Deutschland zurück nach Russland kam. Etwas überraschend landete der mittlerweile völlig genesene Oppositionspolitiker am 17. Januar in Moskau am Flughafen, wo ihn seine Unterstützer begleitet von massiven Polizeimaßnahmen bereits erwartet hatten. Zwei Tage nach der Ankunft des Kremlkritikers in Russland verkündete Tichanowskaja ebenfalls, mit internationaler Unterstützung wieder in ihre Heimat zurückkehren zu wollen, um die Protestbewegung wieder in Weißrussland anzuführen. Im Falle Russlands haben landesweite Proteste nach Nawalnys Rückkehr wieder begonnen, nachdem dieser gleich nach seiner Ankunft verhaftet worden war. Beflügelt wurden die Proteste unter anderem auch wegen eines neuen YouTube-Videos von Nawalny, das ein angebliches Privatanwesen Putins im Wert von 1,2 Milliarden Euro zeigt. Darin wurde Präsident Putin direkt mit Korruption in Verbindung gebracht. Das Video wurde in nur wenigen Tagen über 100 Mio. Mal aufgerufen. In einer öffentlichen Stellungnahme gab Putin allerdings bekannt, nicht der Eigentümer zu sein. Dennoch wirkten die Bilder vom unfassbaren Reichtum verstörend auf die Bevölkerung und dürften die geltenden gesellschaftspolitischen und sozioökonomischen Herrschaftsverhältnisse in Frage stellen.

### **Krieg um Bergkarabach**

Ungeachtet der oben beschriebenen innenpolitischen Vorgänge ereigneten sich im Berichtszeitraum zudem nachhaltige geopolitische Veränderungen im Südkaukasus, die auch für die internationalen Beziehungen von höchster Relevanz sind. Am 27. September brach zwischen Armenien und Aserbeidschan ein Krieg um Nagorny-Karabach (Dt.: Bergkarabach) aus, der am 10. November mit einer vernichtenden militärischen Niederlage der armenischen Streitkräfte endete. Die ersten bewaffneten Auseinandersetzungen wurden bereits im Juli entlang der armenisch-aserbaidchanischen Staatsgrenze nordwestlich von Bergkarabach registriert, wodurch sich eine großer gefasste militärische Konfrontation bereits

im Vorfeld des Krieges abgezeichnet hatte. Infolge der ersten gegenseitigen Provokationen mit Todesopfern auf beiden Seiten fanden russisch-armenische und türkisch-aserbeidschanische Militärübungen statt. Damit wurde der jeweils anderen Seite die Absicherung auf die im Hintergrund agierenden Schutzmächte offen zur Schau gestellt, welche in dieser sensiblen geopolitischen und geoökonomischen Weltregion dominierende Akteure sind. Beobachter der militärischen Aktivitäten wiesen daher rechtzeitig auf mögliche Eskalation der Feindseligkeiten hin, zumal rückblickend die Zunahme der nationalistischen Rhetorik insbesondere Aserbeidschans mit starker politischer Unterstützung durch die Regierung in Ankara Hinweise auf eine mögliche Konfrontation bereits angedeutet hatten. Bei Kundgebungen in der aserbeidschanischen Hauptstadt Baku im Juli forderten z.B. 30.000 Menschen die Rückeroberung von Bergkarabach – also jenem Gebiet, das in den 1990er Jahren nach der militärischen Niederlage Aserbaidschans von armenischen Truppen besetzt worden war.

Nach dem Aufflammen militärischer Aktionen im Juli an der armenisch-aserbeidschanischen Grenze wurden die militärischen Auseinandersetzungen an der Waffenstillstandslinie entlang der aserbaidschanischen Grenze und jener der nicht anerkannten, hauptsächlich von christlichen Armeniern bewohnten Republik Artsach mit ca. 150.000 Einwohnern, wovon ca. ein Drittel in der Hauptstadt Serpandakert wohnte, fortgeführt. Völkerrechtlich gehört die Region Bergkarabach zwar zu Aserbeidschan, de-facto aber übte Armenien seit dem Ende des Sezessionskriegs 1994 die Kontrolle über das Gebiet aus. Seit damals war die gesamte Region Schauplatz von unterschiedlichen Interessenskonflikten, die vielschichtige Dimensionen wie historisch geprägte Animositäten verfeindeter Völker, religiöse und ethnische Konfliktlinien, lokal bedingte sozioökonomische Zerwürfnisse, Dominanzansprüche regionaler Akteure sowie übergeordnete geopolitische Faktoren auf der Ebene der internationalen Beziehungen einschließen. Vor diesem Hintergrund wäre daher beim jüngsten Krieg 2020 von einem seit längerem geplanten militärischen Vorhaben der aserbeidschanischen Konfliktpartei auszugehen, zumal hier laut Experten strategische Machtansprüche der Türkei eine entscheidende Rolle gespielt haben dürften. Daher muss eine Konfliktanalyse abseits der unmittelbar an den Kampfhandlungen beteiligten Ländern vor allem im Kontext strategischer Machtinteressen der involvierten regionalen Akteure stehen.

### **Kriegsverlauf**

Nach den ersten bewaffneten Auseinandersetzungen Anfang Juli folgten bis Ende August gegenseitige Vorwürfe, den Waffenstillstand verletzt zu haben. Dabei

ging es hauptsächlich um den gegenseitigen Artilleriebeschuss von Dörfern. Bereits in dieser Phase haben unterschiedliche Staaten Partei für eine der Konfliktparteien ergriffen. Während Serbien und Russland Waffen im großen Stil an Armenien geliefert haben sollen, dürfte die bereits intensive militärische Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Aserbeidschan in Form konkreter Unterstützungsmaßnahmen für den bevorstehenden Krieg ausgebaut worden sein. Noch eine Woche vor dem Kriegsausbruch richteten sich der armenische Präsident, Armen Sarkissjan, und der aserbeidschanische Präsident, Ilham Aliyev, mit dem Vorwurf an die UNO, die jeweils andere Seite würde Bemühungen um eine friedliche Konfliktbeilegung unterlaufen. Unterdessen wurden - von der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unerkannt - in beiden Ländern auch in Form von Mobilisierungen Vorbereitungen für eine militärische Konfrontation getroffen bzw. abgeschlossen. Schließlich eskalierte am 27. September 2020 die Situation, die zunächst mit einem Artilleriebeschuss begann. Armenien sowie auch die Republik Artsach riefen daraufhin die Generalmobilmachung aus. Zunächst brachen offene Kämpfe entlang der Waffenstillstandslinie aus, die bereits am 28. September in eine Bodenoffensive von aserbaidschanischen Kräften mündete und diese Verbände weit in das Gebiet von Artsach vordringen ließ. Ein erster am 10. Oktober ausverhandelter Waffenstillstand unter der Vermittlung Russlands und der sogenannten Minsk-Gruppe der OSZE scheiterte bereits in den nachfolgenden Tagen. Bis Ende Oktober konnte Aserbeidschan weitere große Geländegewinne für sich verbuchen, wobei in dieser Phase zusätzlich zu luftgestützten Systemen besonders die hinter den armenischen Linien operierenden Spezialeinsatzkräfte Aserbeidschans dem Gegner schwere Verluste zufügten. Nachdem Ende Oktober eine Gegenoffensive armenischer Kräfte abgewehrt worden war und die Streitkräfte Aserbeidschans ihre Positionen am Boden weiter ausbauen konnten, richtete sich die armenische Staatsführung an Russland mit der Bitte um Unterstützung. Der armenische Premierminister, Nikol Paschinjan, soll direkt um russische Friedenstruppen angesucht haben. Unterdessen ließ wiederum der Präsident Aserbeidschans verkünden, dass er eine kulturelle Autonomie der armenischen Bevölkerung nach der Rückeroberung von Bergkarabach akzeptieren würde. Die Kämpfe wurden dennoch weiter unerbittlich geführt. Ein von den USA vermittelter Waffenstillstand scheitert ebenfalls und führte unmittelbar am 26. Oktober zu massiven Militärschlägen Aserbeidschans gegen armenische Truppen. Da die Ausweitung der Kriegshandlung auch auf das armenische Staatsterritorium drohte, sagte Putin jegliche notwendige Unterstützung für Armenien zu.

Stark in Mitleidenschaft gezogen wurde die Zivilbevölkerung. Beide Seiten warfen sich vor, gezielt Zivilisten beschossen zu haben. Im Oktober dürfte bereits die Hälfte der Bevölkerung von Arzach auf der Flucht gewesen sein. Zudem wurden auch Fälle von Kriegsverbrechen bekannt.

Am 8. November gingen aserbeidschanische Truppen mit Spezialeinheiten, Panzern, Luftwaffe, Artillerie und Drohnen zum Angriff auf die bedeutsame Stadt Schuscha über. Nach der Bekanntgabe der Beendigung der „Okkupation“ von Schuscha versuchten zwar armenische Kräfte, den Kampf in der Nähe der Hauptstadt Stepanakert fortzuführen, doch der arzachische Premier, Arajk Harutjunjan, sah ein, dass der Kampf gegen das überlegene aserbeidschanische Militär aussichtslos war. Die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen Armenien und Aserbaidschan unter Zustimmung von Arzach fand am 9. November statt und das ausgehandelte Abkommen trat am 10. November in Kraft. Die zentralen Elemente des Abkommens sind:

- a) Die „Hauptstadt“ Arzachs, Stepanakert, bleibt weiterhin unter armenischer Kontrolle der Lokalregierung, jedoch kommt das gesamte Gebiet unter die Hoheit von Aserbaidschan.
- b) Russische Militärs in der Stärke von 2.000 Soldaten sollen das Abkommen zunächst für 5 Jahre überwachen und in der strategisch bedeutenden Stadt Lachin stationiert werden.
- c) Den russischen Truppen obliegt die Kontrolle über die einzige Versorgungsstraße zwischen Armenien und Bergkarabach.
- d) Eine Verbindungsstraße zwischen der aserbaidschanischen Exklave Nachtschiwan über armenisches Gebiet soll gebaut werden.

Mit diesem Sieg erreichte Aserbeidschan ein bereits 1994 definiertes strategisches Ziel, nämlich die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität über Bergkarabach. Es zeigte zudem deutliche Schwächen des internationalen Konflikt- und Krisenmanagements (IKKM) auf.

### **Militärische Verluste**

Ausschlaggebend für die verheerende militärische Niederlage Armeniens war in erster Linie der Einsatz der modernen Drohnentechnik türkischer Bauart, aber auch israelische Modelle seitens Aserbeidschans. Sowohl die türkische Drohne "Bayraktar TB-2" als auch die israelische "Hermes 900" dienten den aserbeidschanischen Kräften zur Identifizierung armenischer Stellungen und Ziele, die dann in der Regel mit Raketen, Artilleriegeschossen und Drohnen angegriffen wurden. Obwohl Armenien über gut ausgebildete und ausgerüstete Kräfte verfügte, hatten diese der Drohnenkriegsführung nichts entgegen zu

setzen. Auf armenischer Seite sind ca. 3.500 Soldaten gefallen, Aserbeidschan beziffert die Verluste mit ca. 2.800 Toten. Zudem sind laut syrischer Beobachtungsstelle für Menschenrechte bei den Kämpfen auch syrische dschihadistische Söldner an der Seite Aserbeidschans umgekommen. Die Zahl der getöteten Syrienkämpfer wird mit ungefähr 120 Personen angegeben. Des Weiteren sind auch zwei russische Hubschrauberpiloten durch einen Abschuss von aserbeidschanischen Truppen Anfang November gestorben. Vor allem die Beteiligung der von der Türkei unterstützten islamistischen Söldner aus Syrien wurde kontrovers diskutiert und warf weiterführende Fragen über die türkischen Interessen in der Region auf.

### **Geopolitische Rahmenbedingungen**

Durch den Krieg um Bergkarabach und das Friedensabkommen wurden die geopolitischen Rahmenbedingungen im Südkaukasus neu definiert, wodurch die bis dahin geltende Stabilitätsordnung nach dem Zerfall der Sowjetunion verändert wurde. Neben Aserbeidschan als militärischem Sieger zählen vor allem Russland und die Türkei als „geopolitische Gewinner“ dieser Auseinandersetzung. Vor allem im Falle Russlands wurde die militärstrategische Position im Südkaukasus gestärkt, was im Friedensabkommen mit der Stationierung von 2.000 russischen Soldaten zur Überwachung der getroffenen Vereinbarungen festgelegt wurde. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Abkommens wurde schon auch mit der Durchführung der Verlegung russischer Truppenteile nach Bergkarabach begonnen. Die zögerliche russische Unterstützung für Armenien in dem Krieg um Bergkarabach ist zumindest aus drei wesentlichen Gründen ableitbar: Erstens ließ Armenien nach dem Machtwechsel 2018 unter Premier Paschinjan verstärkt euro-atlantische Ambitionen erkennen. Zweitens pflegte Russland auch zum autoritär regierten Aserbeidschan enge wirtschaftliche und auch rüstungspolitische Beziehungen und drittens dürften weitreichende Absprachen zwischen Moskau und Ankara über die Aufteilung von Einflusszonen über die Region des Südkaukasus hinaus eine zentrale Rolle gespielt haben. Die Türkei kann ebenfalls auch als Profiteur des Krieges um Bergkarabach angesehen werden, zumal der militärische Sieg über die armenischen Streitkräfte hauptsächlich mit der türkischen Drohnentechnik erreicht wurde. Die Unterstützung für das „aserbeidschanische Brudervolk“ wie sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan ausgedrückt hatte, muss im Kontext der gesamten expansiven Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei betrachtet werden. Das NATO-Mitgliedsland Türkei ist mit seinem Militär aktiv an den Konflikten in Syrien und Libyen eingebunden und war es – zumindest indirekt – auch im Krieg im Bergkarabach. Politisch ist dadurch Aserbeidschan

jedenfalls stärker an die Türkei gebunden, wobei einige Beobachter meinen, dass es in Zukunft schwieriger für Baku sein werde, als souveräner Staat gegenüber Ankara aufzutreten. Die türkische Regierung dürfte sich wahrscheinlich noch deutlicher als bisher in die Innenpolitik Aserbeidschans einmischen und dadurch auch im wirtschaftlichen Kontext einen Mehrwert generieren. Demnach konnte die Türkei aus dem Krieg nachhaltig strategische Vorteile generieren. Nicht zu vergessen ist, dass der türkische Präsident in der wirtschaftlich geschwächten Türkei den Sieg Aserbeidschans über die verhassten Armenier als einen innenpolitischen Erfolg präsentierte. So beteiligte sich Präsident Erdoğan auch persönlich an der Siegesfeier in Baku.

Aus der Sicht Aserbeidschans und der Türkei wurde der Zeitpunkt für die Schaffung neuer geostrategischer Tatsachen im Südkaukasus gut gewählt. Einerseits war die EU durch das Management der COVID-19-Krise außen- und sicherheitspolitisch nicht handlungsfähig, zumal auch die Spannungen in der Ägäis hinsichtlich der türkischen Gasbohrungen in griechischen und zypriotischen Gewässern die strategischen Schwächen der EU einerseits und die Risikobereitschaft der Türkei andererseits deutlich zum Ausdruck brachten. Da die EU im Südkaukasus keinen eigenen Akteur darstellt, war weder seitens Brüssels noch der einzelnen EU-Mitgliedsländer Widerstand zu erwarten. Lediglich Frankreich, das aufgrund der armenischen Diaspora und aus historischer Verbundenheit heraus eine pro-armenische Position vertritt, hätte theoretisch eine relevantere Funktion im Konfliktmanagement einnehmen können, doch der französische Staat war innen- und außenpolitisch geschwächt. Ein weiterer wesentlicher Faktor, der wahrscheinlich eine noch wichtigere Rolle für die militärische Austragung des Konfliktes spielen dürfte, war ein gewisses „Entscheidungs- und Handlungsvakuum“ in den USA, das durch innenpolitische Spannungen während und nach dem US-Präsidentschaftswahlkampf hervorgerufen wurde. Dass der Krieg in Bergkarabach unmittelbar vor der US-Wahl begonnen und eine Woche danach beendet wurde, dürfte wahrscheinlich kein Zufall gewesen sein. Jedenfalls wurden mit dem Ausgang des Krieges die wesentlichen geopolitischen Faktoren neu definiert, die auch die neue US-Administration unter Biden akzeptieren wird müssen. Es ist davon auszugehen, dass die USA eine kritischere Position zur Türkei als unter dem ehemaligen Präsidenten Trump einnehmen werden und eine expansive Außen- und Sicherheitspolitik sowie auch demokratiepolitische Zustände im Inneren der Türkei und auch Russlands von Washington künftig kritischer gewertet werden. Auch die Stationierung von 2.000 russischen Soldaten in Bergkarabach dürfte in diesem

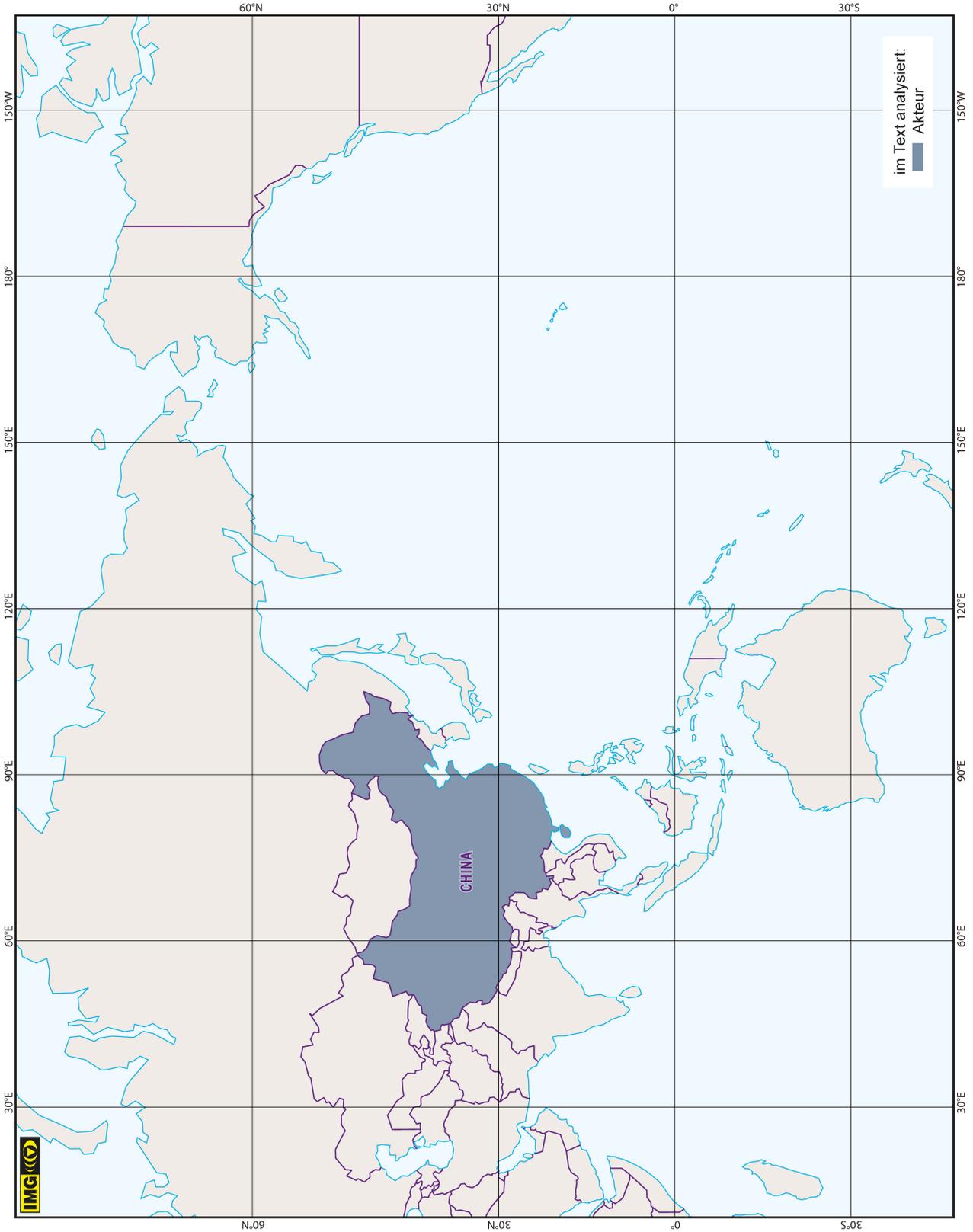
Zusammenhang stärker als Erfolg Moskaus gewertet werden.

### **Resümee und Ausblick**

Aus regionaler Sicherheitsperspektive heraus betrachtet ist die Ausgangslage zu Beginn des Jahres 2021 durch „strategische Ungewissheiten“ charakterisiert und zusätzlich von innenpolitischen Spannungen in Russland und Weißrussland beeinflusst. In beiden Fällen kann von einer Intensivierung der regierungskritischen Demonstrationen mit stärkerer Unterstützung der EU und diesmal auch jener der USA ausgegangen werden. Die neue US-Führung hat bereits angekündigt, nicht nur im innerstaatlichen Kontext, sondern weltweit die Stärkung der Demokratie als eine wichtige Zielsetzung ihrer künftigen Außen- und Sicherheitspolitik zu (re-)implementieren. Damit soll auch eine deutliche Abgrenzung zur Präsidentschaft unter Donald Trump erfolgen. Im Kontext der gesellschaftspolitischen Spannungen im Inneren Russlands können insbesondere vielschichtige Interessenskonflikte zwischen Washington und Moskau vor dem Hintergrund der 2021 anstehenden russischen Parlamentswahlen offenkundig werden und somit erhebliche Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen haben.

Die veränderte geopolitische Landkarte im Südkaukasus dürfte nachhaltig sein, jedoch ist davon auszugehen, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der USA stärkeren Einfluss auf die bisherigen Einflusszonen der Regionalmächte nehmen wird. Mit dem Wechsel an der Spitze im Weißen Haus dürfte vor allem Moskau bei der Durchsetzung eigener geopolitischer und geostrategischer Interessen auf schärfere Widerstände seitens der USA stoßen.

**Rastislav Bachora**



Indo-pazifischer Raum

## Der indopazifische Raum

### Zunahme der Einwirkung von außen

Immer mehr Länder, Organisationen und Institutionen machen den indopazifischen Raum zu einem konzeptionellen Referenzrahmen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Daher nahm die Anzahl an Akteuren, Aktivitäten und Problemfeldern auch in den vergangenen Monaten stetig zu. Die aktuellen Entwicklungstendenzen des (geo-) strategischen Denkens zeigen sich konkret darin, dass sowohl intraregionale als auch extraregionale Länder spezifische formelle oder informelle Indopazifik-Strategien erstellen. Deutschland veröffentlichte etwa erstmals im September 2020, als zweites europäisches Land nach Frankreich, eigene politische Leitlinien für den Indopazifik. Die USA verlautbarten in beschleunigter Abfolge ihre generelle Sichtweise auf den indopazifischen Raum sowie spezifische Detailkonzepte zu Ländern oder Bereichen, speziell zu China. Die strategischen Potentiale und Ressourcen werden von den unterschiedlichen Akteuren laufend bewertet und Konfliktursachen komplex gedeutet.

Die regionale Dynamik gewinnt im Indopazifik an Bedeutung. Südostasien erhöht seine regionale und globale Relevanz. China nimmt zur Erreichung seiner strategischen Ziele beachtliche Kosten in Kauf. Der Einfluss von außen nimmt zu. Gleichzeitig wirkt der indopazifische Raum verstärkt nach außen, und zwar sektor- und regionspezifisch sowie ideell.

Zur weiteren Einhegung Chinas erhöhten die USA den Druck auf einzelne, insbesondere südostasiatische Länder, beispielsweise auf Singapur. Der Stadtstaat vertieft seine Technologiekooperation mit chinesischen Unternehmen fortlaufend, etwa mit Alibaba, ByteDance und Tencent. Damit läuft er allerdings der Clean Network Initiative der USA zuwider, die sich gegen die potentielle Extraterritorialisierung des chinesischen Überwachungsstaates, gegen chinesische Spionage und die Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA wendet. Zugleich versuchen die USA, auch die kleineren Länder Südasiens an sich zu binden. So verlautbarten die USA etwa am 05.10.2020 die Ausweitung ihrer Zusammenarbeit mit Bangladesch auf die öffentliche Gesundheit, die Digitalpolitik, den Energiesektor, die Konnektivität sowie die Meereswirtschaft. Dies zusätzlich zu den bisherigen Kooperationsbereichen Wirtschaft und Investitionen.

Die multilaterale Ordnungsstruktur des indopazifischen Raumes begünstigt alternative Beziehungsgeflechte und neue Kooperationsdimensionen. Die physischen und

immateriellen Netzwerke erleichtern durch die Einflussnahme und die gegenseitige Abhängigkeit die Machtprojektion. Das Ziel ist zumeist die Eindämmung Chinas, denn als globale Drehscheibe für Produktion, Investitionen und Konsum sowie als Bereitsteller öffentlicher Güter gestaltet China vermehrt die regionalen und globalen Standards.

### Entwicklungen im indopazifischen Raum

#### Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Regionalisierung

In Asien ist ein spezifisches Regionalisierungsmodell im Entstehen. Der übergeordnete internationale Ordnungsrahmen für die zwischenstaatlichen Beziehungen bleibt bestehen. Er wird jedoch als Konsequenz der Regionalisierung in Bezug auf die gemeinsame Bewältigung globaler Probleme geschwächt. Die Subordnungen sind informeller und konzentrieren sich auf den gegenseitigen sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Wettbewerb. Diese Bereiche werden zumeist miteinander verwoben. So ermöglicht die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (Shanghai Cooperation Organization, SCO) China beispielsweise die Vernetzung in den Bereichen Sicherheit, Politik, Wirtschaft und Kultur. Die ordnungspolitische Funktion entfaltet die SCO etwa durch gemeinsame Militärübungen oder die Terrorbekämpfung. Der am 10.11.2020 angenommene Entwicklungsplan bis 2025 zielt auf die Verbesserung der Synergien zwischen den nationalen Entwicklungsstrategien und somit auf die Stärkung Eurasiens ab. Die SCO ist, analog zur institutionellen Regionalisierung im Allgemeinen, mit einem vordergründigen politischen Dialog verbunden, der die staatliche Souveränität und territoriale Integrität garantiert.

China strebt aktiv nach einer Systemreform der globalen **Sicherheitsgovernance**, wie es etwa bereits in seinem Verteidigungs-Weißbuch 2019 dargelegt hat. Dabei zeigt China auch seine Bereitschaft zum häufigeren Einsatz der Streitkräfte. Es fördert nicht nur internationale Sicherheits- und Militärkooperationen, sondern schärft auch die relevanten Mechanismen zum Schutz seiner Interessen im Ausland. Dabei versucht China, auch seine Souveränität auszudehnen. Die Aktivitäten der chinesischen Streitkräfte gestalten bewusst das regionale strategische Umfeld zum Vorteil der chinesischen Auslegung von Konflikten. In Summe führten diese Aktivitäten zu einer stärkeren militärischen Involvement Chinas in der Region.

Die **ökonomische Regionalisierung** fördert neben der Wirtschaftsentwicklung zugleich die Stabilisierung

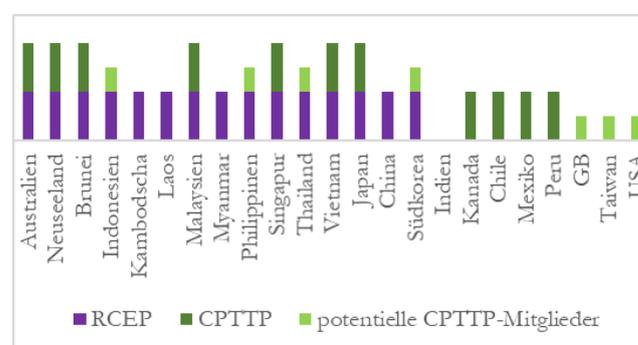
der Region. Die Verknüpfung der Sicherheits- mit der Handelspolitik wirkt als zusätzlicher sicherheitspolitischer Faktor. Dies schützt die Wirtschaftskorridore und die chinesischen Interessen. Die wirtschaftliche Regionalisierung wandelt sich von einem zentralisierten zu einem dezentralisierten Multilateralismus und damit zu einem vielschichtigen System mit langfristigen strategischen Auswirkungen. Die weiterhin zentrale Position der Welthandelsorganisation wird mit unterschiedlichen (über-) regionalen Freihandelsabkommen ergänzt. Diese ermöglichen üblicherweise eine tiefere Integration als die Welthandelsorganisation, die sich hauptsächlich auf Handelshemmnisse konzentriert. Ihre Wirkung entfalten die Freihandelsabkommen beispielsweise durch die Vereinheitlichung von Produktstandardnormen und Vorschriften zum Schutz von Investitionen, geistigem Eigentum, der Umwelt oder dem Arbeitsrecht.

Die stärkere wirtschaftliche Integration führt zu mehr Produktvielfalt, zu niedrigeren Konsumentenpreisen, einem höheren Einkommensniveau und politischer Stabilität. Nachteilig ist die Diskriminierung von Nichtteilnehmern. Dies kann zur Umleitung von Handelsströmen führen. Hinzu kommt der sogenannte Spaghettischüssel-Effekt. Er bezeichnet das Netz von unterschiedlichen, sich überschneidenden Handelsabkommen. Dadurch ergeben sich abweichende Dokumentationsvorschriften, Kontrollverfahren oder Ursprungsregeln. Dies erhöht wiederum in der Praxis die Transaktions- und Erfüllungskosten. Außerdem können die Freihandelsabkommen die Zentralität der Welthandelsorganisation untergraben. Ihre Konfliktlösungsprozesse stehen jedoch grundsätzlich nicht in Widerspruch zur Welthandelsorganisation

### Asiatisch-pazifisches Handelsabkommen (RCEP)

Das asiatisch-pazifische Handelsabkommen (Regional Comprehensive Economic Partnership, RCEP) unterstützt die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Pandemie sowie die weitere wirtschaftliche und technologische Vernetzung in Asien, insbesondere mit China. Die Zölle werden zu 90 % abgeschafft, die Ursprungsregeln harmonisiert und entbürokratisiert. Die gemeinsamen Handelsregeln erleichtern die Lieferketten und betreffen den stationären und den Online-Handel, die Dienstleistungen, die Investitionen, die Telekommunikation und die Urheberrechte. RCEP ist das erste Handelsabkommen Chinas mit Südkorea und Japan. Deren Autohersteller und Zulieferer erhalten nun beispielsweise Zugang zum chinesischen Markt. Die Länder Südostasiens verfügten bereits zuvor über individuelle Freihandelsverträge miteinander und mit China. Eine potentielle Produktionsverlagerung aus China wird sich auf andere RCEP-Länder konzentrieren

– unter Beibehaltung des chinesischen Marktzugangs. Von 33 im Jahr 2019 aus China abgewanderten Firmen siedelten sich gemäß Weltbank 23 in Vietnam an. Damit erhöht RCEP die relative Wettbewerbsfähigkeit asiatischer Firmen im Vergleich zu europäischen und US-amerikanischen Konkurrenten. Der konsensorientierte Zugang zum Handel hat eine grundlegende politische Logik der frühzeitigen Gewinne, komplexere Themen werden aufgeschoben. Dies ist deshalb bedeutend, weil die RCEP-Länder sehr heterogen und von historischen und tagespolitischen Konflikten geprägt sind. Der Zugang zu handelspolitischen Entscheidungen ist locker, verbessert jedoch als alternative Möglichkeit der Handelsliberalisierung jedenfalls die globale Handelssteuerung.



Freihandelsabkommen RCEP und CPTPP

RCEP diente in erster Linie als Gegengewicht zum ursprünglich geplanten US-amerikanischen Freihandelsabkommen Transpazifische Partnerschaft (TPP). TPP zielte auf die Konsolidierung des US-Einflusses in Ostasien mittels Handels und regulatorischer Wirkung ab. 2017 zogen sich die USA jedoch aus TPP zurück, übrig blieb CPTPP. Das von CPTPP anfangs ausgeschlossene China initiierte RCEP zwischen den zehn südostasiatischen Staaten Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam sowie Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea und China. Dieser Markt umfasst je 30 % des Welthandels sowie der globalen Wirtschaftsleistung und mehr als zwei Mrd. Menschen. Zum Vergleich: CPTPP inkludiert 13 % der globalen Wirtschaftsleistung und 480 Mio. Menschen. Chinas Handel mit Südostasien betrug 2019 644 Mrd. US-\$. Der US-Handel mit den RCEP-Ländern erreichte 2 Billionen US-\$, davon 354 Mrd. US-\$ mit Südostasien. Sowohl RCEP als auch CPTPP stehen weiteren Ländern offen, etwa Indien, das sich 2019 aus den RCEP-Verhandlungen zurückzog.

China wird RCEP als Hebel für die weitere Digitalisierung und Internationalisierung seiner Währung nutzen. Das Volumen und die Diversität der digitalen Transaktionen nahmen während der Corona-

Krise global deutlich zu, speziell in China. Die People's Bank of China startete im April 2020 als eine der ersten großen Zentralbanken in vier Städten ein Pilotprojekt für die elektronische Bezahlung durch Privatpersonen ohne die Notwendigkeit eines Bankkontos. Denn im Gegensatz zu anderen Ländern fokussiert sich China nicht nur auf den Großhandel, sondern auch auf Privattransaktionen. Das Konzept basiert auf einem zentralisierten, universell zugänglichen System und dient strategischen, wirtschaftlichen und politischen Zielen. Zur Zielerreichung nimmt China grundsätzlich beachtliche Kosten in Kauf.

Die Ziele der Digitalwährung umfassen in erster Linie die Effizienzsteigerung der Geldpolitik auf Basis der Echtzeitdaten sowie die Nachvollziehbarkeit und vollständige Kontrolle der Transaktionen, etwa zur Unterbindung von Steuerhinterziehung oder Geldwäsche. Zudem soll die gegenwärtige 93%-ige Marktdominanz bei mobilen Transaktionen der zwei Anbieter AliPay (Alibaba) und WeChat Pay (Tencent) künftig verhindert werden. Alibabas Tochterunternehmen Ant Financial muss aufgrund der Einstufung als Finanzdienstleister nun ebenso die diesbezügliche Regulierung erfüllen, vermutlich durch die erzwungene Aufgabe von wesentlichen Geschäftsbereichen. Der abgesagte Börsegang im November 2020 hatte Alibaba bereits einen Verlust von 200 Mrd. US-\$ an Marktkapitalisierung beschert. Die Digitalwährung ermöglicht auch das Umgehen von internationalen Sanktionen. Auszahlungen, etwa nach Naturkatastrophen, erfolgen künftig ohne die Involvierung Dritter elektronisch direkt an die Begünstigten und verhindern dadurch potentiellen finanziellen Missbrauch. Als Beschleuniger für die Währungsdigitalisierung fungieren etwa die Seidenstraße, die Asiatische Infrastruktur-Investmentbank AIIB, die Freihandelszonen oder das grenzüberschreitende chinesische Interbanken-Bezahlsystem. Der Erfolg hängt von der Währungsstabilität und dem Vertrauen in die chinesische Währung ab. Dem steht allerdings die bisherige Interventionspolitik in die Kapital- und Währungskontrolle entgegen. Zu den Erfolgsfaktoren zählen weiters die Liquidität und Tiefe des chinesischen Finanz- und Kapitalmarktes, etwa die Verfügbarkeit von Finanzinstrumenten gegen Währungs- und andere Risiken. Die geopolitischen Spannungen erweisen sich als nachteilig für die benötigte Stabilität und das Wirtschaftswachstum.

## **Konflikte um die Selbstbestimmung**

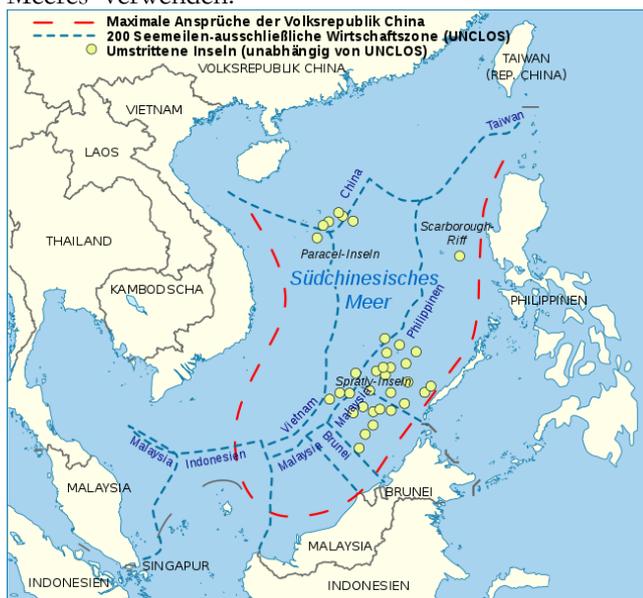
### **Chinas Druckausübung in Konfliktsituationen**

China setzt immer häufiger andere Länder unter wirtschaftlichen Druck, aktuell Australien. Die zugrunde liegende Krisensituation entstammt dabei zumeist der Außenpolitik, der Sicherheitspolitik, der Diplomatie oder innenpolitischen Überlegungen, jedoch kaum der Wirtschaftspolitik oder einer allgemeinen Verschlechterung der bilateralen Beziehung. Konkrete Anlassfälle sind etwa Chinas Kerninteressen, Souveränitätskonflikte oder spezifische Ereignisse. Im Falle Australiens war der Auslöser die Forderung nach einer internationalen Untersuchung der chinesischen Handhabung der Corona-Pandemie. Sollte in der Folge ein umfassender Handelskonflikt ausbrechen, so riskiert Australien den Verlust von 6% seines Bruttoinlandsproduktes (BIP). Denn China ist der größte Handelspartner Australiens. Der schnell wachsende australische Exportanteil nach China betrug 2019 36% bzw. einen Wert von 103 Mrd. US-\$. Eisenerz liefert Australien etwa zu 70% nach China, weitere Hauptexportprodukte sind Kohle und Flüssiggas.

Die laufend adaptierte chinesische Taktik der Druckausübung und ihre Effektivität sind kontextabhängig und kulturspezifisch. Mangels formeller Grundsätze oder offizieller Kriterien ist die chinesische Perspektive über die Wirksamkeit der Maßnahmen unklar, es dominiert jedenfalls ein Narrativ des Erfolgs. Chinas Fähigkeit, sein Wille, die Instrumente sowie die Kriterien und Umstände, in denen China bereit ist, Druck auf andere Länder auszuüben, nehmen zu. Der Ablauf und die Kurskorrektur hinsichtlich der konkreten Maßnahmen bzw. ihrer Erfolgsbeurteilung sind dynamisch. China zeigt Risiko- und Lernbereitschaft. Aufgrund des Timings ist Chinas Absicht für die Zielländer evident.

China übt den Druck entweder durch Androhung oder reale Handlungen sowie militärisch oder wirtschaftlich aus. Als Instrumente zählen alle Arten von Restriktionen auf den Handel, auf Investitionen und wirtschaftliche Tätigkeiten oder aber im Gegensatz ökonomische Anreize. Die eigenen Kollateralschäden und die geopolitischen Auswirkungen berücksichtigt China dabei. Die eigenen Kosten sind jenen der anderen zumeist untergeordnet. Die Maßnahmen funktionieren als Abschreckung für konkrete Handlungen oder als Nötigung zu politischen Zugeständnissen. China will eine grundsätzliche Änderung der potentiellen oder tatsächlichen Handlungsweise eines Gegners herbeiführen. Opportunistisch verschärft es die Maßnahmen stufenweise. Darunter fallen beispielsweise die selektive Anwendung von Vorschriften, etwa verstärkte Zollkontrollen, oder Boykotte, wie derzeit auf australische Kohle und Wein im bisherigen Gesamtwert

von 6 Mrd. US-\$. Die chinesischen Zwangsmittel übersteigen die - teils beachtlichen - kurzfristigen wirtschaftlichen Kosten, weil sie sich durch die Prägung der außenpolitischen Wahrnehmung der betroffenen Länder auch langfristig auswirken. Vietnam sah sich beispielsweise im Sommer 2020 durch die Manöver der chinesischen Küstenwache dazu gezwungen, Erdölförderprojekte im Südchinesischen Meer abzubrechen. Als Kompensation für Förderrechte und Investitionen an die zwei beteiligten internationalen Förderunternehmen Repsol (Spanien) und Mubadala (Vereinigte Arabische Emirate) muss Vietnam nun eine Mrd. US-\$ aufwenden. Betroffen sind weiters japanische und russische Projektpartner. Das Erdölfördergebiet liegt zwischen der Südküste Vietnams und Borneo, allerdings innerhalb der von China beanspruchten sogenannten 9-Striche-Linie im Südchinesischen Meer. Die Neun-Strich-Linie bezieht sich auf die vage lokalisierte Abgrenzungslinie, die China und Taiwan für ihre Ansprüche auf den größten Teil des Südchinesischen Meeres verwenden.



Chinas 9-Striche-Linie (Ansprüche im Südchinesischen Meer)

In einem integrierten Ansatz wird die chinesische Marine durch die professionalisierte chinesische Küstenwache, durch kommerzielle Fischerflotten und paramilitärische Einheiten ergänzt. Die Küstenwache soll deeskalierend wirken und eine militärische Konfrontation vermeiden. Als strategische Abschreckung und zur Unterstützung im Falle einer Eskalation steht die Marine jederzeit im Hintergrund bereit. China nutzt die Situation aus, da eine militärische Reaktion der betroffenen Länder rasch als Aggression und nicht als legitime Verteidigung der eigenen nationalen Interessen wahrgenommen wird. Die

teilweise offensiven Taktiken seiner Fischerboote oder Paramilitärs betrachtet China als inhärent harmlos.

Die unvergleichliche Tiefe der Druckausübung entstammt der Marktmacht Chinas als Absatzmarkt oder Lieferant sowie seiner politischen und administrativen Kontrolle. China fokussiert sich in erster Linie auf Produkte und seltener auf spezifische Unternehmen. Zweitens zielt China weniger auf Behörden als vielmehr auf Zielgruppen mit starkem Einfluss auf die Politik ab, ungeachtet deren tatsächlicher politischer oder bereichsspezifischer Involvierung oder ihrer Haltung gegenüber China. Die betroffenen Länder zeigen bisher keine formelle, strategische Antwort, etwa Präventivmaßnahmen. Sie reagieren zumeist mit teilweisen Zugeständnissen oder mit wirtschaftlicher Diversifizierung. China vermeidet eine nachvollziehbare Verbindung zwischen seinem Handeln und einem außenpolitischen Konflikt. Die informelle und intransparente Methodik Chinas bietet eine größtmögliche Flexibilität für eine Eskalation, Deeskalation, das Abstreiten oder die Wahl des Zeitpunktes für die vollständige oder teilweise Beendigung der Maßnahmen. Auch in der chinesischen Wirtschaftspolitik sind informelle Maßnahmen und die selektive Anwendung von Vorschriften gängige behördliche Praxis. Im Gegensatz zu China agieren die USA im Rahmen formeller und verlautbarter Sanktionen, Handels- oder Investitionseinschränkungen.

### Chinas Verständnis von Souveränität

Im Corona-Konflikt forderte China Australien nachdrücklich zur Beachtung der chinesischen Souveränität auf. Gleichzeitig verletzt China im Territorialstreit die Souveränität anderer Länder im Südchinesischen Meer. Für das Handeln Chinas gilt die Souveränität zunehmend als entscheidender Faktor. Die Betonung der Rechtmäßigkeit der eigenen Perspektive und Vorgangsweise sind für China ein zentraler außenpolitischer Kernaspekt. Der chinesische Standpunkt zur Souveränität wird im Westen zumeist als besonders vehement, selbstbewusst, weit gefasst und vergleichsweise unflexibel empfunden. Für China ist die Souveränität wesentlich für die Aufrechterhaltung der nationalen Einheit, für die Stabilität, die territoriale Integrität, die Herrschaftslegitimität und den Machterhalt der Kommunistischen Partei Chinas. Die Souveränität zählt, neben der Sicherheit und der Entwicklung, zu den drei Kernbereichen der chinesischen Globalstrategie. China versucht, seine Souveränität nicht nur aktiv zu schützen. Es dehnt vielmehr seine Handlungsfreiheit sowohl territorial, als auch auf zusätzliche Bereiche wie etwa das Internet oder den Weltraum aus. Dazu stärkt es seine rechtlich-normative und diplomatische Einflussnahme in die

internationale Politik und ebenso seine militärischen Kapazitäten zur Verteidigung seiner Souveränitätsansprüche.

Ziel der **nichtmilitärischen Vorgangsweise** ist die Vertiefung der wirtschaftlichen Vernetzung mit den Nachbarländern, darunter Alliierte der USA, und deren politische Anbindung an China. Bei umstrittenen Themen und Rechtsdisputen treibt China seine Position voran, indem es gewisse rechtliche Lösungsmöglichkeiten vorsorglich befürwortet oder präemptiv Gesetze erlässt.

Das chinesische **Militär** dient auf unterschiedliche Weise der Wahrung der Souveränität. Erstens soll die militärische Modernisierung die militärtechnischen Defizite kompensieren, vor allem mit dem Ziel, die Initiative im Einsatzraum ergreifen und eine Informationsüberlegenheit herstellen zu können. Zudem soll sie generell die umfassende nationale Macht stärken, damit die nationalen Ziele effizient erreicht werden können. Im chinesischen Denken inkludiert die umfassende nationale Stärke neben der materiellen auch die ideelle Stärke sowie den internationalen Einfluss. Die Unterstützung für die nationale Stärke entstammt dem Militär, jedoch ebenso der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technologie, dem Bildungswesen und den Ressourcen. Die Einzelkomponenten werden zu einem System von ineinandergreifenden und sich wechselseitig unterstützenden nationalen Kapazitäten verflochten. Die umfassende nationale Stärke bewertet China regelmäßig qualitativ und quantitativ.

Zweitens verbessern die Streitkräfte durch ihr Engagement für verteidigungs- und sicherheitspolitische Angelegenheiten im Rahmen der bestehenden internationalen Normen den globalen Stellenwert Chinas. Die Position Chinas als Stakeholder des internationalen Systems ist sowohl für den Status der chinesischen Souveränität, als auch für ihre Ausweitung wichtig und stützt zudem höhere politische Zielsetzungen auf der internationalen Ebene.

Drittens zeigt das chinesische Militär regionales Engagement und strategische Präsenz auch in umstrittenen Gebieten, etwa mit Schiffs- und U-Boot-Patrouillen, mit der extensiven Luftraumüberwachung oder mit Militärübungen in der Taiwanstraße, wie etwa am 18.09.2020. Die zweiteilige chinesische Strategie konzentriert sich einerseits auf die Küstenländer und andererseits auf die Inseln. Damit prägt es, ähnlich den USA, die regionalen Sicherheitsbedingungen. Andererseits übt China zuweilen Druck aus, setzt selbstbewusste Handlungen und schafft damit ein vorteilhaftes Umfeld für sich selbst. Beachtlich ist die

rasche Zunahme dieser Aktivitäten als offensichtlicher Teil eines integrierten politisch-militärischen Zugangs.

**Präventivmaßnahmen** sind dabei ein zentrales Handlungselement Chinas, um die nationale und internationale Rechtmäßigkeit seiner Ansprüche und Vorgangsweise sicherzustellen. Einige chinesische Strategen sehen die Präventivmaßnahmen als logische Erweiterung der aktiven Verteidigungsstrategie. Um einen Präventivschlag zu legitimieren, ist es nach dieser Logik zweckdienlich, wenn das Militär als Verteidiger der chinesischen Souveränität gesehen wird. Im Mittelpunkt dieses Ansatzes steht dabei die rechtliche Kriegsführung (legal warfare). In diesem Ansatz begründen eine ausreichende Anzahl an „Auslösern“ im Bedarfsfall Präventivmaßnahmen. Zur Rechtfertigung werden sie als defensive Gewaltanwendung und als Antwort auf nicht tolerierbare Verletzungen der chinesischen Souveränität dargestellt. Dies bedingt eine gewisse Weitsicht, um Probleme vor ihrem Auftauchen wahrzunehmen und einen legalen Vorwand für aktuelle und künftige Militäraktionen schaffen zu können.

Viertens trifft das chinesische Militär zudem aktive Vorbereitungen, insbesondere zur Abschreckung und regionalen Abriegelung, um eine juristische Unabhängigkeit Taiwans – welche die USA immer deutlicher unterstützen – zu verhindern. Die US-Unterstützung für Taiwan zeigte sich etwa an der Fahrt des Zerstörers USS Barry am 21.11.2020 durch die Taiwan-Straße. Taiwan orientiert sich im Rahmen seiner „Südpolitik“ zunehmend in Richtung Südostasien und wird seinerseits verstärkt von den USA, Japan und deren multilateralen Bündnissen in die jeweiligen Indopazifik-Strategien oder in Detailkonzepte eingebunden. So beispielsweise am 17.09.2020 in das Blue Dot Network der USA zur Bereitstellung von Qualitätsinfrastruktur.

Zu erwarten sind eine Zunahme an chinesischem Selbstbewusstsein und an Konfrontationen. Eine opportunistische Haltung führt China im Allgemeinen fort, wenn das Risiko für eine (weitere) Verschärfung einer Situation niedrig ist. Eine Konfrontation erfolgt hauptsächlich auf der bilateralen Ebene, teils mit einem Ausgleich auf der multilateralen Ebene. Bestehen strategische Gründe dafür, einen Konflikt nicht zu lösen, so erlaubt dies eine Instrumentalisierung des Konflikts, beispielsweise im Ostchinesischen Meer. Denn grundsätzlich legt China bei der Zusammenarbeit seinen Fokus, nach der Sondierung und Formulierung der strategischen Ziele, auf Gemeinsamkeiten und unstrittige Faktoren. Unlösbare, beispielsweise historisch bedingte, Probleme werden nach Möglichkeit zur Seite geschoben.

### **Vertiefung der (militärischen) Kooperationen**

Die Militär- und Verteidigungskooperationen wurden auf bilateraler, trilateraler und multilateraler Ebene gestärkt. Dies ist in erster Linie ein Signal gegen die chinesische Machtprojektion. Mit dem erstmaligen Export des selbst entwickelten Mitsubishi Luftraumüberwachungsradars an die Philippinen im August 2020 belegte Japan seinen 2020 realisierten Strategiewechsel in Richtung einer aktiven Unterstützung der Sicherheit in Südostasien. Verhandlungen über den Verkauf von japanischen Zerstörern an Indonesien laufen. Die japanischen Militärexporte waren bisher auf Ersatzteile und nicht-tödliche Systeme beschränkt, etwa unbewaffnete Patrouillenboote. Zudem vertiefte Japan seine bilaterale Zusammenarbeit zur wechselseitigen Basenbenützung und Truppenstationierung mit Australien bzw. Indien. Japan verfügt über ähnliche Abkommen mit den USA, Kanada, Frankreich und Großbritannien sowie neben diversen Hafenrechten über einen Stützpunkt in Djibouti (Ostafrika). Australien hat Militärstützpunkte in Malaysia und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Indien verfügt über Abkommen mit den USA, Frankreich, Südkorea und Singapur sowie seit Juni 2020 mit Australien. Diese Länder kooperieren auch untereinander. Indien darf etwa US-Basen in Djibouti und auf Guam sowie französische Einrichtungen auf Réunion und in Djibouti benützen. Mit den „Mutual Logistics Support Arrangements“ und den „Acquisition and Cross-Servicing Agreements“ schlossen Japan und Indien zwei lange erwartete und symbolische Vereinbarungen zur wechselseitigen größtmöglichen logistischen Unterstützung. Der Schwerpunkt liegt auf den Seestreitkräften. Dies betrifft etwa die Benützung, Betankung und Reparatur von Schiffen und Flugzeugen, den Informationsaustausch, gemeinsame Manöver sowie die Interoperabilität bei militärischen Beschaffungen.

Japan, Australien, Indien und die USA koordinieren ihre Positionen zu regionalen Angelegenheiten auch im Rahmen des informellen Sicherheitsdialogs Quad. Quad wurde 2007 gegründet und seit November 2017 reaktiviert. Grundlage für die Kooperation sind die geographischen Lagen der Länder im Indopazifik, ihre Verteidigungskapazitäten, Bedrohungswahrnehmungen und starken Volkswirtschaften. Fokus ist der Westpazifik. Einerseits ist das Engagement Indiens im Rahmen von Quad limitiert, obwohl seine Unstimmigkeiten mit China zunahm, beispielsweise die Grenzkonflikte in Ladakh im Sommer 2020. Andererseits nahm Australien im November 2020 erstmals seit 2007 wieder an der gemeinsamen Militärübung Malabar der Quad-Länder teil. Diese fand in zwei Phasen vom 03. - 06.11.2020 im Golf von Bengalen und vom 17. - 20.11.2020 im Arabischen Meer

statt. Der Einbezug von ASEAN könnte die Effektivität von Quad steigern, allerdings will sich Südostasien nicht vereinnahmen lassen, betont seine Zentralität und goutiert die selektive Einbindung einzelner ASEAN-Länder, wie etwa Vietnam im März 2020, nicht.

### **Wirkung des indopazifischen Raumes nach außen**

China weitete in den vergangenen Monaten seinen Einfluss sektoriell, vor allem im Gesundheitsbereich, und geographisch, vor allem auf die Länder des Nahen Ostens, aus. Beschleunigt durch die Corona-Pandemie positioniert sich China nun auch im Rahmen der seit Jahren solide konzipierten Gesundheitsseidenstraße als Konkurrent der USA. Mit der Bereitstellung von Gesundheit, Infrastruktur und Sicherheit – bisher eine Domäne der USA – konsolidiert China seine Macht. Die wirtschaftliche Grundlage dazu zieht China aus einem dualen Kreislauf. Es forciert einerseits den Inlandskonsum und andererseits die wirtschaftliche und technologische Unabhängigkeit, vor allem auf der Basis von Qualitätswachstum und Innovation, wie etwa alternative Energien.

Die geopolitischen Auswirkungen der Corona-Pandemie und speziell des globalen Wettbewerbs um einen Corona-Impfstoff zeigen sich in einer immateriellen sowie einer geographischen Dimension, insbesondere im MENA-Raum (Nahost und Nordafrika) und in Lateinamerika. Auf den MENA-Raum und die Levante konzentriert sich China seit längerem, vor allem als Drehscheibe für die Seidenstraße und nun im Rahmen der Gesundheitsseidenstraße. Von den bisherigen Gesamtausgaben für Infrastrukturprojekte der Seidenstraße entfallen 12 % auf den Nahen Osten, davon je 2 % auf Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Zum Vergleich: Südostasien liegt bei 14 %, Südasien bei 11 %. Die Bedeutung Chinas als iranischer Wirtschaftspartner wächst weiterhin. Die beiden Länder unterzeichneten am 06.07.2020 einen Vertrag für 100 Energie- und Infrastrukturprojekte. Die Kosten von 400 Mrd. US-\$ über 25 Jahre wird der Iran in Form von Erdöl und Agrarprodukten begleichen.

Die Infrastrukturentwicklung ist zudem eine Schlüsselkomponente für die Gesundheitssicherheit und Seuchenvorsorge. Es besteht eine direkte Korrelation zwischen der Verfügbarkeit einer leistungsfähigen und resilienten Infrastruktur, etwa Transport, Trinkwasser, Strom oder Telekommunikation, und der Kapazität der öffentlichen Gesundheit. Bei der nachhaltigen Formung der künftigen Weltgesundheitsordnung spielt China mit seinen wachsenden professionellen und organisatorischen Kapazitäten eine wesentliche Rolle. Die Global Health Governance dient dem weltweiten

Schutz der Gesundheit durch kollektives Handeln unter der Nutzung von gemeinsamen Mechanismen. Eine Schlüsselfunktion spielen die Normung, Finanzierung und Leitung. Zu den strategischen Zielen Chinas zählen die Stärkung der eigenen Position in der multilateralen Gesundheitspolitik, die Förderung der chinesischen Wirtschaft sowie die Verbesserung des internationalen Images im In- und Ausland. Dazu werden die unterschiedlichen Seidenstraßensektoren zunehmend miteinander verflochten, insbesondere beim digitalen Gesundheitssystem.

Mit Saudi-Arabien schloss China einen Vertrag im Wert von 265 Mio. US-Dollar für das Management und die Organisation der Pandemiebekämpfung. Das chinesische Pharmaunternehmen Sinopharm führt seit Herbst 2020 in Ägypten, Bahrain, Jordanien, Marokko, Pakistan, den Vereinigten Arabischen Emiraten und ebenso in Argentinien, Peru und Usbekistan klinische Impfstofftests durch. Sinovac engagiert sich in Bangladesch, Brasilien, Chile, Indonesien, der Türkei und den Philippinen. CanSino ist in Chile, Mexiko, Pakistan, Russland, Saudi-Arabien aktiv. Die immaterielle Dimension der geopolitischen Auswirkungen der Corona-Pandemie betrifft die Zusage Chinas, seine Vakzine als globales öffentliches Gut auch ärmeren Ländern zur Verfügung zu stellen. Dies soll über einen fairen Preis oder Kredite erfolgen. Lateinamerika beispielsweise erhielt ein Darlehen in der Höhe von 1 Mrd. US-Dollar für Impfstoffe. Indonesien bekommt von Sinovac 50 Mio. Dosen eines Konzentrats zur lokalen Herstellung von Vakzinen. Auch wenn westliche Pharmafirmen den wirtschaftlichen und mit symbolischem Gewicht verbundenen Wettbewerb um die Marktzulassung gewinnen, wird die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit der chinesischen Impfstoffe die Beziehung zwischen China und den Entwicklungsländern langfristig zu Gunsten Chinas prägen.

Bei der Einschätzung des Einflusses der Corona-Pandemie auf das internationale System kombinieren die Länder des indopazifischen Raumes zumeist unterschiedliche Blickwinkel mit abweichender Gewichtung. Die (neo-)realistische Sichtweise stellt die eigene Position im globalen Machtgefüge in den Mittelpunkt, etwa durch den Wettbewerb um einen Impfstoff in China, Indien oder Südkorea. Wird Corona eher als wirtschaftliches und weniger als existenzielles Problem gesehen, überwiegt der Blickwinkel der Institutionisten und das Streben nach einer Zusammenführung und Optimierung der Corona-Experten. Die Gestaltung der nationalen Präferenzen dominiert in der liberalen Sichtweise. In der konstruktivistischen Perspektive spielt die Auffassung über die Globalisierung eine bedeutende Rolle.

Beispielhaft sind die Strukturreformen in Indien und Thailand, die Verbesserung der Resilienz und der Lieferketten in Singapur oder die Maskendiplomatie. Der Konstruktivismus zeigt sich mit der Fortdauer der Krise umso deutlicher.

**Barbara Farkas**

## Indopazifik-Konzepte: Geographische Charakteristiken

*Zahlreiche intra- und extraregionale Akteure verfügen über formelle oder informelle Indopazifik-Strategien. Einen wichtigen Hinweis auf die unterschiedlichen strategischen und funktionellen Zielsetzungen sowie auf die operativen Prioritäten geben die jeweiligen geographischen Konzeptionen.*

In der - wenn auch zumeist nur unpräzise formulierten - geographischen Abgrenzung des indopazifischen Raumes und deren kontinuierlicher Anpassung spiegelt sich die individuelle Perspektive der Akteure wider. Politisch sind die Indopazifik-Konzepte ein Symbol für das regionale Engagement, diplomatisch eine Botschaft an Kooperationspartner und Gegner. Im Mittelpunkt stehen die eigenen Interessen und Werte. Daher zeigen die Konzepte auf, zwischen welchen Akteuren bzw. in welchen Bereichen eine praktische Zusammenarbeit möglich wäre. Zu den Hauptakteuren zählen die im informellen quadrilateralen Sicherheitsdialog Quad vernetzten Länder USA, Indien, Japan und Australien, weiters die südostasiatischen Länder durch ihre Vereinigung ASEAN sowie Frankreich und Großbritannien.

### Geographische Gemeinsamkeiten

Der Kernbereich erstreckt sich als Konstante aller Konzepte über Indien und Südostasien und inkludiert den östlichen Teil des Indischen Ozeans und das Südchinesische Meer (als westlichen Teil des Pazifischen Ozeans). Im Osten erfolgte eine Angleichung, im Westen hingegen verstärkten sich die Abweichungen. Die zwei Ozeane werden, als erster gemeinsamer Faktor, grundsätzlich als ein einziger maritimer Bereich anerkannt. Daraus folgt der Bedarf, die See- und Kommunikationswege als globales Gemeinschaftsgut sicher und allgemein zugänglich zu halten. Dies hauptsächlich im Hinblick auf eine mögliche Einschränkung der Navigationsfreiheit (Freedom of Navigation, FON) im Südchinesischen Meer durch China. Der zweite gemeinsame Faktor ist die aufstrebende Regionalmacht Indien. Hervorgehoben werden einerseits das Bedrohungspotential und andererseits die Leistungskapazität Indiens, besonders zur regionalen Lastenteilung oder als Ausgleich zum wachsenden Einfluss Chinas. Diese **zwei Schlüsselemente** - der maritime Raum und Indien - stellen Südostasien in das geographische Zentrum der Indopazifik-Konzepte. Dies bietet den Ländern Südostasiens einerseits zusätzliche Möglichkeiten zur Realisierung nationaler und regionaler Interessen. Andererseits befürchten sie eine Unterminierung der vom Verband der südostasiatischen Nationen (ASEAN) geführten regionalen Mechanismen oder eine Einbindung in eine anti-chinesische Allianz. Dies veranlasste ASEAN zur Publikation eines eigenen Indopazifik-Konzeptes und die Betonung eines nicht-konfrontativen inklusiven Multilateralismus. Diverse konzeptionelle Anpassungen unterschiedlicher Akteure unterstrichen seither die Bedeutung der Zentralität der ASEAN und der bestehenden Plattformen.

### Räumliche Unterschiede

Im **Osten** umfassten die ersten Konzepte der USA, Australiens und Japans nur den westlichen Pazifischen Ozean, im Laufe der Zeit auch die Pazifischen Inseln und die US-Westküste. Ebenso beziehen sich Indien, Frankreich, Indonesien und ASEAN auf den gesamten Pazifischen Ozean. Der östliche Bereich des Indopazifiks entspricht daher dem bisherigen Begriff Asien-Pazifik.

Im Westen zeigen sich hingegen deutliche Abweichungen. Den gesamten Indischen Ozean bis zur afrikanischen Küste inkludieren etwa Indien, Japan, Frankreich, Deutschland, Indonesien und ASEAN. Die sicherheitspolitische Priorität im westlichen Indischen Ozean resultiert für Indien aus seiner geographischen Lage, für Frankreich aus seinen Überseegebieten und seiner (begrenzten) Militärpräsenz. Für Japan ist die Konnektivität von Asien über den Nahen Osten bis zum afrikanischen Kontinent eine Kernkomponente seines Konzeptes „Freier und offener Indopazifik“. Die USA, Australien und Großbritannien hingegen konzentrieren sich gegenwärtig auf den östlichen Teil des Indischen Ozeans. Für Großbritannien stellt die Region, wenn auch ohne klare Definition und mit dem Schwerpunkt auf der maritimen Sicherheit, eine Kernregion der Strategie „Global Britain“ dar. Die größten Räume definieren Indien und Frankreich. Indien inkludiert neben den zwei Ozeanen auch alle angrenzenden Länder, darunter beispielsweise auch Südamerika.

Weil Indiens strategischer Fokus auf dem Indischen Ozean liegt, will es nicht als das westliche Ende des indopazifischen Raumes gelten. Außerdem unterhält Indien mit China und Russland sektorspezifische Kooperationen und streicht daher seine strategische Autonomie und Inklusivität hervor. Frankreich schließt wegen seines territorialen Anspruchs in der Antarktis sogar den Südlichen Ozean in sein formelles Konzept ein.

### **Aktive und passive Anpassungen**

Mit einer **aktiven Anpassung** rückten die USA die westliche Grenze ihrer Indopazifik-Definition von der Ostküste Afrikas zur indischen Westküste. Grund ist der Strategiewechsel gegenüber China, dessen Einstufung als strategischer Rivale und die Fokussierung der USA auf das Südchinesische Meer. Der neu definierte Raum entspricht der Verantwortung des US-Indopazifik-Kommandos (USINDOPACOM). Die höchste Priorität gilt der regionalen Sicherheit und der Sicherstellung der US-Vorherrschaft. Indien spielt für die USA sowohl im Indopazifik-Konzept eine Rolle, als auch in der Südasiens-Strategie (die auch Zentralasien umfasst). Der westliche Indische Ozean untersteht dem US-Central Command (USCENTCOM).

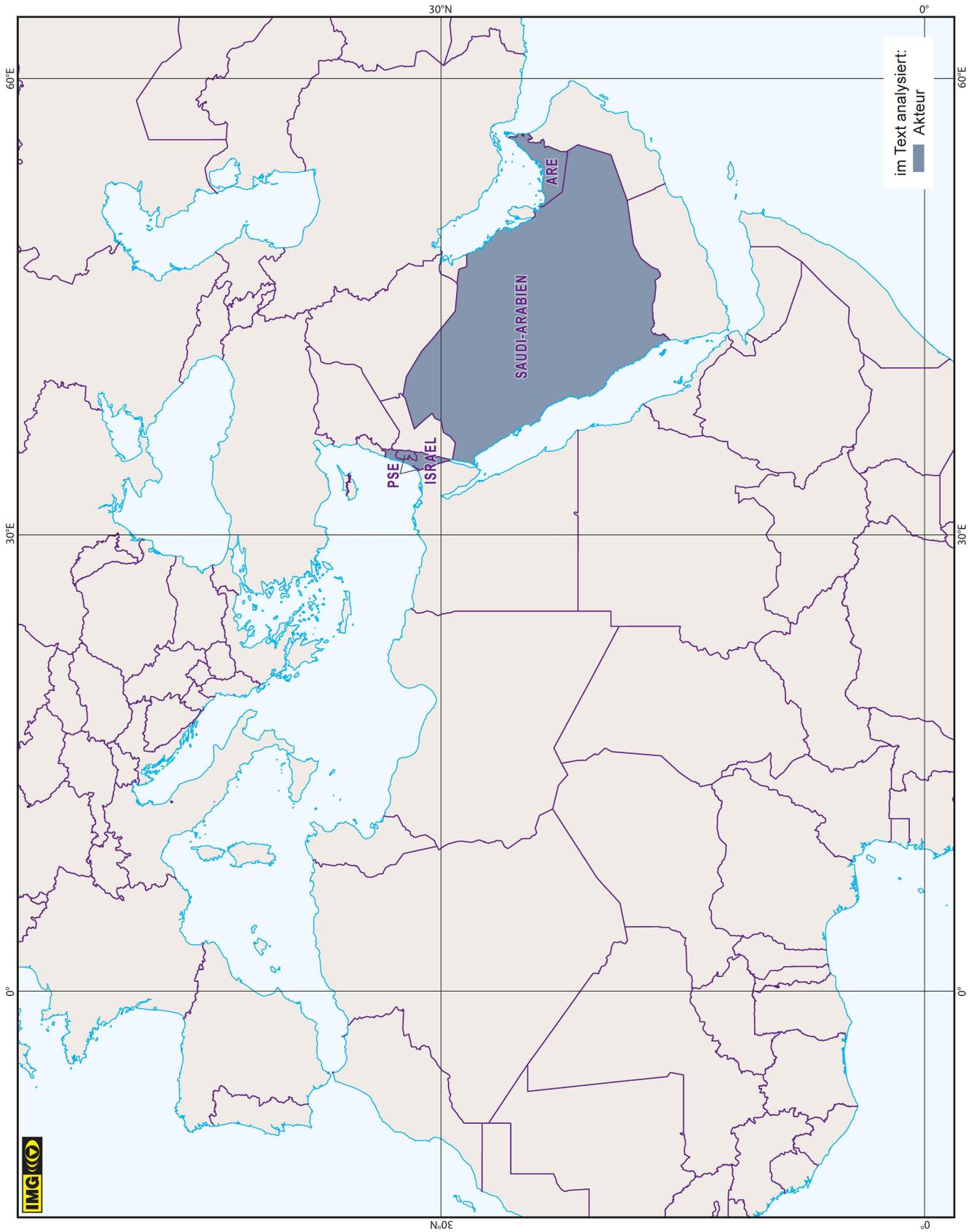
Die geographische Erweiterung einiger anderer Indopazifik-Definitionen erfolgte hingegen als **passive Anpassung** im Verlauf der kontinuierlichen Konzeptentwicklung. Sie beruht auf einer veränderten Wahrnehmung, diplomatischen Überlegungen oder dem Einfluss anderer Akteure. Antriebsfaktoren waren die konzeptionelle Übereinstimmung oder der Kooperationsbedarf mit gleichgesinnten Partnern. So synchronisierten Japan und Australien mit der Ausdehnung auf den Südpazifik ihre Konzepte mit den USA, vor allem im Hinblick auf die Zunahme des chinesischen Einflusses. Gleichzeitig wollen Akteure nicht als gegen China gerichtet wahrgenommen werden. Deshalb schloss Japan China in sein Indopazifik-Konzept ein. Indien und Südostasien betonen ihren inklusiven Zugang. Besonders Japan stufte den Begriff Indopazifik anfangs als rein geographische Definition ein. Daher sah es keine Veranlassung zur Inkludierung seiner Kooperationspartner, wie beispielsweise die USA, Indien, Australien oder Neuseeland. Diese entwickelten eigene Indopazifik-Konzepte, und Japan betrachtet sich inzwischen samt seinen Partnern als Teil des indopazifischen Raumes.

### **Funktionelle Unterschiede der geographischen Definitionen**

Für die USA war die klare Definition des geographischen Raumes unabdingbar für die Einbettung in die nationale Sicherheitsstrategie. Ähnliches gilt für Frankreich sowie für Australien, das seinen Fokus von der Sicherung der Seewege auf die regionale Stabilität verlagerte. Nun wollen Frankreich und Deutschland den Handlungsspielraum über sicherheitspolitische Angelegenheiten hinaus ausweiten, etwa auf den Handel, die Entwicklung, den Katastrophen- oder Umweltschutz. Die Rechtfertigung von strategischen Zielen steht hingegen für Japan, Indien, ASEAN und Indonesien im Vordergrund. Begriffe wie Kooperation, Vernetzung und Inklusivität sollen Vertrauen vermitteln, vor allem in den Gebieten von geringerer Priorität, für deren aktive Einbindung (noch) der Wille oder die Kapazitäten fehlen.

### **Regionale Ordnung**

Die bisherigen Begriffe wie Asien-Pazifik oder Ostasien werden parallel bestehen bleiben, nicht zuletzt wegen der Überlappung der geographischen Definitionen mit regionalen Mechanismen, beispielsweise dem Ostasiengipfel. Australien beschreibt Asien-Pazifik als geopolitisches Konstrukt, den Indopazifik jedoch als dessen logische Erweiterung mit zunehmender Bedeutung als geographischer Korridor. Für Japan stellt Asien-Pazifik einen Teil seines Indopazifik-Konzeptes dar. In ähnlicher Weise charakterisieren die südostasiatischen Länder den Indopazifik als zwei getrennte Regionen, nämlich den deutlich priorisierten Raum Asien-Pazifik sowie den Indischen Ozean. Singapur wiederum bemängelt die fehlende konzeptionelle Präzisierung durch ASEAN, speziell der geographischen Prioritäten und Abgrenzungen, sowie den teils anti-chinesischen Unterton. Ergänzungen zu den bestehenden Mechanismen sind im multilateralen Rahmen zu erwarten. Beispielhaft dafür ist die Abstimmung der USA, Japans und Australiens zur Inkludierung der Südpazifischen Inseln in die geographische Definition und regionale Kooperation. Die USA verfolgen im Indopazifik für sich und ihre Verbündeten zwei generelle, in zahlreichen Dokumenten regelmäßig dargelegten Ziele: den Schutz der eigenen Interessen und die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit ihrer Institutionen.



Middle East & North Africa (MENA)

## Das Abraham-Abkommen

### **Trumps Abgang in Würde, oder doch Bidens Bürde?**

#### Einleitung

Mit der Ausrufung des Staates Israel am 14. Mai 1948 erfolgte die politische Grundsteinlegung zu einem nun schon über mehrere Jahrzehnte andauernden Konflikt, welcher das Bild westlicher Beobachter des Nahen Ostens zu einem überwiegenden Ausmaß bis heute prägt. Die Ausrufung Israels, der politische Endpunkt des zionistischen Strebens der jüdischen „Gründerväter“, ein Gemeinwesen und damit einen gemeinsamen Staat im Land ihrer Vorväter in Palästina zu schaffen, rückte zeitgleich die zuvor entrechtete „Stimme der Araber“ ins politische Weltgeschehen. Die sogenannte arabische Nationalbewegung forderte im Lichte der Entwicklungen das Ende des britischen Mandates über Palästina und unterlegte diese Forderungen mit einer Aufnahme eines bewaffneten Kampfes gegen die stationierten Truppen des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland.

Eine außerordentliche Vollversammlung der Vereinten Nationen (VN) befasste sich im Frühjahr 1947 mit dem Palästina-Problem und votierte im November desselben Jahres für eine Resolution, deren zentrale Forderung in der ehebaldigen Beendigung des britischen Mandates lag. Darüber hinaus sah die VN-Resolution eine Teilung Palästinas vor, ein Konzept, welches durch die Arabische Liga und einige VN-Mitgliedsstaaten vehement abgelehnt wurde. Kurz nach Beendigung des britischen Palästina-Mandates flammten massive Gefechte zwischen arabischen und jüdischen militärischen Verbänden auf. Diese konzentrierten sich in einer ersten Phase auf die britische Militärinfrastruktur, mündeten jedoch aufgrund der Gefechtsführung in einer weiteren Phase in jene für die jüdische Seite vorteilhafte militärische Ausgangslage, welche die jüdische militärische Führung dazu veranlasste, die eigenständige Operation „Dalet“ anlaufen zu lassen.

Die operative Zielsetzung von „Dalet“ lag in der Sicherung sämtlicher Gebiete, welche nach der Staatsgründung als israelisches Kernland definiert worden waren. Darüber hinaus lag sie in der Schaffung eines Korridors zu jüdischen Siedlungen jenseits der VN-Teilungslinie, sowie zur Stadt Jerusalem. Dies schloss die Sicherung der mit ihr geographisch verbundenen Hauptbewegungslinie nach Tel Aviv mit

ein. Die jüdischen militärischen Aktivitäten betrachteten die arabischen Akteure als völkerrechtlichen Kriegsgrund. Dazu kam, dass das Vereinigte Königreich rund zwei Monate vor Beendigung des Palästina-Mandates mit dem haschemitischen Königreich Transjordanien unter König Abdallah einen Bündnisvertrag eingegangen war. Dieses Bündnis interpretierte Transjordanien als politische Rückendeckung für eine militärische Intervention in Palästina.

Am 14. Mai 1948 marschierten arabische Truppen aus Ägypten, dem Libanon, Transjordanien, dem Irak und Syrien in Palästina ein, um die militärischen Voraussetzungen für eine politische Verzögerung der Ausrufung des Staates Israel zu schaffen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht, die Ausrufung Israels wurde nicht mehr verhindert. Darüber hinaus endete die bewaffnete Auseinandersetzung mit einem Sieg der israelischen Streitkräfte im Jänner 1949. Für das kollektive Gedächtnis der palästinensischen Bevölkerung werden diese Ereignisse als *die* Katastrophe (an-Nakba) gesehen. Im humanitären Bereich ergab sich aus dieser politischen Ausgangslage eine Flüchtlingsbewegung, welche alleine im Jahr 1948 rund 650.000 Personen umfasste.

Seit den 1970-er Jahren setzen sich die USA verstärkt für eine diplomatische Lösung ein. Obwohl der große Durchbruch bis dato ausblieb, konnten einzelne diplomatische Erfolge, wie der Friedensschluss zwischen Ägypten und Israel 1979 und der Friedensschluss Israels mit Jordanien 1994 erreicht werden.

Mit dem Oslo-Friedensprozess von 1990 flankierte ein europäischer Staat die US-Bemühungen und brachte erstmals die „Zwei – Staaten - Lösung“ (ZSL) als Konzeption ein. Österreich setzte ebenso ab den 1970-er Jahren größere Initiativen zum Nahostfriedensprozess, welche vor allem die palästinensische Seite adressierte.

Eine erneute Bewegung in die Palästinafrage brachte der Friedensschluss der Vereinigten Arabischen Emirate im August 2020, sowie die damalige Ankündigung Bahrains und des Sudans, ebenso ein „Friedensabkommen“ mit Israel abschließen zu wollen. Mit Marokko folgte kurz darauf ein weiterer Staat.

In der jüngeren Geschichte erfolgte in der ersten Präsidentschaft des 44. Präsidenten der USA, Barack Obama, eine diplomatische Hinwendung zu den arabischen Staaten im Nahen Osten. Diese Nahost-Fokussierung folgte jedoch nicht den bekannten strategischen Konstanten der Washingtoner Nahost-Politik, sondern fokussierte auf die damals sich bereits abzeichnende Machtverschiebung in der Region - weg von den einzementierten autokratischen

Herrschaftssystemen in ihrer (spätsowjetischen) Prägung der 1980-er Jahre hin zu einer (Demokratisierungs-) Bewegung der überwiegend jugendlichen Bevölkerung. Bevor jedoch mit den Entwicklungen des „Arabischen Frühlings“ ab dem Februar 2011 mit ihrer „Arabellion“ kurzfristig die Euphorie einer möglichen prowestlichen Demokratisierung des Nahen Ostens im Raum stand, versuchte sich die Obama-Administration in einer neuerlichen israelisch-palästinensischen Initiative.

Diese Nahost-Initiative folgte einem bekannten US-Innenpolitikmuster: Ein Präsident der Demokratischen Partei würdigt in seiner ersten Präsidentschaft grundsätzlich die palästinensische Sache, um in seiner zweiten Präsidentschaft die Positionen Israels abzusichern und dessen Initiativen auf internationaler diplomatischer Ebene zu flankieren. Ein Präsident der Republikanischen Partei hingegen würde – wie schon viele Jahrzehnte zuvor - stark pro-israelisch agieren, um die im Vorfeld im Wahlkampf gewährte Unterstützung der konservativen finanzkräftigen, aus dem israelisch-amerikanischen Milieu kommenden Wähler zu rechtfertigen. Dieser Präsident würde im Falle seiner zweiten Amtszeit danach trachten, mit einer großangelegten Nahostkonferenz zur Palästinafrage eine diplomatische „Duftmarke“ in diesem jahrzehntelangen Konflikt zu setzen. Dementsprechend werden US-Administrationswechsel, welche auch mit dem Wechsel von einer demokratischen hin zu einer republikanischen Führung einhergehen – und vice versa - in Tel Aviv, in Riad, in Ramallah, in Kairo und in Amman genau beobachtet.

In der zweiten Amtszeit der Administration Obama erfolgte dennoch eine wirtschaftspolitisch und strategisch nachvollziehbare Abwendung der USA vom Nahen Osten. Zwar war das Engagement ungebrochen hoch, die zermürbenden Feldzüge im Irak und in Afghanistan wichen jedoch einer akzentuierten Anti-Terror-Strategie. Darüber hinaus sah Obama sein Vermächtnis in der Ausgestaltung eines tragfähigen multilateralen Fahrplanes im Umgang mit den Nuklearambitionen der Islamischen Republik Iran. Nach dieser US-amerikanisch – iranischen Einigung und der parallel geführten Ausgestaltung der Internationalen Koalition im Kampf gegen den Islamischen Staat sah sich Washington D.C. genötigt, auf die zunehmenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen im westpazifischen Raum zu reagieren. Der sich damals abzeichnende Kampf um die Vorherrschaft im Pazifik erfolgte aufgrund sich aufdrängender, zunehmend mit Eskalationspotenzial versehener wirtschaftspolitischer Notwendigkeiten. US-Präsident Obama verfügte daraufhin ein „Rebalancing“ seiner grundsätzlichen außenpolitischen Schwergewichte. Unter dem Schlagwort „It’s the Middle Class, not the Middle East!“,

wurde die Kampagne medial aufbereitet und die Änderung im Kongress abgesehen.

Diese Strategie der Neuausrichtung der US-Außenpolitik prägte die Übernahme der Administration durch den republikanischen Kandidaten Donald J. Trump als deren 45. US-Präsident im Jänner 2017.

### **Die Nahostpolitik der Administration Donald J. Trump**

In den generellen Fragen der Nahostpolitik folgt die erkennbare Grundkonstante der gesetzten Aktivitäten der USA immer gleichlautenden Parametern. Unabhängig davon, ob die Administration von republikanischen Kandidaten gestellt wird (George Bush, George W. Bush, Donald J. Trump), oder durch demokratische Kandidaten vollzogen wird (Jimmy Carter, Bill Clinton, Barack Obama), obliegt es den amtierenden US-Präsidenten, die eigenen Sicherheitsbedürfnisse sowie jene ihrer Bündnispartner, wie Saudi-Arabien und jene der übrigen Golfstaaten des Golfkooperationsrates, darüber hinaus aber auch jene Jordaniens, Ägyptens und selbstverständlich Israels, „unter einen Hut zu bringen“. Dies generiert die Notwendigkeit, eigene Initiativen mit einem überproportionalen militärischen Engagement in der Region zu unterlegen.

Aus Sicht der Administration Trump standen dieser Grundgrammatik des regionalpolitischen Ansatzes zunehmend zu hohe Kosten entgegen, welche auch der grundsätzlich isolationistischen Tendenz der Präsidentschaft entgegenstanden und zum damaligen Zeitpunkt daher zu vermeiden oder zumindest zu minimieren waren. Seine maximalen Zielsetzungen im regionalen Engagement lagen in der Verhinderung eines möglichen terroristischen Anschlages auf US-Boden, der klaren Zielsetzung der Bekämpfung international agierender Terrorgruppen wie Al-Qaeda und des „Islamischen Staates“ und in der Strategie, sämtliche politischen und militärischen Aktivitäten der Islamischen Republik Iran zu verhindern, zu behindern und darüber hinaus den internationalen wirtschaftlichen Druck auf die politische und geistige Führung des Landes und deren Verbündeter so hoch wie möglich zu halten.

Diese Strategie unterlegte Trump mit dem „Rebalancing“ vom „Rebalancing“, also der „eingeschränkten Revision“ der südostasiatischen Konfrontationspolitik Obamas gegen die macht- und wirtschaftspolitischen Ambitionen Chinas. Er begann seine regionalpolitischen Initiativen zunehmend (wieder) mit Saudi-Arabien und darüber hinaus mit den Vereinigten Arabischen Emiraten zu koordinieren. Diese Koordination deckte sich auch mit dem

strategischen Sicherheitsbedürfnis der Golfstaaten des GCC.

Für US-Präsident Trump bedeutete die wenige Monate nach seiner Vereidigung stattgefundenen Inthronisation von Mohammed Bin Salman als Kronprinz von Saudi-Arabien eine berechenbarere und mit US-Zielen synchronisiertere Außenpolitik des Königreiches. Mit dem Mentoring durch Abu Dhabis Emir Mohammed Bin Zayid Al-Nahyan wurde ein langjähriger Geschäftspartner Trumps und auch ein Investitionspartner Jared Kushners Teil der neuen politischen Seilschaften der Administration Trump. Mit seinem Besuch in Riad im Mai 2017 knüpfte US-Präsident Trump daher relativ rasch an die traditionell engen Beziehungen republikanischer US-Präsidenten an das Königshaus an. Zu diesem Zeitpunkt beauftragte er nach Rücksprache mit dem saudi-arabischen Kronprinzen seinen Schwiegersohn Jared Kushner mit der Ausarbeitung eines Nahostfriedensplanes. Kushner war nicht zuletzt aufgrund enger wirtschaftlicher Kontakte sowohl zum saudi-arabischen Königshaus, wie auch zum Herrscherhaus der Vereinigten Arabischen Emirate bereits zu Beginn seiner Tätigkeit bestens vernetzt. Es steht außer Zweifel, dass maßgebliche Teilkapitel des Friedensplans nicht ohne Stellungnahme aus Riad und aus Abu Dhabi entwickelt worden sind.



Die Protokollchefin des Weißen Hauses Henderson assistiert am 15.09.2020 dem damaligen US-Präsidenten Trump und dem israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu bei der Unterzeichnung des „Abraham-Abkommens“ mit den Außenministern des Königreiches Bahrain und der Vereinigten Arabischen Emirate.

### **Peace to Prosperity; A Vision to Improve the Lives of the Palestinian and Israeli People**

Im Jänner 2020 veröffentlichte das Weiße Haus den Friedensplan für einen unabhängigen Staat Palästina unter dem Titel „Peace to Prosperity – A Vision to

Improve the Lives of the Palestinian and Israeli People“ (PtP-Plan). Der Veröffentlichung ging im Juni 2019 eine Vorstellung des Planes bei der Internationalen Sicherheitskonferenz in Manama, der Hauptstadt des Königreiches Bahrain, im Rahmen eines eigenen Workshops als Teil der Konferenz voraus.

In seiner Einführung spannt der Friedensplan einen weiten thematischen Bogen von den Hintergründen des Nahost-Konfliktes, über den möglichen Versuch eines Friedens auf Grundlage der Ergebnisse der Oslo – Verhandlungen im Jahre 1993 bis hin zu der daraus abgeleiteten möglichen Zwei-Staaten-Lösung (ZSL). Der PtP-Plan setzt bei diesem Lösungskonzept an und zielt in seiner grundlegenden Ausrichtung darauf ab, nach „zeitlich knapp einem Jahrhundert von Disputen, bewaffneten Konflikten, Auseinandersetzungen und terroristischen Aktivitäten“ politisch einen neuen Ansatz zu skizzieren. In seiner Argumentationskette nimmt der Plan auf die geänderte geostrategische Lage und der daraus ableitbaren Einflussnahme auf die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens Bezug.

Mit dem Ende der bipolaren Weltordnung und dem Übergang zur Multipolarität mit ihrer globalen Auswirkung auf die Wirtschaftsordnung zieht die US-Administration den Schluss, dass das palästinensische Volk ohne politische Lösungen seiner drängendsten Probleme in Bedeutungslosigkeit verschwinden und trotz eines massiven Humankapitals für seine Prosperität den wirtschaftlichen Anschluss verlieren würde. Ein Friedensschluss mit dem wirtschaftlich und technologisch überlegenen Nachbarn Israel gebiete daher schon allein die sozio-ökonomische Vernunft.

Der Friedensplan kommt zum Schluss, dass beispielsweise das BIP pro Kopf in der Wirtschaftszone der Palästinensischen Autonomiebehörde in den letzten Jahrzehnten stagnierte, bei Erfüllung der Entwicklungsschritte jedoch in den nächsten zehn Jahren eine Verdopplung erfahren und damit über 1 Million neue Beschäftigungsverhältnisse generiert werden könnten.

Diese Zielsetzung relativiert sich jedoch im direkten Vergleich: Das BIP pro Kopf betrug in Österreich vor SARS CoV-19, also im Jahre 2019, € 44.900, -. Das BIP pro Kopf betrug im Staat Israel im gleichen Zeitraum € 36.923, - und im Verwaltungsgebiet der Palästinensischen Autonomiebehörde € 2.790, -. Eine Verdoppelung des BIP pro Kopf für die palästinensische Seite in einem Zeitraum von zehn Jahren erscheint daher eingedenk der jährlichen Inflation nicht besonders ambitioniert und ist daher als realistisch einzustufen.

Bemerkenswert im Zusammenhang mit dieser Tatsachenfeststellung ist die nachfolgende Auflistung sämtlicher Aktivitäten auf Ebene der VN und ihrer daraus ableitbaren Kernaussagen, Folgerungen und der

damit verbundenen Manifestation der politischen Realitäten.

- Seit 1946 existieren rund 700 Resolutionen der VN-Generalversammlung und rund 100 Resolutionen des VN-Sicherheitsrates, welche sich direkt und politisch unmittelbar mit dem Nahostkonflikt befassen. Trotz der unbestritten konstruktiven Rolle der VN konnte keine Resolution eine umfassende Lösung des Konfliktes herbeiführen.
- Sowohl die israelische wie auch die palästinensische Verhandlungsseite lassen aus Sicht der US-Administration allzu oft Kompromissfähigkeit vermissen. Der Ansatz des PtP-Planes ist daher ein „holistischer“, welcher beide Seiten zu Zugeständnissen zwingt, um letztendlich die Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Region bei gleichzeitiger völkerrechtlich legitimer Koexistenz zu schaffen.
- Beide Verhandlungsseiten sind davon zu überzeugen, dass diese nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung auch mit einer unmittelbaren Verbesserung der Sicherheitslage einherzugehen habe.
- Aus Sicht der US-Administration wird ganz klar angeführt, dass jene Kräfte, welche an einem Festhalten des status quo interessiert sind, in der Minderheit sind. Ein nachhaltiger Friedensschluss käme einer breiteren Bevölkerungsschicht auf beiden Seiten zugute. So ist auch ein Verklären der „militanten“ Vergangenheit auf beiden Seiten abzulehnen.
- High level - Konzepte und vage formulierte Framework Agreements sind aus Sicht des Planes abzulehnen. Hier berührt der PtP-Plan ein Grundproblem der Internationalen Diplomatie. Um eine allfällige Abschlusserklärung nicht zu gefährden oder es den Konfliktparteien im schlechtesten Falle zu ermöglichen, zumindest den Verhandlungstisch mit einem minimalen Konsens als diplomatischen Erfolg verlassen zu können, wurden in der Vergangenheit oftmals die politisch verhandelten „kleinsten gemeinsamen Nenner“ als vermeintlicher Durchbruch vermarktet. Diese Vorgehensweise verhinderte zwar überwiegend den Gesichtverlust der Verhandlungsparteien, brachte jedoch in den meisten Fällen keinerlei substanziellen Fortschritt.
- Die US-Administration sieht in der Lösung des Nahostkonfliktes keinerlei Initialzündung zur Lösung anderer Konflikte in der Region. Sie glaubt aber erkennen zu können, dass die Lösung dieses

fundamentalen jahrzehntelangen Konfliktes eine Dialogfähigkeitsverbesserung für weitere Konfliktparteien in der Region bei anderen Problemstellungen darstellen könnte.

- Der PtP-Plan definiert detailliert die Rolle der USA in den Umsetzungsverhandlungen. Washington ist demnach die Rolle des Vermittlers vorbehalten und auferlegt, ebenso obliegt es der US-Politik, Umsetzungsideen aus unterschiedlichen Bereichen zu sammeln, aufzubereiten und daraus detaillierte und realistische Handlungsempfehlungen abzuleiten. Obwohl die Einbindung konstruktiver Drittstaaten in den bilateralen Verhandlungsprozess anzustreben sei, seien indirekte Verhandlungen abzulehnen und der israelischen, wie auch der palästinensischen Seite eindringlich zu vermitteln, dass ausschließlich Direktgespräche mit konkreten Ergebnissen stattzufinden hätten.
- Der Friedensplan nimmt ebenso auf historische Ereignisse, religiöse Standpunkte und ideologische Vorbehalte der vergangenen Jahrzehnte Bezug. Diese sind – so sein Grundtenor - in jedem Fall nachrangig vor den Bedürfnissen, Interessen und Erwartungen der Menschen auf beiden Seiten zu behandeln. Diese Vorbedingung stellt sicherlich den unrealistischsten Teil des zweiten Kapitels dar, wo doch – analog zu den USA – Religion und Ideologie nicht von den konkreten politischen Forderungen getrennt werden können.
- Abschließend führt die Auflistung eine Behauptung an, wonach der Nahostkonflikt eine Vielzahl der arabischen Staaten in einer Art „Geiselnhaft“ halte, welche eine Normalisierung der Beziehungen zum Staate Israel als unwahrscheinlich erscheinen lasse. Gerade diese Aussage stellt im Lichte der jüngst erfolgten Normalisierungen der Beziehungen zwischen dem Staat Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten eine nicht gänzlich unrealistische Behauptung dar.

Aus Sicht des PtP-Planes ist anzuerkennen, dass die Forderung der palästinensischen Seite nach einer Selbstverwaltung und einem eigenen Staatsgebiet mit territorialer Unversehrtheit eine legitime Forderung im Rahmen der Friedensverhandlungen darstellt. Den völkerrechtlichen Endpunkt dieser legitimen Forderung kann daher nur die international verbindliche Anerkennung durch die Internationale Gemeinschaft darstellen. Eine Voraussetzung dafür ist jedoch die infrastrukturelle Ausgestaltung des Völkerrechtssubjektes „Staat Palästina“, welche es seinen Bürgern ermöglicht, sich innerhalb des Staatsgebietes frei zu bewegen.

Der PtP-Plan fokussiert bereits deutlich auf die Zielsetzung einer Normalisierung der Beziehungen der arabischen Staaten mit dem Staat Israel. Ebenso adressiert der Plan die Normalisierung der Beziehungen durch alle Staaten der Erde mit dem Staat Palästina.

Der PtP-Plan nimmt eine realistische Sichtweise auf die Sicherheitsbedürfnisse beider Entitäten ein, räumt jedoch dem Staat Israel aufgrund seiner geostrategischen Exponiertheit das Recht ein, spezielle Bedürfnisse und ihre darauf abgestimmten Maßnahmen zu artikulieren.

Er fordert in Fragen der territorialen Souveränität Israel unmissverständlich auf, jene Kompromissbereitschaft an den Tag zu legen, welche es der palästinensischen Seite erlauben kann, zukünftig einen lebensfähigen Staat zu unterhalten. Für die US-Administration bedeutet dies auch, dass der Staat Israel (erneut) Gebiete räumen wird müssen, welche er zuvor in militärischen Operationen unter Inkaufnahme von Verlusten besetzt hatte. Hierbei wird durch historische Referenzierung angeführt, dass diese Forderung für den Staat Israel keineswegs neu wäre, weil er bereits rund 88% jenes Territoriums geräumt hätte, welches er im Jahr 1967 in Besitz genommen hatte. Ein zukünftiger Gebietsverzicht zugunsten eines dauerhaften Friedens würde daher auch teilweise jene Gebiete beinhalten, auf welche die jüdische Bevölkerung seit Jahrhunderten durch juristisch einwandfreie nachweisbare Ansprüche ihren Besitz angemeldet hatte.

In der Flüchtlingsfrage wird im PtP-Plan angemerkt, dass der Arabisch-Israelische Konflikt bereits früh eine Vielzahl an Flüchtlingen generierte, wobei das Palästinenser-Flüchtlingsproblem bereits seit rund 70 Jahren besteht. So wurde „The United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East“ (UNRWA) mit ihren rund 30.000 Mitarbeitern im Dezember 1949 gegründet und arbeitet an ihrem Sitz im Haschemitischen Königreich Jordanien unverändert bis heute. Der PtP-Plan sieht es daher als „alternativlos“ an, das Flüchtlingsproblem adäquat zu adressieren und einen realistischen Fahrplan zu entwickeln, um eine nachhaltige und dauerhafte Lösung zu gewährleisten.

Der positive Abschluss eines Friedensabkommens müsse daher aus Sicht der US-Administration garantieren, dass der Gazastreifen demilitarisiert wird, alle terroristischen Gruppierungen entwaffnet werden und die „Palästinensische Autonomiebehörde“ die uneingeschränkte Kontrolle über den Gazastreifen erlangt. Das abschließende Ziel der Verhandlungen soll darüber hinaus auch gewährleisten, dass zukünftig die Bevölkerung im Gazastreifen nicht mehr von Spenden und Fonds unterschiedlicher Geldgeber abhängig sein wird. Die wirtschaftliche Selbsterhaltungsfähigkeit hat Endpunkt der politischen Bemühungen zu sein.

Abschließend zu diesen neun Punkten stellt der PtP-Plan fest, dass es dem Staate Israel nicht zuzumuten sei, sämtliche Gebiete für einen Pre-1967 Status an die „Palästinensische Autonomiebehörde“ zu restituieren. Die angestrebte Kompromissfähigkeit der beiden Verhandlungspartner hat jedoch die Zielsetzung zu beinhalten, dass das zukünftige Territorium unter Verwaltung der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ grundsätzlich im flächenmäßigen Umfang an jene Ausdehnungen vor dem 1967-er Waffengang (Dritter Israelisch-Arabischer Krieg; Sechstagekrieg) heranreichen soll.

Für die USA bleiben die sensiblen Charakteristika der Jerusalem-Frage die bestimmenden Konstanten in ihrer weiteren Herangehensweise. Aufgrund der Signifikanz der Stadt für die drei „herausragenden monotheistischen Weltreligionen“ muss jegliche zukünftige politische Herangehensweise dieses Faktum berücksichtigen. Der PtP-Plan artikuliert, dass vor allem religiöse vorrangig vor den politischen Aspekten zu berücksichtigen seien und nimmt im Rahmen der theologischen Aspekte des Judentums, des Christentums und des Islams darauf Bezug.

Der PtP-Plan skizziert in seinem sechsten Teil relativ konkret seine Vorstellungen über die zukünftige ökonomische Ausgestaltung einer friedlichen Koexistenz eines lebensfähigen Staates Palästina mit dem wirtschaftlichen starken Nachbarn Israel. Er referenziert in seiner Einleitung auf die öffentlich getätigten Ausführungen des US-Sonderbeauftragten der Administration Trump für den Nahen Osten, Jared Kushner, anlässlich dessen Teilnahme an der Internationalen Sicherheitskonferenz für den Nahen und Mittleren Osten in der Hauptstadt des Königreiches Bahrain im Juni 2019. Kushner war, wie bereits erwähnt, als „key note speaker“ für den Workshop „Middle East Peace Process“ geladen. Aus Sicht Washingtons diene die Teilnahme Kushners überwiegend der Vorstellung des PtP-Planes in der Öffentlichkeit. Die Eckpunkte des Planes waren höchstwahrscheinlich seitens der wirtschaftlich führenden Staaten des Nahen Ostens (Israel, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Bahrain) zuvor bereits abgesegnet worden.

Der PtP-Plan sieht durch konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen und die Ausgestaltung rechtsstaatlicher Rahmenbedingungen ein wirtschaftliches Wachstumspotenzial der palästinensischen Wirtschaft von rund 50 Milliarden US-\$ auf einen Zeitraum von zehn Jahren als realistisch an. Die Vorleistungen für eine derartige Entwicklung sehen drei Säulen der Anstrengung vor: Aktivitäten im Bereich der Wirtschaft, der Bevölkerung und der politischen Führung. Diese betreffen dabei grundlegende koordinierte Anstrengungen, welche durch die Internationale Gemeinschaft flankiert werden.



Die territoriale Aufteilung des zukünftigen Staates Palästina gemäß PtP.

Die ersten Aktivitäten die Bevölkerung betreffend liegen in der Entwicklung zivilrechtlicher Rahmenbedingungen, im Zurückdrängen der Korruption, der Definition einer international anwendbaren Rechtsstaatlichkeit, dem Entwickeln eines Kapitalmarktes mit einer entsprechenden Steuergesetzgebung und der Implementierung eines Tarifsystems, welches den internationalen Warenverkehr fördert. Darüber hinaus soll der Privatsektor durch strategische Infrastrukturinvestments stimuliert werden und letztendlich eine wirtschaftsfreundliche „Umgebung“ geschaffen werden. Ein Investitionsprogramm mit dem Ziel nach permanenter Stromversorgung, der Bereitstellung von sauberem Trinkwasser und der Schaffung einer Netzarchitektur für digitale Kommunikation runden die Zielsetzungen ab. Dem Staat Palästina sollen so die Voraussetzungen zu einem intensiveren Handel mit Ägypten, Israel, Jordanien und dem Libanon geschaffen werden.

Die zweite Säule der Initiativen adressiert die Bevölkerung. Hier liegt der Fokus des PtP-Planes auf der zukünftigen Ausgestaltung der Bildungspolitik. Durch Reformen im Grundschulwesen, in der höheren Schulbildung und im tertiären Bildungssektor sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um dem

steigenden Bedarf der Wirtschaft nach Fach- und Führungskräften Rechnung zu tragen.

Die dritte Säule beschäftigt sich mit notwendigen Reformen für die Steigerung der Fähigkeiten der politischen Staatsführung und ihrer nachgeordneten administrativen Verwaltungsebene. Aus Sicht des PtP-Planes ist gerade die dritte Säule der Reformbemühungen ein zentrales Element für die kreditwürdige Außenwahrnehmung des palästinensischen Staates bei den internationalen Kapitalmärkten und ihren Gläubigerbanken.

## Land für Frieden

Nachdem der Sechstagekrieg im Juni 1967 beendet worden war, befasste sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit einer Art „Nachkriegsordnung“. Diese Befassung mündete in die Verabschiedung der VN-SR Resolution 242/1967. Das dieser Resolution zugrundeliegende Prinzip wurde in sämtlichen internationalen Initiativen der folgenden Jahrzehnte quasi zu einem Dogma erhoben; Es lautet: „Land für Frieden.“ Die aus Sicht Israels folgenschwere Problematik dieser dogmatischen Ordnung entsteht in der Textinterpretation. Die VN-SR Resolution 242/1967 wurde seitens der Vereinten Nationen in mehreren Sprachen verfasst. Relevant sind dabei die beiden Amtssprachen der VN-SR Mitglieder Vereinigtes Königreich und Frankreich. Während im englischen Resolutionstext wörtlich von einem „Rückzug aus Gebieten“ die Rede ist, spricht der französische Aufruf inhaltlich von dem „Rückzug aus den Gebieten“.

Israels schmalste Stelle im Kernland beträgt nur rund 14 km Breite. Damit ist ein Verteidigungsdispositiv mangels operativer Tiefe nicht zu realisieren. Einem allfälligen arabischen Gegner, welcher sich entschließt, aus dem Gebiet der Westbank anzugreifen, ermöglicht dies einen Geländeüberblick bis an die Mittelmeerküste. Für Israel ist daher die klare völkerrechtliche Definition der Westbank und die unabhängig davon zu erfolgende permanente militärische Kontrolle eine „Fahnenfrage.“

Damit war und ist eine allfällige israelische Akzeptanz eines politischen Friedensprozesses nach der Dogmatik „Land für Frieden“ unter Berücksichtigung der Grenzen von 1967 auszuschließen.

Der Oslo-Prozess übernahm die israelische Sichtweise als Vorleistung zur Implementierung der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ als politischer Voraussetzung für die Übernahme einer Verantwortung für Teile der Westbank, um so einen Abzug der IDF aus definierten Gebieten des Westjordanlandes zu erreichen. Entgegen der medial transportierten Inhalte besetzen die israelischen Streitkräfte nicht die gesamte Westbank. Ein Zonenmodell definiert Gebiete mit ausschließlich palästinensischer Polizei- und Zivilkontrolle, Gebiete

mit israelisch - palästinensischer gemischter Polizeikontrolle aber ausschließlich palästinensischer Zivilverwaltung und zu guter Letzt definiert das Modell einen Bereich mit israelischer Polizei- und Zivilkontrolle.

In der im Jahre 2012 durchgeführten demographischen Analyse schätzte man die Bevölkerungszahl der Westbank auf insgesamt 2,4 Millionen Bewohner, wovon 83 % Palästinenser und 17 % jüdische Glaubensangehörige zu sein schienen.

### **Die Bewertung des Planes „Peace to Prosperity“**

Die Administration Trump durchbrach mit der Vorlage des PtP-Planes die politische Tangente im Umgang mit der Palästina-Israel Problematik und versuchte es mit einer wirtschaftspolitischen Annäherung. Dabei rüttelte er nicht an der israelischen sicherheitspolitischen Konstante, welche seit dem Wahlsieg der HAMAS im Gazastreifen im Jahre 2010 lautet, dass man es nicht mit *einer* palästinensischen Entität zu tun habe, sondern – politisch gesprochen – mit zwei unterschiedlichen Entitäten in unterschiedlichen Räumen. Diese werden aus israelischer Sicht mit den beiden Kunstwörtern „Hamastan“ und „Fatahstan“ umschrieben. Während mit „Hamastan“ nicht verhandelt und militärisch der größtmögliche Druck aufrechterhalten wird, wird mit „Fatahstan“ kooperiert. Dies betrifft bilaterale wirtschaftliche Aspekte der täglichen Koexistenz, wie das Erteilen der Arbeitserlaubnis für palästinensische Arbeitnehmer, welche ihrer täglichen Arbeit auf israelischem Gebiet nachgehen wollen, der Klärung der Fragen zum Steuerwesen, zu Zoll- und Einfuhrbestimmungen, Energielieferungen und ähnlichem.

„Hamastan“ bezeichnet den Gazastreifen, „Fatahstan“ bezeichnet die Gebiete der Westbank mit Ramallah als „Hauptstadt“. Eine mögliche ZSL wird immer mit der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ verhandelt, welche intern jedoch seitens der HAMAS kein (wirkliches) Verhandlungsmandat für die palästinensische Seite im Gazastreifen besitzt. Der PtP-Plan erkennt dieses Faktum an und erwähnt als Verhandlungsvorleistung die Auflösung dieses „innerpalästinensischen politischen Schismas“.

Jüngste Entwicklungen seitens der Palästinensischen Autonomiebehörde und der HAMAS lassen eine diesbezügliche politische „Bewegung“ erkennen. Das Politbüro der HAMAS ließ im Dezember 2020 verlautbaren, dass es gemeinsamen Wahlen zustimmen würde. Das Büro erklärte darüber hinaus im Jänner 2021, den festgelegten Wahltermin im Mai 2021 zu akzeptieren und diesen für die Wahlkreise im

Gazastreifen vorbehaltlos unter Berücksichtigung der Wahlordnung der Palästinensischen Autonomiebehörde einzuhalten.

Anders verhält es sich beim Adressieren der religiösen Aspekte einer möglichen Lösung. Hier unterscheidet sich eine europäische Sichtweise doch sehr von der US-amerikanischen Annäherung. Während aus europäischer Perzeption Religion keine Frage für die Politik zu sein hat und auch immer getrennt von dieser zu sehen ist, nimmt im PtP-Plan die religiöse Frage (notgedrungen) einen breiteren Raum ein. Dies ist dem Umstand geschuldet, wonach im Nahen Osten diese „laizistische Konstante“ schlichtweg denkunmöglich ist.

Ein Schwenk von der Dogmatik hin zur räumlichen Aufteilung beispielsweise in Jerusalem zeigt, dass die Klagemauer der Juden, die Al-Aqsa Moschee der Muslime und der Felsendom der Christen in ein und demselben Viertel, teilweise sogar Teil desselben Bauwerkes sind. Aus religionsperspektivischer Sicht ist der Nahostkonflikt unlösbar: Weder im Diesseits noch im Jenseits! Dazu kommt, dass der „Glaubens- und Religionsbegriff“ in der muslimischen Welt differenziert zu unserem christlichen Verständnis definiert wird. Aus religiöser Sicht haben daher nicht die Palästinenser ein Problem mit dem Status von Jerusalem, sondern die Gemeinschaft der Muslime – die so genannte „Ummah“.

Neben Mekka und Medina in Saudi-Arabien ist Jerusalem die drittichtigste heilige Stätte im Islam. Mohammed fuhr von Mekka in den Himmel auf und reiste nach Jerusalem. Dort traf er auf Abraham, Moses und Jesus und betete. In Jerusalem trat er ebenso seine endgültige Himmelsreise an.

Die Trump-Administration erfüllte den langgehegten Wunsch klerikaler Kreise in den USA, ihre diplomatische Vertretung nach Jerusalem zu verlegen. Dies geschah sowohl aus innenpolitischen Gründen, hatte jedoch auch Signalwirkung an die israelische Administration. Man generierte dadurch ein innerislamisches Problem und nahm die Folgewirkung in Kauf. Durch Gespräche im Vorfeld konnte vermieden werden, dass ein lokaler Konflikt Kraft seiner Religionsspezifika auf eine regionale/globale Ebene gehoben wurde. Dies war jedoch über Jahrzehnte neben machtpolitischen Aspekten das grundsätzliche Problem des Nahostfriedensprozesses. Für den PtP-Plan ist daher nicht die palästinensische Sache von überregionaler Bedeutung, sondern die muslimische Sache, die „zufällig“ mit der palästinensischen Sache im Umgang mit dem Staat Israel ident ist.

Dies ist ein bemerkenswerter Umstand, welcher durch den Friedensschluss der Vereinigten Arabischen

Emirate und des Königreiches Bahrain mit dem Staat Israel untermauert wurde. Der Friedensschluss selbst nimmt darauf sogar in seiner Namensgebung Bezug und wird als „Abraham Accord“ titulierte.

Aspekte der Religion mussten daher aus US-Sicht zwingend Teil des Diskurses sein, weil der Staats- und Religionsbegriff in der Mehrzahl der muslimischen Länder nicht zu trennen ist. Die israelische Dogmatik des „Hamastan“ versus „Fatahstan“ wäre im Falle des dauerhaften Friedensschlusses ebenso obsolet.

Israel wird mittelfristig an der palästinensischen Frage gemessen werden, welche sich im Gleichklang mit den damals ausformulierten US-Positionen befindet. Die im Jahr 2020 geplante Annexion von (oder Verwaltungsausweitung auf) rund 30% der Westbank war daher niemals eine juristische interpretatorische Frage für Völkerrechtsexperten, sondern besaß und besitzt hohen Symbolcharakter und Potenzial für einen weiteren regionalen Konflikt.

### **Ausblick**

US-Präsident Bidens erste Ausgestaltung der Nahostpolitik wird sich in Grundzügen vor allem an einer Neuausrichtung der US-Iranpolitik messen lassen müssen. In Bezug auf den Nahostfriedensprozess ist daher von keinerlei radikalem Kurswechsel auszugehen. Mit dem Vertrauensaufbau der neuen Administration zur israelischen Spitzenpolitik ist auch keine Revision des PtP-Planes zu erwarten. Da der Plan mehrere Friedensschlüsse in der Region als „Vorleistung“ bereits realisieren konnte, stehen sowohl israelische wie auch innerarabische Interessen im Zentrum des zukünftigen realpolitischen Handelns. Diese gemeinsamen Interessen „am Altar der palästinensischen Frage“ zu opfern bleibt daher wenig wahrscheinlich.

Aktuell laufen daher sämtliche Initiativen des PtP-Planes und der begleitenden Diplomatie ausschließlich auf eine Umsetzung im Rahmen einer ZSL hinaus.

Völkerrechtlich zielen auch alle fundamentalen Bemühungen der Internationalen Gemeinschaft auf die ZSL ab. Die „Palästinensische Autonomiebehörde“ speist ihre Legitimität aus der grundsätzlichen Anerkennung der Palästinenser als ein Staatsvolk. Dieses Volk hat eine Staatsidee, eine Flagge und eine Sprache. Es steht daher grundsätzlich ja „nur mehr“ die Ausgestaltung des Staatsgebietes „im Weg“. Hier einen Rückzieher zu machen und sich dem Staat Israel zu assimilieren, wenn auch ggf. mit starken Minderheitenrechten, ist aktuell unrealistisch.

In der Frage der Demographie gilt diese ZSL ebenso als realistische Variante. Die israelischen Araber haben in der 120-sitzigen Knesset einen Stimmenanteil von sechs bis acht Prozent. Werden „die Palästinenser“ nun zu

Bürgern Israels, würde sich die Mandatszahl unter den arabischstämmigen Wählern massiv zu deren Gunsten verschieben. Zusammen mit den ultra-orthodoxen Juden, welche aus religiösen Gründen den Staat Israel ablehnen, aber ebenso eine politische Vertretung unterhalten, würde man das Staatsgefüge auf Ebene der Legislative gefährlich unterminieren.

Dies beträfe auch die Innere Sicherheit, wo Reisefreiheit, der Zugang zum öffentlichen Dienst, die Wehrdienstverpflichtung in den Israelischen Streitkräften und die juristische Bandbreite der Bürgerrechte nach israelischem Verwaltungs- und Verfassungsrecht auch den palästinensisch-stämmigen Israelis offenstehen würden. Dies zu verhindern und damit „Bürger zweiter Klasse“ zu generieren, hätte die Fortsetzung des Konfliktes mit anderen Mitteln zur Folge.

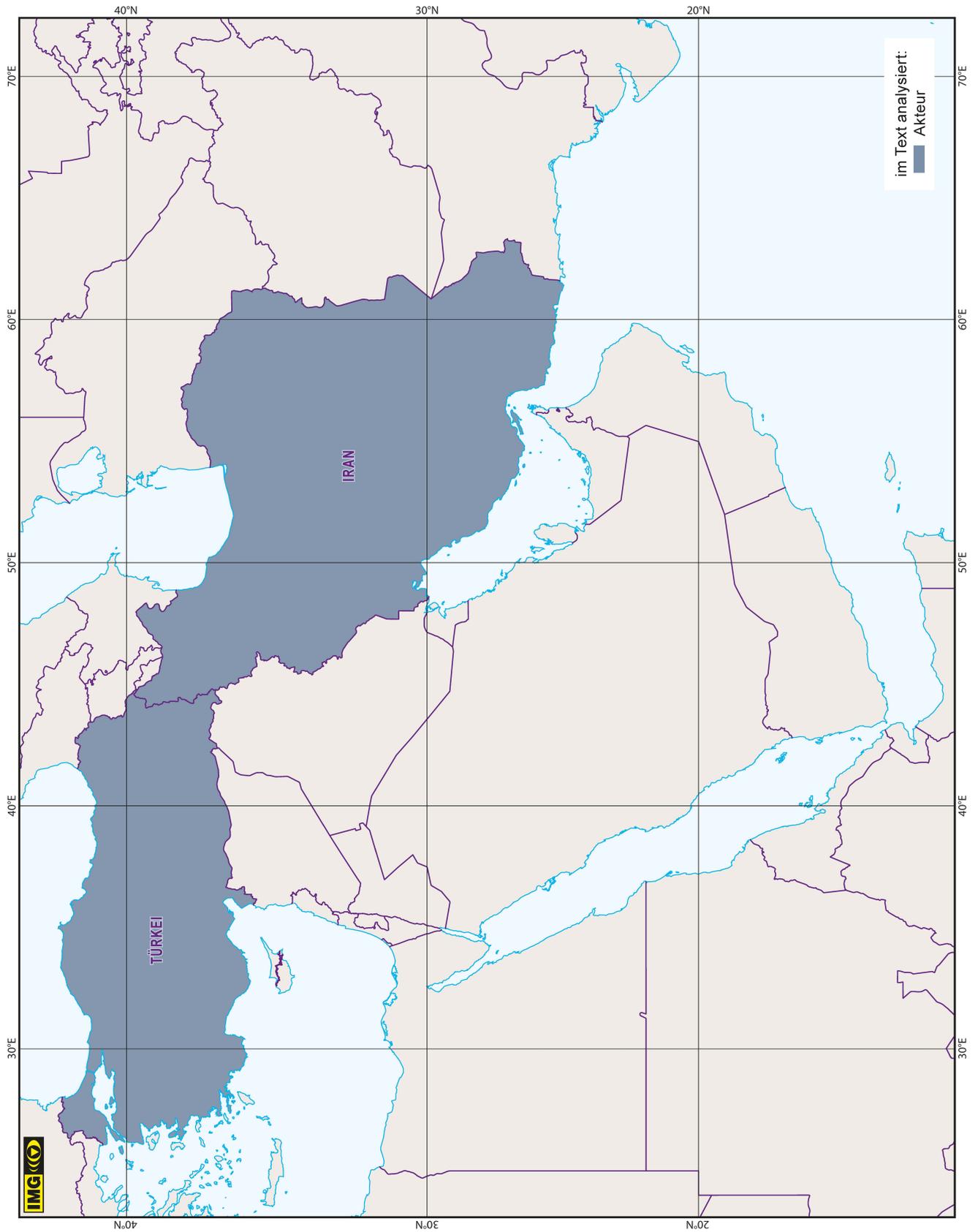
Neben all diesen Fragen kommt auch die volkswirtschaftliche Komponente zum Tragen. Eine Einverleibung des Gazastreifens und der gesamten Westbank in das israelische Staatsgebiet hätte ungeahnte Auswirkungen auf die öffentliche Hand. Das Nachziehen der Infrastruktur (Kanal, Müll, Wasser, Straßen, Gesundheitswesen, Krankenkasse, etc.) würde die israelische Wirtschaft an den Rand der Insolvenz bringen. (Im Status Quo kann die „Palästinensische Autonomiebehörde“ als auch die HAMAS auf große Hilfszahlungen der Internationalen Gemeinschaft und auf Spenden zählen, welche dann – bei Gesamtkapitulation gegenüber „dem Erzfeind“ – sofort ausbleiben würden.)

Schlussendlich bleibt die Jerusalem-Frage und damit die Frage nach der Zukunft der geteilten Stadt bestimmend. Hier bleibt der PtP-Plan bewusst wagen, um den Verhandlungen nicht zu sehr vorzugreifen. Eine internationale Mandatierung und ggf. internationale Verwaltung und Kontrolle der inneren Sicherheit ist zwar ein spekulativer Ansatz, welcher jedoch nicht gänzlich unrealistisch wäre. Dies ist vor allem eingedenk der Tatsache zu betrachten, dass die grundsätzliche israelische Administration in Tel Aviv disloziert ist. Jerusalem bleibt für alle Muslime eine der bedeutendsten Städte in der islamischen Welt, im Arabischen heißt die Stadt *al-Quds* „Die Heilige“

Ein sozialpolitischer Vorteil in Jerusalem ist jedoch der Umstand, dass seine Bürger in einer Art religiösen Koexistenz sozialisiert worden sind und des jahrhundert-/jahrtausendalten Konfliktes überdrüssig geworden sind. Bis auf eine kurze Epoche unter den Römern war Jerusalem nie friedlich, überwiegend besetzt und oftmals umkämpft. Unter den Bürgern der Stadt hätte eine – wie im PtP angedeutete - internationale Stadtverwaltung auch eine Chance auf Akzeptanz.

Letztendlich liegt es an der US-Administration Biden, im Sinne des „Planes“ an die konkreten Verhandlungen zu gehen und diese zu moderieren. Diese Entwicklungen gilt es abzuwarten.

**Stephan Reiner**



Naher Osten

## Entwicklungen in der Türkei und im Iran

Die Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten Joe Biden im November 2020 stellt insoweit eine Zäsur für die Nah- Mittelostregion dar, als alle Regierungen bzw. Machthaber ihre politischen Möglichkeiten neu evaluieren und der Zeitpunkt für allfällige Kurskorrekturen günstiger nicht sein könnte. Im Gegensatz zu den westlichen Meinungseliten, die mit dem Ende der Ära Trump und dem Amtsantritt der Biden-Harris Administration große Hoffnungen verknüpfen, sind die Reaktionen in der Region viel zurückhaltender. Denn für die unsichere strategische und politische Lage in der Region trägt nicht die Administration Donald Trumps die Verantwortung, vielmehr ist sie die Folge der amerikanischen Intervention im Irak von 2003, zu deren Konsequenzen das Ende des Irak und Syriens als Militärmächte, der Aufstieg des IS, die – relative – Erstarkung des Iran und der Türkei als Regionalmächte und die Aktualisierung der Kurdenfrage zählen.

### **Türkel**

Die Türkei macht eine Serie innen- und außenpolitischer Krisen durch. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, dass die Regierung – d.h. das Regime Erdoğan – sich in den nächsten Monaten trotz hoher innenpolitischer Volatilität stabilisieren und seine internationale Stellung halten bzw. ausbauen kann. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan treibt seit dem gescheiterten Putsch von 2016 die Umgestaltung des türkischen Systems in einen typischen Führerstaat orientalischer Prägung unvermindert voran. Der neue, unter seiner Ägide erbaute Palast (Saray) und die dort angesiedelte Präsidialbürokratie wird immer mehr zum Zentrum der Regierungsführung. Dadurch wurde zunächst das Parlament und nun auch immer mehr die Justiz ausgehebelt. Entscheidungen der Verwaltungsgerichte, wie die Abberufung unliebsamer Bürgermeister, vor allem in den Kurdengebieten, werden durch Sicherheitsgesetze gerechtfertigt, weithin aber als reine Willkürakte verstanden. Das gleiche kann über die Inhaftierung des kurdischen Oppositionspolitikers Salahettin Demirtaş oder des erfolgreichen Unternehmers und Kulturmäzen Osman Kavala gesagt werden. Ähnlich selbstbewußt ging der Präsident 2021 bei der Ernennung eines neuen Rektors für die prestigeträchtige Boğaziçi Universität vor, als er ein AKP Mitglied anderen geeigneten Kandidaten gegenüber bevorzugte, was zu heftigen Protesten der Studenten und des Mittelbaus führte. Das wiederum veranlasste Präsident Erdoğan, die Gattin Kavalas, die international renommierte und an der Boğaziçi Üniversitesi lehrende Professorin Ayşe Buğra, öffentlich anzugreifen. Ziel dieses und ähnlicher Angriffe sind vor allem unabhängige

akademische und Beamtenkarrieren, die direkt an die Existenz eines säkular-republikanischen Systems gebunden sind, das individuelle Leistung honoriert. Dem steht die orientalische Auffassung Erdoğan gegenüber, der mit Unterstützung des Koalitionspartners die AKP dazu benutzt, ein Netz aus auf ihn eingeschworenen Klientelbündnissen über den öffentlichen Dienst zu legen, um so die Durchgriffsmöglichkeiten des Palastes auf Dauer zu garantieren. Klientelloyalitäten stehen somit gegen Expertise. Das bekam unter anderem die türkische Ärztekammer (Tabipler Odası) zu spüren. Sobald ihre Vertreter der Regierung im Zuge der Coronakrise widersprachen, wurde sie von Devlet Bahçeli, dem Vorsitzenden der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP), als kommunistische Hochburg diffamiert und ihre Schließung gefordert. Mittelfristig dürften derartige Maßnahmen das neue Regime stabilisieren, gleichzeitig erodieren jedoch die republikanischen Fundamente des Staates.

Dass Erdoğan unter Druck steht, wurde spätestens bei den Gemeinderatswahlen 2019 klar, als seine Partei die wichtigen Metropolen wie Istanbul und Ankara verlor. Allerdings gelang es der Opposition bis jetzt nicht, eine glaubwürdige Strategie gegen Erdoğan zu entwickeln und den Unmut der Bevölkerung über die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Massenarmut in politische Energie umzuwandeln. Dessenungeachtet ist eine ansonsten kaum verständliche Entscheidung des Präsidenten nur vor dem Hintergrund einer gewissen Nervosität und Verunsicherung im Regime zu lesen: die auf Bitten des Koalitionspartners durchgeführte Begnadigung des Mafiabosses Alaettin Çakıcı im April 2020. Die guten Kontakte der MHP und ihres militanten Flügels „Graue Wölfe“ ins Mafiamilieu sind allgemein bekannt. Çakıcı stammt selbst aus der MHP und ist mit Parteichef Devlet Bahçeli befreundet. Ebenso bekannt und gut dokumentiert sind die Überschneidungen dieses Milieus mit Teilen des Sicherheitsapparats, wofür türkische Journalisten den Ausdruck „tiefer Staat“ (*derin devlet*) prägten. Allerdings schien die politisierende Drogenmafia im Vergleich zu den 1990er Jahren kaum mehr eine Rolle zu spielen, auch wenn vereinzelt exzentrische Figuren aus dem Milieu die Öffentlichkeit suchten. Im Herbst 2020 kam es zu weiteren Enthüllungen aus dem Drogenmilieu, im Zuge derer ein kompliziertes von Afghanistan bis Europa gesponnenes Netz um einen iranisch-kurdischen Drogenbaron enthüllt wurde. In Expertenkreisen ist längst bekannt, dass im Drogenhandel die Türkei für Europa dem entspricht, was Mexiko für die USA ist. Um so mehr fällt die stille Reaktion der Europäer auf, die dieses Thema in der Öffentlichkeit kaum diskutieren. Ebenso schwach fielen die europäischen Reaktionen auf die willkürlichen Verhaftungen Kavalas und Demirtaş aus, bei denen es sich um kaum mehr als Symbolpolitik handelte. Damit wurde ausgedrückt, dass Erdoğan innenpolitisch

weiterhin *carte blanche* hat. Der Grund hierfür liegt in der geostrategischen Bedeutung des Landes.

Im Gegensatz zur Jahreswende 2019/2020, als es schien, dass Ankara über seine eigene Politik stolpern würde, steht die Türkei heute international gestärkt da. Was überrascht, ist, dass die türkische Führung in der Lage war (bzw. ist) mehrere ineinander verknüpfte Konflikte zu meistern und dabei ein riskantes *va-banque*-Spiel zu betreiben. Das trifft zunächst auf die Konfrontation mit Griechenland zu. Diese entzündete sich an türkischen Gasexplorationen im östlichen Mittelmeer, und zwar in einem Gebiet zwischen der Türkei und Zypern, wo gegenseitige Ansprüche auf die Hoheitsgewässer bestehen. Die Möglichkeit einer Konfrontation oder gar eines Konfliktes erhöhte sich, als in den letzten Jahren allen Beteiligten klar wurde, dass eine einvernehmliche Lösung zwischen Nikosia, Athen und Ankara immer unwahrscheinlicher wird: Dem von allen Seiten zur Schau getragenen politisch-ökonomischen Pragmatismus standen der ungelöste Zypernkonflikt und die Frage der Hoheitsgewässer gegenüber. Freilich, die Dramatik, mit der das Forschungsschiff „Turgut Reis“ zu Explorationsausfahrten ausgesandt wurde, folgte auch einer gewissen innenpolitischen Dynamik; sei es als nationalistisches Placebo gegen die Frustration der verarmenden Bevölkerung oder sei es, um die Opposition zum nationalistischen Schulterchluss zu zwingen. Vorläufiger Höhepunkt dieser Krise war die Unterzeichnung eines Abkommens mit Libyen über die Demarkation der Wirtschaftszonen zwischen den beiden Ländern, das zulasten Griechenlands ging. Athen konterte mit einem ähnlichen, gegen die Türkei gerichteten Abkommen mit Ägypten. Dieser politische Schlagabtausch wurde von „Klassikern“ der nationalistischen Politik in Ankara und Athen begleitet, wie regelmäßigen Luft- und Seeraumverletzungen. Im Sommer 2020 verkündete Erdoğan einer überraschten Öffentlichkeit, dass ein anderes Forschungsschiff im Schwarzen Meer ein Gasdepot entdeckt habe, das östliche Mittelmeer also nicht mehr von zentraler Bedeutung sei. In den folgenden Monaten ließen die Spannungen im östlichen Mittelmeer merklich nach, ohne ganz zu verschwinden.

Das hängt vor allem mit einer über die letzten Jahre entstandenen informellen Allianz zwischen Griechenland und Frankreich zusammen. Frankreich zeigte sich von der erfolgreichen Politik Ankaras in Afrika irritiert. Neben seiner aktiven und erfolgreichen Ostafrikapolitik baute Ankara seinen Einfluss in Westafrika aus, wo die Türken vor allem auf Kooperation mit islamistischen Gruppen setzen. Für Schlussfolgerungen, wie nachhaltig die türkische Präsenz im Hinterhof Frankreichs ist, scheint es noch zu früh zu sein. Dennoch kann dieser Aspekt vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Libyen nicht ignoriert werden. In Libyen gelang Ankara die Stabilisierung der international anerkannten

Regierung gegen die Milizen des von Frankreich und Russland unterstützten General Haftar. Die aktive Unterstützung Frankreichs für die griechische Position, die sich auch in gemeinsamen militärischen Übungen äußert, ist daher hauptsächlich vor diesem geostrategischen Hintergrund verständlich. Immerhin gelang es Ankara, die EU in Libyen vorzuführen, weil Italien ebenfalls auf Seiten der libyschen Regierung steht und damit, indirekt, zum Partner der Türkei wurde. Außerdem pflegen Moskau und Ankara einen intensiven bilateralen Dialog über Libyen und tragen somit aktiv zur Konfliktsdeeskalation bei, wozu die EU, aus türkischer und russischer Sicht nicht in der Lage ist. Die Situation in Libyen stärkt ohne Zweifel die türkische Position gegenüber der EU. Zwar wurden die Beitrittsverhandlungen 2019 suspendiert, aber nicht abgebrochen. Ein Grund dafür sind die globalen Migrationsströme, die über die Türkei laufen und vor allem Griechenland vor nahezu unlösbare Probleme stellen. Allerdings herrscht in Athen großes Verständnis für den Migrationsdruck unter dem die Türkei steht. Griechenland wird daher versuchen, bei entsprechender politischer Flexibilität Ankaras den Türken in europapolitischen Fragen entgegen zu kommen. Darauf drängen jetzt schon wichtige Staaten wie Deutschland, Italien oder Spanien.

Eng verknüpft mit der Migrationsfrage ist die Lage in Syrien. Die Türkei verfolgte von Anbeginn an zwei Strategien in Syrien. Assad gegenüber sah sich Ankara mit den Europäern und den USA auf einer Seite. Ankara unterstützte einen Teil der syrischen Opposition – darunter problematische Gruppen – um den Sturz des Regimes zu erwirken und in weiterer Folge gemäßigte Moslembrüder einzusetzen. Diese Politik gedieh nicht weit und ließ Ankara mit einer losen Koalition von islamistischen Gruppen zurück, die in der Region Idlib konzentriert blieben. Gleichzeitig versuchte Ankara, die PKK Ableger in Syrien zu isolieren und wenn möglich, zu neutralisieren. Durch die amerikanische Kooperation mit der kurdischen YPG scheiterte auch diese Politik und Ankara marschierte 2018 in Afrin (Kurd Dagh) und ein Jahr später in einen eines dünnbesiedelten Streifens von Akçakale/Tell Abyadh bis Ceylanpınar ein, den es seither hält. 2020 stabilisierte sich der Konflikt in den Rojava genannten syrischen Kurdengebieten insoweit, als sich die Türkei mit Russland, den USA und den Syrern (indirekt wohl auch mit der Selbstverwaltung im Rojava) auf Modalitäten des Grenzmanagements einigte. Nur mehr von Qamishlou/Nusaybin bis an die irakische Grenze stehen sich türkische und YPG-Kräfte direkt gegenüber. Seither scheinen beide Seiten auf Konfliktvermeidung bedacht. Damit hat Ankara den syrischen Kurden gegenüber zwei Ziele erreicht: Abriegelung vom türkischen Hinterland und Offenhalten einer Option für die Wiederansiedlung syrischer Flüchtlinge in von der Türkei gehaltenen Gebieten. Das

mag auf den ersten Blick nicht viel erscheinen, doch damit hat die türkische Intervention in Syrien erreichbare militärische Ziele verwirklicht und der türkischen Diplomatie eine solide Ausgangsposition verschafft.

Im Kampf gegen die eigentlichen Kräfte der PKK bedeutet dies, dass sich Ankara auf die nordirakischen Kurdengebiete konzentrieren kann und sowohl in der heiklen Region Sinjar an der syrisch-irakischen Grenze als auch im eigentlichen Kurdengebiet den Druck auf die PKK erhöhen kann. Die zentralen Elemente der Organisation (Kommunikation und Propaganda, Archiv, Sicherheitsapparat, Rast- und Ruheräume...) sind in einer Reihe von schwer zugänglichen Höhlen und Bunkeranlagen untergebracht, die als uneinnehmbar gelten. Die Besonderheiten des dortigen Gebirgskrieges begünstigten bisher die Kämpfer der PKK, die bis vor kurzem in 20er und 30er Gruppen ohne Probleme die Türkei infiltrieren konnten. Das veränderte sich durch den erfolgreichen Einsatz von Drohnen, zuerst Aufklärungs- dann Kampfdrohnen. Dadurch musste die PKK eine Reihe von militärischen Niederlagen in den Gebieten hinnehmen, die sie bisher als absolut sicher angesehen hatte. Ankara wiederum wandte diese Erfahrungswerte erfolgreich auf anderen Schauplätzen an: in Syrien, Libyen und zuletzt im Kaukasus.

Vor einer Explosion des eingefrorenen Konflikts zwischen Armenien bzw. dem von Armenien kontrollierten Berg-Karabach und Aserbaidschan wurde in regelmäßigen Abständen gewarnt, als es dann im Herbst 2020 so weit war, zeigte sich die Mehrheit der Beobachter jedoch überrascht. Die engen politischen und militärischen Beziehungen zwischen Ankara und Baku sind kein Geheimnis, auch nicht, dass der reiche Aserbaidschan seit Jahren rüstet und unter anderem in Israel und der Türkei einkauft während das ärmliche Armenien von russischer Hilfe abhängig ist. Trotz anders klingender Propaganda im Land, hat die Türkei nie die Absicht gehabt, die territoriale Integrität Armeniens zu verletzen. Vielmehr beschränkte sich Ankara auf die Unterstützung der völkerrechtlich validen Forderung Aserbaidschans, seine Autorität wieder auf die Provinz Karabach auszudehnen. Dass die Türkei diesmal aktiv in das Geschehen eingriff und sogar Söldner aus Syrien in den Kaukasus sandte, war nicht abzusehen. Vermutlich spielen Gerüchte über Kontakte Armeniens zur PKK im Irak und zur YPG in Syrien, in deren Reihen eine große Anzahl Armenier kämpft, dabei eine Rolle. Der erfolgreiche Drohneinsatz Ankaras im Karabachkrieg führte der Welt zunächst die Leistungsfähigkeit der türkischen Waffenindustrie vor Augen. Ebenso wichtig ist jedoch, dass Ankara von Aserbaidschan und Russland gleichermaßen als Partner im Kaukasus betrachtet wird, wenn auch, im Falle Russlands, mit Vorbehalt.

Moskau und Ankara konnten in den letzten Jahren erfolgreich ihre Gegensätze meistern und Eskalationen vermeiden, ohne deswegen eine strategische

Partnerschaft mit den dazugehörigen Verpflichtungen eingehen zu müssen. Eine wichtige Ausnahme war jedoch die Beschaffung der russischen S-400 Raketen durch die Türkei, was sofort zu einer großen Krise in der NATO und dem Ausschluss der Türkei aus dem F-35-Entwicklungsprogramm führte. Rückblickend wirkt der gesamte Beschaffungsvorgang jedoch eher als missglücktes politisches Manöver, denn als militärische Umorientierung. Denn zu keinem Zeitpunkt wurde von Ankara erwogen, die NATO zu verlassen oder den Bündnisverpflichtungen nicht nachzukommen. Dessen unbeachtet bleibt die Beschaffung der S-400 eine große politische Hypothek den USA und den Bündnispartnern gegenüber, die Ankara nicht einfach wegdiskutieren kann.

Nachdem trotz aller Kritik von westlicher Seite sehr deutlich klar gemacht wurde, dass man weiterhin auf die Partnerschaft mit Ankara setzt, dürften von den vielen bilateralen Schwierigkeiten, die zu lösen sind, vielleicht tatsächlich nur mehr die S-400 übrigbleiben.

### **Iran**

Während des Wahlkampfes und anlässlich seiner ersten außenpolitischen Rede im State Department sprach Präsident Biden davon, mehr auf Diplomatie zu setzen und auf Bündnispartner zu hören. Allgemein wurde deshalb angenommen, dass die USA nun zum Nuklearabkommen (JCPOA) mit dem Iran zurückkehren werden. Noch vor ein kurzem hätte diese Nachricht eine Welle der Hoffnung in der iranischen Bevölkerung ausgelöst. Statt dessen fand diese Botschaft wenig Interesse, weil Vertrauen und Hoffnung auf eine bessere Zukunft durch die Sanktionen schon längst zerstört wurden, die gebildete Mittelschicht rapide verarmt und öffentliche Einrichtungen immer weniger funktionieren. Der Exodus der iranischen Jugend nach Europa hat schon längst eingesetzt. Ein iranischer Präsident, der sich jetzt besonders um eine Verbesserung der Verhältnisse mit den USA einsetzen würde, kann sich daher nicht auf ein öffentliches, durch Wahlen legitimes Mandat der Bevölkerung abstützen.

Davon abgesehen genügen gerade im Fall des komplizierten amerikanisch-iranischen Verhältnisses politische Willenserklärungen nicht, weil in beiden Staaten starke Kräfte vorhanden sind, die einen derartigen Schritt als Fehler, oder gar als Verrat an den eigenen politischen Idealen auffassen. So müssen sich zuerst die politische Rhetorik und die Emotionen in Washington setzen, die noch stark von Ressentiments gegen Donald Trump geprägt sind, was dazu verleitet, die Lösung darin zu suchen, einfach das Gegenteil dessen, was der Amtsvorgänger tat, zu tun.

Das JCPOA war in der Washingtoner Politik immer umstritten. Auch innerhalb demokratischer und liberaler

Kreise gab es kritische Stimmen und Gegner des Abkommens. Viele sind der Ansicht, das Abkommen würde zu viele prinzipielle Fehler zulassen. So seien die iranischen ballistischen Raketen nicht Teil des Abkommens genauso wie Teherans negative Rolle in der Region nicht thematisiert wurde. Dem ist entgegen zu halten, dass die ballistischen Raketen Teherans bewusst nicht Teil des Abkommens sind, weil es sonst vermutlich kein Abkommen gegeben hätte. Und angesichts der einseitigen Entscheidung amerikanischer Entscheidung, das Abkommen zu verlassen, ist von Teheran keine Nachverhandlung mehr zu erwarten.

Dennoch können die USA nicht so einfach dem Nuklearabkommen wieder eintreten. Zum einen, weil nach der Wiederaufnahme der nuklearen Anreicherungstätigkeit Teheran den Geist, wenn nicht den Wortlaut des Abkommens bewusst verletzte. Dieser Schritt wird entsprechend der damaligen iranischen Sicht gleichermaßen logisch wie völkerrechtlich begründet. Daher würde ein Wiedereintritt der USA ohne Rückkehr Teherans zum nuklearen Status Quo Ante als Einverständnis mit dem jetzigen Zustand verstanden werden. Teheran hat von vornherein jegliche Vorleistung ausgeschlossen, sondern stellt sich auf den Standpunkt, dass die USA ihrerseits zuerst mit der Aufhebung der Sanktionen beginnen sollten, wenn ihnen am Nuklearabkommen überhaupt noch etwas liegt. Diese Position läßt sich zunächst als pragmatische Verhandlungsposition erklären. Dafür würde sprechen, dass die Iraner bisher auf die zahlreichen Provokationen des letzten Jahres, wie die Tötung General Soleimani und Abu Mahdi al-Muhandis‘ im Irak und die Ermordung des Nuklearwissenschaftlers Fakhrizadeh mit äußerster Zurückhaltung und Vorsicht reagiert haben. Wenn dies der Fall ist, könnte dies der Beginn einer neuen Verhandlungsrunde über den Wiedereintritt der USA in das Nuklearabkommen sein, nämlich dem Ausverhandeln der Modalitäten zu welchem Zeitpunkt die USA die Sanktionen aufheben und Teheran gleichzeitig die Anreicherungstätigkeit einstellt. So ein Prozess ist technisch vorstellbar, er kann aber sehr leicht von dritter Seite torpediert werden. Schlimmer wäre es jedoch, wenn das iranische Bestehen auf amerikanische Vorleistung auf einer Fehlperzeption beruht, nämlich dass es sich um eine schwache Präsidentschaft handelt und Präsident Biden also aus innen- und bündnispolitischen Gründen letzten Endes doch nicht in der Lage ist, die Sanktionen aufzuheben. Auch dieser Punkt ist nicht ganz von der Hand zu weisen. So wurde der von Biden ausgesuchte Iranbeauftragte Robert Malley sofort von verschiedenen Kreisen als Freund des Regimes diffamiert und die Propaganda gegen prominente Befürworter einer amerikanisch-iranischen Verständigung verstärkt.

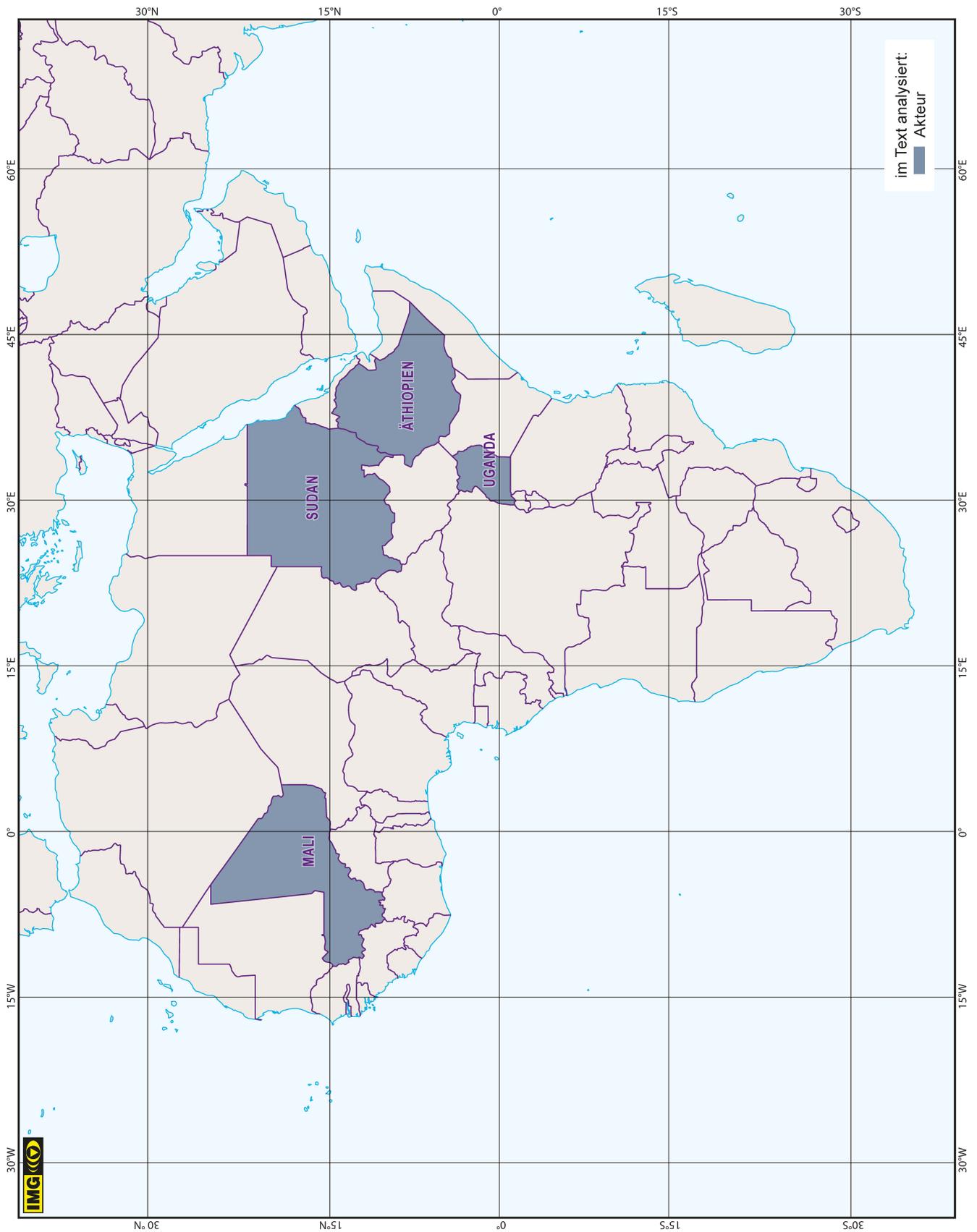
Unter anderem verlangte Präsident Macron in seiner Rede vor dem Atlantic Council, dass ein neuer Vertrag

verhandelt werden müsse, der außerdem Israel und Saudi Arabien „irgendwie“ einbinden müsse. Das würde aber eine neue Dekade harter Verhandlungen bedeuten, denen Teheran nicht zustimmen kann. Mit Saudi Arabien hofft Iran die bilateralen Beziehungen zu verbessern aber von Beziehungen zu Israel will im Iran niemand etwas wissen. Damit bleiben realistischer Weise nur zwei mögliche Verhandlungsverläufe, entweder sofortige (nicht: rasche) Einigung (Stopp der Anreicherung gegen Stopp der Sanktionen) oder mehrere Gesprächsrunden im P5+1 (USA, China, Russland, Frankreich, Großbritannien und Deutschland) Format. Sollte dies der Fall sein, wird es erst im Herbst 2021 zu richtigen Verhandlungen kommen, weil im Juni im Iran Präsidentschaftswahlen stattfinden und der neue Präsident seine Zeit zum Einarbeiten braucht. Damit wären wir in das Jahr 2005 zurückversetzt, damals zögerten die Europäer die Gespräche mit der als schwach beurteilten Regierung Khatami bis zu den Präsidentschaftswahlen hinaus, die dann der Überraschkandidat Mahmud Ahmadineschad gewann...

Regionalpolitisch hat Teheran kaum eine andere Möglichkeit als am bisherigen Kurs festzuhalten. In Afghanistan haben die Iraner schon Gespräche mit den Taliban begonnen, deren Fortgang und Intensität von der Frage des amerikanischen Truppenabzugs abhängt. Der Konflikt in Syrien zehrt an den sanktionsbedingt reduzierten Ressourcen des Landes. Außerdem wird es immer schwieriger, billige Freiwillige aus dem Irak oder Afghanistan nach Syrien zu bringen. Die finanzielle Seite ist dabei ein Problem, das andere sind Maßnahmen, welche die irakische Regierung in den letzten Jahren ergriffen hat. So sind die sogenannten Volksmobilisierungseinheiten, zu denen zahlreiche schiitische Milizen gehören, heute einem strengeren Reglement unterworfen, indem z.B. ihre Angehörigen nur innerhalb der irakischen Grenzen eingesetzt werden können. Auch wenn diese Vorschrift oft umgangen wird, beschränkt sie den Personalpool aus dem Teheran für den Einsatz in Syrien schöpfen kann. Schließlich haben die Sanktionen einen weiteren Effekt auf die iranische Machtprojektion in der Region: Die staatlichen und nichtstaatlichen Partner Teherans wissen über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Iraner Bescheid und nutzen diese zu ihrem eigenen Vorteil. Daher üben sich die Iraner im Attentismus: im Irak warten sie ab, in welche Richtung die von den USA angekündigte Reform des Sicherheitssektors gehen soll, vor allem, wie stark sie gegen iranische Interessen gerichtet ist. Darüber hinaus versuchen die Iraner festzustellen, wie die USA ihr Verhältnis zur YPG in Syrien gestalten wollen und ob den USA daran gelegen ist, diese oder andere PKK-nahe Gruppen in die iranischen Kurdengebiete zu schicken. Vor allem aber ist Teheran über einen möglichen Wiederaufstieg des IS besorgt. Diese Organisation beruht

auf einer revolutionären Idee, die nicht nur im Irak und Syrien, sondern auch bei Sunniten in Europa und im Iran ihre Anhänger hat. So wurde in den letzten Jahren die Zunahme des radikalen Dschihadismus bei den wichtigsten sunnitischen Volksgruppen im Iran, vor allem den Balutschen, Arabern und Kurden festgestellt. Die Anschläge auf das iranische Parlament und das Grabmal Khomeinis 2017 wurden zum Beispiel von arabischen Sunniten aus dem Iran verübt. Sollte der IS im Irak und in Syrien nur annähernd seine alte Stärke zurückgewinnen, müssen die Iraner damit rechnen, dass er seine Aktivitäten auch gegen Iran richten wird indem er Positionen in Afghanistan und Pakistan mit denen im Irak nicht nur über die Golfstaaten, sondern auch auf dem Landweg über Iran verbinden will. Aus Sicht Teherans steht zu befürchten, dass westliche und arabische Staaten diese Gelegenheit nutzen werden, um den Druck auf Iran zu erhöhen indem sie vermehrt die konfessionelle und ethnische Karte spielen. Aus dieser Perspektive gewinnt die neue Annäherung wichtiger Golfstaaten an Israel eine andere Dimension. Vorderhand scheint Teheran zwar alle Entwicklungen in Betracht zu ziehen, aber nicht sehr besorgt zu sein. Das mag sich ändern, wenn die Neuauflage der Nukleargespräche scheitert.

**Walter Posch**



Afrika

## Sub-Sahara Afrika

### **Übergangsregierung in Mali**

Im August 2020 fand in Mali wieder ein Putsch statt, der von weiten Teilen der Bevölkerung begrüßt wurde. Auch die Protestbewegung Mouvement du 5 Juin - Rassemblement des Forces Patriotiques (M5-RFP), die monatelang gegen die Regierung protestiert hatte und über einen großen Rückhalt in vielen Teilen der Gesellschaft verfügt, hat sich positiv zu diesen Veränderungen geäußert. Der politischen Elite war vorgeworfen worden, nichts bzw. zu wenig gegen Korruption und die terroristischen Übergriffe zu unternehmen. Nach einer kurzen Zeit der politischen Unsicherheit einigten sich die wesentlichen militärischen, zivilgesellschaftlichen und politischen Kräfte auf eine Übergangsregierung, die für 18 Monate im Amt bleiben soll. Aufgrund des breiten Konsenses war es für die Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (ECOWAS) und die Afrikanische Union (AU) schwierig, Druck aufzubauen und der Forderung nach Wiedereinsetzung der alten Regierung Nachdruck zu verleihen. Nichtsdestotrotz setzte die ECOWAS durch, dass die Übergangsregierung formal unter ziviler Führung stehen sollte.

Große Veränderungen sind bis zu allfälligen Wahlen spätestens 2023 allerdings nicht zu erwarten. Terroristische Organisationen im Norden sind weiterhin aktiv und basieren nicht nur auf religiösen Ideologien, sondern auch auf ethnischen Zugehörigkeiten. Auch die Anzahl der Anschläge auf Angehörige und Institutionen des internationalen Krisenmanagements, wie etwa der UNO, nimmt nach wie vor nicht ab. Extreme Wetterverhältnisse setzen der Landwirtschaft zu und die COVID-19-Pandemie zeigt auch in Mali Auswirkungen, wenngleich sich die vulnerablen Gruppen von jenen in der nördlichen Hemisphäre unterscheiden.

Allerdings sind einige Entwicklungen in Mali nicht nur von den politischen Entwicklungen im Land selbst abhängig. Gerüchten zufolge könnte Frankreich seine Präsenz in der Region verringern. Die Operation Barkhane, die 2020 verstärkt worden war, soll nach den Erfolgen desselben Jahres, wieder auf die ursprüngliche Stärke reduziert werden.

### **Horn von Afrika**

Die sicherheitspolitischen Entwicklungen am Horn von Afrika haben sich während des letzten Jahres dynamisiert. Abseits der COVID-19-Pandemie wurden zahlreiche Weichen für Entwicklungen gestellt, die noch in den kommenden Jahren verstärkt nachwirken werden. Dazu zählen die eskalierenden Konflikte innerhalb Äthiopiens

ebenso wie der Abzug der UNO aus Darfur (Sudan), die eritreische Einflussnahme in Tigray (Äthiopien) oder die Reduktion der Truppen der USA und Äthiopiens in Somalia.

Auf Wunsch der sudanesischen Regierung wird UNAMID von der UNO beendet. Die Resolution 2559 (2020) legt das Ende der Mission mit 31. Dezember 2020 fest. Bis Mitte 2021 sollte der Abzug der Mission abgeschlossen sein. Klassische militärische Auseinandersetzungen zwischen Rebellen und Streitkräften sind schon seit längerem eingestellt. Interethnische Konflikte zwischen nomadisierenden Gruppen und Bodenbauern haben sich jedoch nicht normalisiert. Während der letzten Monate wurde sogar ein Anstieg gewaltsamer Auseinandersetzungen beobachtet. Von der Bevölkerung in Darfur wird befürchtet, dass die Gewalt mit dem Abzug von UNAMID wieder zunehmen wird. Dass die sudanesischen Regierung in der Lage sein wird, mit ihren Sicherheitskräften ein gewisses Maß an Stabilität in Darfur aufrechtzuerhalten, wird von vielen Menschen in Darfur bezweifelt. Dafür gibt es durchaus gute Gründe: Die innenpolitische Situation im Sudan ist nach wie vor nicht besonders stabil und je näher die Wahlen rücken, die Ende 2022 stattfinden sollen, desto fragiler könnte sie werden. Zusätzlich werden sich die regionalen Herausforderungen verstärken.

Obwohl auch der Sudan vom äthiopischen Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD) betroffen ist, dürften die Vorteile für den Sudan überwiegen. Viel mehr Konfliktpotential liegt jedoch in der Grenzziehung mit Äthiopien. Die fruchtbare al-Fashaga Region ist seit Jahrzehnten umstritten. Der Sudan argumentiert, dass laut Kolonialverträgen das Gebiet zum Sudan gehört, allerdings leben dort vorwiegend Äthiopier. Beide Staaten beschuldigen einander zunehmender Feindseligkeiten. Ein begrenzter militärischer Konflikt rückt in den Bereich des Möglichen. Insbesondere wenn der innenpolitische Druck in beiden oder in einem der beiden Staaten stärker wird, könnte dies als Mittel zum nationalen Zusammenhalt genutzt werden.

### **Äthiopiens Konflikte**

Äthiopien war während der letzten Jahre eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften Afrikas und Prognosen deuten darauf hin, dass sich das 2021 vorerst ändern dürfte und ein Null-Wachstum zu erwarten ist. Grund dafür sind zum einen die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie und zum anderen die politischen Entwicklungen im Land. Während davon auszugehen ist, dass bis 2022 die Pandemie auch in Äthiopien unter Kontrolle gebracht werden kann, weisen die politischen Entwicklungen eher in eine andere Richtung. So ist der Internationale Währungsfond vor dem Ausbrechen der

Gewalt in Tigray in seinem schlechtesten Szenario noch von einem Wachstum von 3,1% ausgegangen.

Ethnopolitische Konflikte im Inneren sowie Konflikte mit den Nachbarstaaten könnten in den kommenden Jahren größere Auswirkungen haben.

Der jüngste Konflikt mit der Region Tigray war das Ergebnis einer Entwicklung der letzten Jahre, hat aber auch weit zurückreichende historische Wurzeln. Die Situation eskalierte nach einem Angriff auf das Northern Command der äthiopischen Streitkräfte in Tigrays Hauptstadt Mek'ele. Allerdings ist dieser Konflikt nur einer von mehreren gewaltsamen Konflikten, die sich auf ethnonationalistische Entwicklungen zurückführen lassen. In der Provinz Oromia ging die Zentralregierung im Rahmen von Operationen zur Strafverfolgung mit äußerster Härte vor und wurde von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert.

Dieser Konflikt könnte ebenfalls Konsequenzen in einem Nachbarstaat sowie in den bilateralen Beziehungen haben. Die Bekämpfung der Oromo Liberation Front (OLF) droht sich nach Nordkenia auszubreiten und Erinnerungen an den Ogaden-Krieg 1977/78 werden wach. Auch in diesem Fall gehörten ethnische/ethnonationalistische Tendenzen zu den Auslösern.

Premierminister Abiy Ahmed Ali galt bei seinem Amtsantritt im April 2018 der Mehrheit der Äthiopier als Hoffnungsträger. Ihm wurde zugetraut, die innerstaatlichen Konflikte zu bewältigen. International wurden nach dem Friedensschluss mit Eritrea ebenfalls große Hoffnungen in ihn gesetzt. Diese Erwartungen konnte er nicht erfüllen, zum Teil auch deshalb, weil Frieden auf der einen Seite Konflikte auf einer anderen nach sich ziehen musste. Das Friedensabkommen mit Eritrea bedeutet beispielsweise, dass sich die Beziehungen zur Tigray People's Liberation Front (TPLF) verschlechterten, da die Eritrean People's Liberation Front (EPLF) die TPLF für den Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien verantwortlich gemacht hat. Diese Animositäten reichen weit zurück und haben dazu geführt, dass die TPLF, die bis vor fünf Jahren die politischen Spitzenfunktionäre in Addis Abeba gestellt hat, für die Vergangenheit verantwortlich gemacht wurde.

Die militärische Operation in Tigray begann am 03.11.2020 und wurde bereits am 28.11.2020 von Premierminister Abiy Ahmed für beendet erklärt. Allerdings hat dies nicht zum Ende der Feindseligkeiten und der gewaltsamen Auseinandersetzungen geführt. Diese setzen sich in geringerer Intensität fort, waren aber insofern aus äthiopischer Sicht erfolgreich, als führende TPLF-Politiker getötet werden konnten.

Der Grenzkonflikt mit den Sudan scheint sich jedoch zu verstärken und die Flüchtlinge kehren nach wie vor kaum in ihre Herkunftsregion zurück. Dies führt nicht nur zu Flüchtlingslagern in Äthiopien selbst und im

benachbarten Sudan, sondern wird auch Einfluss auf die landwirtschaftliche Produktion im laufenden Jahr haben. Die Versorgungslage mit Nahrungsmitteln war schon vor der militärischen Auseinandersetzung kritisch. UNO und NGOs warnen daher vor einer humanitären Katastrophe.

### **Wahlen in Uganda**

Der Präsident Ugandas, Yoweri Kaguta Museveni, wurde Anfang des Jahres wiedergewählt und tritt nach 35 Jahren an der Staatsspitze eine weitere Amtsperiode an. Der 76-jährige Politiker konnte sich auch diesmal gegen seinen Herausforderer durchsetzen. Robert Kyagulanyi Ssentamu war bei der Machtübernahme Museveni fünf Jahre alt und repräsentiert den Wunsch der jüngeren Generation nach Veränderung. Vor allem seine Vorgeschichte als Künstler (Bobi Wine) verschaffte ihm eine gewisse Popularität im Land. Mit 59% für Museveni und 35% für seinen Herausforderer war das Ergebnis jedoch ziemlich eindeutig. Wahlbeobachtern zufolge war die Wahl gut organisiert und verlief friedlich. Dies war nicht von vornherein zu erwarten. Bei Gewaltausbrüchen im Vorfeld des Urnenganges waren mindestens 50 Menschen getötet worden.

Präsident Museveni hat es in der Vergangenheit immer wieder geschafft, mögliche Herausforderer auf Abstand zu halten. Dabei wurde auch von rechtsstaatlich bedenklichen Praktiken nicht Halt gemacht. Mit Bobi Wine hat sich jedoch ein jüngerer Politiker in Stellung gebracht, der auch künftig in der ugandischen Politik eine wichtige Rolle spielen wird. Spätestens bei den nächsten Wahlen 2026 kann auch eine Weichenstellung für die Zukunft erwartet werden. Der Präsident wäre zu diesem Zeitpunkt über 80 Jahre alt und könnte die laufende Amtsperiode dazu nutzen, einen von ihm ausgewählten Nachfolger in Position zu bringen.

In der politischen Ausrichtung Ugandas in der Region dürfte sich somit auch in den kommenden Jahren kaum etwas ändern. Das Land und sein Präsident werden versuchen, den starken Einfluss beibehalten zu können. Daher wird das Engagement bei AMISOM in Somalia aufrechterhalten und gegebenenfalls angepasst werden. Auch im Südsudan wird Uganda weiterhin Präsenz zeigen. Es sind vor allem wirtschaftliche und Sicherheitsinteressen, die für die ugandische Regierung von Bedeutung sind. Dazu gehört auch etwa eine Million südsudanesischer Flüchtlinge, die sich derzeit in Uganda aufhalten.

### **Gerald Hainzl**

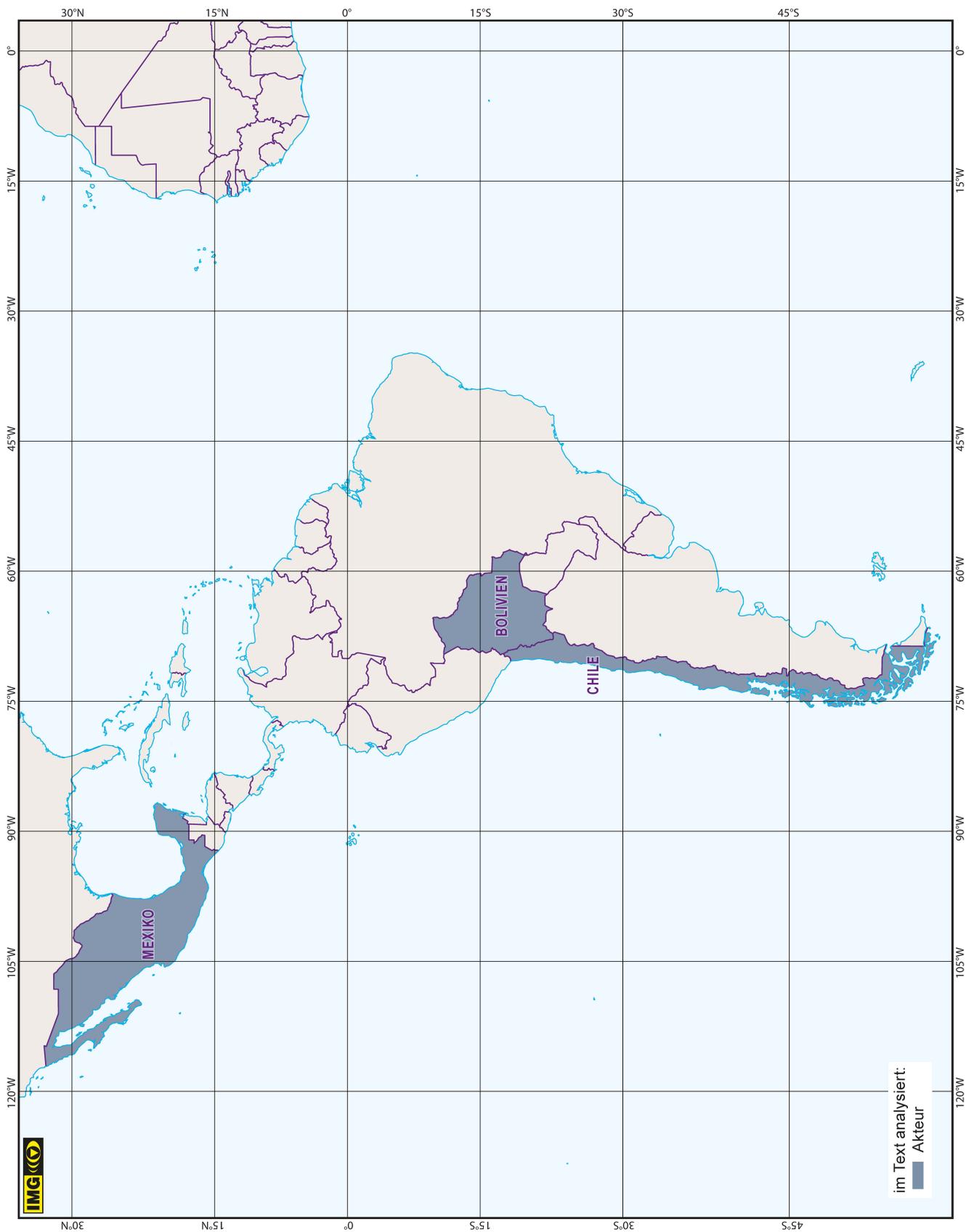
### ***African Continental Free Trade Area (AfCFTA)***

Am 1. Jänner 2021 ist die AfCFTA in Kraft getreten. Damit wurde umgesetzt, was bereits bei der Gründung der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU), der Vorgängerorganisation der Afrikanischen Union (AU), angedacht war: die wirtschaftliche Integration des Kontinents. Das Handelsabkommen umfasst einen Markt mit etwa 1,3 Milliarden Menschen und die teilnehmenden Staaten erwirtschaften ein gemeinsames BIP von etwa drei Billionen US-Dollar.

Ziel ist es, den Handel der afrikanischen Staaten untereinander anzukurbeln und damit zu Wachstum und Prosperität beizutragen. Bisher war der Handel der Staaten untereinander im internationalen Vergleich mit ca. 12% (2019) relativ gering (Europa knapp 70% und Asien immer fast 60%). Bisher haben 34 Staaten das Freihandelsabkommen ratifiziert und bis auf Eritrea wollen alle Mitgliedsstaaten der AU daran teilnehmen. Die Erwartungen an den gemeinsamen Markt sind ebenso hoch wie die Hoffnung, dass die Industrialisierung des Kontinents vorangetrieben wird. Da die drei stärksten Volkswirtschaften (Nigeria, Südafrika und Ägypten) allerdings über 50% der Wirtschaftsleistung des Kontinents erbringen, bestand bei kleineren Staaten die Angst, dass sie zu den Verlierern des Abkommens zählen könnten. Dem wurde mit diversen Schutzmechanismen entgegengewirkt.

Erreicht werden sollen die Zielsetzungen unter anderem dadurch, dass externen Investitionen attraktiver werden und Barrieren (wie etwa der Zeitraum, der benötigt wird, bis Waren den Zoll passiert haben) zusätzlich wegfallen. Laut UN Economic Commission for Africa könnte durch AfCFTA der innenafrikanische Handel um über 50% ansteigen. In der Praxis warten allerdings einige Herausforderungen, wie z.B. gravierende Mängel in der Infrastruktur oder Informationsdefizite bei den Unternehmen. Auch wird die COVID-19-Pandemie in der Anfangsphase von AfCFTA eine dämpfende Wirkung haben.

Eine Zollunion dürfte allerdings noch lange auf sich warten lassen, da selbst die derzeit vereinbarten Regeln einen längeren Zeitraum brauchen werden, bis sie tatsächlich umgesetzt sind. Am Ende dieses Prozesses sollen bis zu 97% aller innenafrikanischer Waren zollfrei gehandelt werden. Da eine Zollunion erst Sinn machen wird, wenn sich die Volkswirtschaften einander angeglichen haben, werden Handelsabkommen mit Drittstaaten weiterhin von den einzelnen Staaten abgeschlossen.



Lateinamerika

## Lateinamerika

Auch in Lateinamerika wurde das letzte halbe Jahr von der Covid-19 Pandemie bestimmt. Die wirtschaftlichen Folgen sind fatal: 2020 gab es mit minus 8% den größten Wirtschaftsabschwung seit einem Jahrhundert und zusätzlich ca. 40 Millionen Menschen, die in Armut abglitten.

### Chile – eine neue Verfassung

Am 18. Oktober 2020, ein Jahr nach Beginn der sozialen Unruhen, gingen tausende BürgerInnen Chiles erneut auf die Straße - mit einem Saldo von fast 600 Verhafteten und einem Toten. Die Proteste fanden einige Tage vor der Abstimmung für eine neue Verfassung, die von einem Bürgerkonvent ausgearbeitet werden soll, statt. 78% der Bevölkerung nahmen diese schließlich an. Die aktuelle Verfassung stammte noch aus der Zeit des autoritären Regimes von Diktator Augusto Pinochet, die insbesondere konservative Interessen und das Militär schützt. Eine zweite Abstimmung, bei der die Mitglieder des Verfassungskonvents gewählt werden, soll im April 2021 stattfinden. Bei einer dritten Abstimmung, die voraussichtlich spätestens im August 2022 stattfinden wird, wird über die neue Verfassung nach ihrer Ausarbeitung entschieden.

### Bolivien – die Linke ist wieder zurück

Im November 2019 wurde der frühere bolivianische Präsident Evo Morales durch einen „zivilen“ Staatsstreich<sup>2</sup> gestürzt, nachdem die Organisation für amerikanische Staaten (OAS) Wahlbetrug festgestellt hatte. In den festgelegten Neuwahlen im Oktober 2020 ging Luis Arce von der Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo oder MAS) als Sieger bereits in der ersten Runde mit 55,1% der Stimmen hervor. Damit erhielt die MAS nach einem einjährigen Interregnum die absolute Mehrheit im Parlament zurück.

### Mexiko – die offenen Wunden der Conquista

Der linksgerichtete mexikanische Präsident Andrés Lopez Obrador verlangte im Jänner 2021 erneut eine Entschuldigung von spanischen König Felipe VI, nachdem dieser auf einen Brief vom März 2019 nicht geantwortet hatte. In diesem Jahr sollen 200 Jahre mexikanische Unabhängigkeit (1821), die *conquista* Mexikos (1521) sowie die Gründung des heutigen Mexico City (1321) mit

mexikanischen historischen Stücken gefeiert werden, die aus europäischen und nordamerikanischen Museen restituiert werden. Zu diesem Zwecke reiste die Frau des Präsidenten, Beatriz Gutiérrez Müller, im Oktober 2020 nach Europa, um die Rückgabe bzw. Leihe von meso-amerikanischen Kunstwerken, Kodizes und Kunstwerken zu bewirken. Bei ihrem Besuch in Wien wurde ihre Forderung nach Rückgabe des aztekischen Kopfschmucks im Wiener Weltmuseum mit der schon öfters gemachten Behauptung, dass das fragile Ausstellungstück nicht transportfähig sei, negativ beschieden.

### Die Geopolitik der Impfstoffe

Der Beginn der russischen Sputnik V-Produktion in Brasilien sowie die Einführung des chinesischen Impfstoffes Coronavac in der Stadt Sao Paulo sind Elemente einer Art "neuen Kalten Krieges" in Lateinamerika. Russland und China verwenden ihre Impfstoffe, um regionale Projektionen in einer von den Vereinigten Staaten „verlassenen“ Region zu erzielen. Die Schwierigkeit der lateinamerikanischen Länder, Zugang zu anderen Impfstoffen zu erhalten, und die Eile, Kampagnen vor einer zweiten Welle von Covid-19 zu starten, verschafften Moskau und Peking einen Vorteil in diesem geopolitischen Streit. So startete noch im Dezember 2020 Argentinien mit einer ersten Impfkampagne mit dem russischen Impfstoff Sputnik, nachdem Argentinien als erstes Land in Lateinamerika diesen Impfstoff mittels Notfallgenehmigung zugelassen hatte. Auf der anderen Seite waren die von amerikanischen Laboratorien hergestellten Impfstoffe Gegenstand von Streitigkeiten zwischen Ländern des Globalen Nordens (insbesondere den USA, Kanada, UK, Japan, der Europäischen Union, aber auch Israel), so dass der Globale Süden sich insbesondere an Russland und China wandte, um leicht lagerbare alternative Impfstoffe zu erhalten. Russland und China nutzten diesen Vorteil, während die „westliche Welt“ (besonders die USA unter dem isolationistischen US-Präsidenten Donald Trump) eine Gelegenheit verpasste, diplomatischen Einfluss (die sogenannte "Soft Power") im Globalen Süden auszuüben. Einige Länder mit linksgerichteten Regierungen in Regionen wie Venezuela, Bolivien und Argentinien, aber auch Mexiko, hatten bereits eine Außenpolitik, die die Nähe zu China und Russland suchte und diese werden jetzt auch in der Pandemiebekämpfung benutzt, um an dringend benötigte Impfstoffe zu gelangen.

<sup>2</sup> Siehe ISS Juni 2020 (eine im Februar 2020 veröffentlichte Studie des renommierten US-amerikanischen MIT (Massachusetts Institute of Technology) zu den Präsidentschaftswahlen am 20. Oktober stützt die Schlussfolgerungen der OAS nicht und kommt – nach Analyse der Wahlunterlagen - zum Schluss, dass Morales die Wahlen mit "hoher

Wahrscheinlichkeit" ohne Wahlbetrug gewonnen hat. Die veröffentlichte Studie löste innerhalb Boliviens und im Rest von Lateinamerika eine kontroverielle Diskussion über die Rolle der OAS aus.

### **China bleibt wichtiger Handelspartner Lateinamerikas**

Trotz der turbulenten epidemischen Situation blieben auch 2020 die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen China und Lateinamerika auf hervorragendem Niveau. Laut offiziellen chinesischen Statistiken betrug beispielsweise der Handelsüberschuss Brasiliens mit China im ersten Quartal 2020 4.330 Millionen Dollar, verglichen mit 2.960 Millionen im gleichen Zeitraum des Jahres 2019. Im selben Zeitraum stiegen die Exporte von Sojabohnen aus Brasilien nach China um 17%, von Fleisch um 124,7%. Zudem war 2020 China Argentiniens wichtigster Handelspartner. Für ganz Lateinamerika gilt, dass China zweitgrößter Handelspartner der Region ist. Die lateinamerikanische Diplomatie wird versuchen, ein Gleichgewicht zwischen beiden Großmächten USA und China in Bezug auf Handel, Investitionen, aber auch in Bezug auf Bildung und sogar beim Militär anzustreben, so wie dies der uruguayische Präsident Luis Lacalle Pou, der die rotierende Präsidentschaft der Institution innehat, am virtuell abgehaltenen 56. MERCOSUR-Gipfel im Juli 2020 forderte.

### **Kontroverse um 5G**

Überaus kontroversiell wird auch in Lateinamerika der neue Internetstandard 5G diskutiert. Das 5G-Internet bietet nicht nur eine höhere Internetgeschwindigkeit, sondern verspricht auch eine Verbesserung unserer Lebensweise: autonome Fahrzeuge, *smart homes* sowie ganze *smart cities*, die von dieser Technologie unterstützt werden. In einer solch vernetzten Welt gibt es jedoch Sicherheitsbedenken bezüglich des weltweit führenden 5G Technologieunternehmens, das chinesische Unternehmen Huawei. In Lateinamerika hat Washington seine Verbündeten unter Druck gesetzt, dieses asiatische Unternehmen zu verbieten mit dem Argument, dass es sich um ein staatsnahes Unternehmen handle, um Spionage und Datendiebstahl durchzuführen.

Die linksgerichtete argentinische Regierung von Alberto Fernández geht mit ihrem Umgang mit Huawei – wie schon mit der Impfstoffbeschaffung in Russland – einen von den USA abweichenden Weg und drückte ihre Unterstützung für die Entwicklung der 5G-Technologie von Huawei in seinem Land aus.

Brasilien hingegen hat noch keine endgültige Entscheidung getroffen, aber die brasilianische Regierung hat signalisiert, dass sie Huawei als Infrastrukturanbieter für 5G-Netze in Brasilien verbieten kann. Im vergangenen Monat erklärte die brasilianische Regierung ihre Unterstützung für das von der Regierung Donald Trump ins Leben gerufene Programm *Clean Network*, das „die Privatsphäre der Bürger und die sensibelsten Informationen der Unternehmen vor aggressiven Eingriffen bössartiger Akteure wie der Kommunistischen Partei Chinas“ schützen soll.

### **IBSAMAR–Manöver wegen Pandemie abgesagt**

IBSAMAR (India-Brazil-South Africa Maritime) ist eine Reihe von gemeinsamen Übungen zwischen den Marinen Indiens, Brasiliens und Südafrikas, die seit 2008 alle zwei Jahre stattfinden. Wegen der COVID-19 Pandemie wurde die siebte gemeinsame Übung, die im September 2020 in den Gewässern vor Südafrika hätte stattfinden sollen, abgesagt und nicht verschoben. Diese regelmäßig stattfindenden Manöver finden im Rahmen des IBSA-Dialogforums, einem Koordinierungsmechanismus der drei besagten Länder, statt, dessen politische Bedeutung durch die internen politischen Krisen abgenommen hat. Diese militärische Zusammenarbeit hat sich nur wegen der gemeinsamen Interessen im Südatlantik und dem Arabischen Meer vis à vis Chinas gehalten und wurde zum ersten Mal abgesagt. Das Manöver soll Ende 2021 wieder stattfinden, ohne dass ein neues Datum bekanntgegeben wurde.

**Johannes Maerk**



## Aktuelle Cyberlage

### Die Pandemie – Eskalationsfaktor der Cyberbedrohung

Die bereits über Jahre zu beobachtenden Trends - äußerst dynamische Entwicklung der Digitaltechnologien, forcierte Digitalisierung und Vernetzung aller Gesellschaftsbereiche, damit einhergehende massive Zunahme der Abhängigkeit vom Funktionieren der IKT-Systeme, der Verfügbarkeit und Integrität von Netzwerken, Prozessen und Daten sowie der Anfälligkeit für technische Katastrophen und der Verwundbarkeit durch vorsätzliche Angriffe mit Cyber-Tools und Methoden - haben sich bestätigt und werden sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Die rasant fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche hat durch die Pandemie zusätzlich Tempo aufgenommen. Behörden und Unternehmen sind gezwungen, Produktion und Dienstleistungen trotz zeitweiser Isolation von Teilen des Schlüsselpersonals und der Belegschaft zu organisieren. Diese Maßnahmen führ(t)en zu einer raschen Ausrollung der IKT-Systeme und Etablierung von Home-Office-Lösungen auch in sicherheitskritischen Bereichen. Damit sind die Abhängigkeit und die Verwundbarkeit von Unternehmen und Behörden, auch der strategisch bedeutsamen Infrastruktur, potenziell stark angestiegen. Organisationen müssen daher ihre neu ausgerollten Netzwerke und Cloud-Lösungen für die Remote-Arbeit und flexibles Arbeiten optimal absichern, damit ihre Anwendungen und Daten geschützt sind.

### Dynamische Entwicklung der Cyberbedrohung

Mehr als siebzig Prozent der Sicherheitsexperten beobachteten eine Zunahme der Cyber-Bedrohungen seit Beginn der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im März 2020. Das Schweizer Nationale Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) berichtete von mehr als 350 Cyberangriffen pro Woche, weit über der Norm von 100-150. Gemäß dem Leiter der nordamerikanischen Niederlassung von Naval Dome, einer israelischen, auf maritime Cybersicherheit spezialisierten Firma, haben Cyberangriffe auf die Steuerungsanlagen und Betriebssysteme des maritimen Sektors in den letzten drei Jahren um 900% (2017: 50, 2018: 120 und 2019 bereits 310) zugenommen. Im Jahr 2020 wäre insgesamt mit mehr als 500 schwerwiegenden Verstößen gegen die Cybersicherheit zu rechnen. Das britische National Cyber Security Centre (NCSC) beurteilt aufgrund der erhöhten politischen Spannungen eine gestiegene Gefahr von schwerwiegenden Cyberangriffen. Dabei könnten neben Regierungseinrichtungen auch Betreiber ziviler kritischer Infrastrukturen ins Visier der Angreifer kommen. Vor allem die angespannte Lage zwischen dem Vereinigten Königreich (VK) und der Volksrepublik China spielten hierbei eine wesentliche Rolle.

Bei einer informellen virtuellen Sitzung des VN-Sicherheitsrates Ende August 2020 warnte der Präsident des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) vor einer Zunahme an Cyberangriffen auf Krankenhäuser, Strom- und Wasserversorgung sowie andere zivile kritische Infrastrukturen. Er sagte, das IKRK sei zunehmend besorgt über die destruktiven Auswirkungen von Cyberoperationen, die z.B. die Stromversorgung und die Wassersysteme in Krisen- und Kriegsgebieten unterbrechen oder die Krankenhausversorgung mitten in der COVID-19 Pandemie beeinträchtigen könnten. In einem Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom 7. Dezember 2020 werden Cyberangriffe auf von Finanzinstituten genutzte IKT-Systeme als die größte Bedrohung für die Finanzstabilität des weltweiten Finanzsystems dargestellt und mit den Fähigkeiten von Angreifern und der Anzahl der Vorfälle (Verdreifachung in zehn Jahren) begründet. Dieser Trend werde durch Entwicklungen am „Cyber-Kriminalitätsmarkt“ begünstigt, weil Hacking-Tools billiger, einfacher und leistungsfähiger verfügbar seien. Eine zusätzliche Angriffsfläche biete zudem die steigende Nutzung von mobilen Endgeräten für Finanztransaktionen. Die Sicherheitsfirma McAfee veröffentlichte am gleichen Tag einen Bericht, wonach die durch globale Cyberkriminalität (Verlust, Erpressung, Ausgaben für IT-Sicherheit etc.) verursachte wirtschaftliche Belastung 0,82 Bio. € oder rd. 1% des globalen BIP betrage. Die Sicherheitsfirma Kaspersky schätzt, dass die Corona-Pandemie zu einem globalen Anstieg digitaler Verbrechen um 25% führt. Neue Angriffsflächen böten die schnell eingerichteten und mit Masse schlecht abgesicherten Home-Office-Lösungen. Täglich tauchten rund 400.000 neuer Schaddateien im Internet auf und die (Spionage)Angriffe auf Industriesteueranlagen nahmen zu. Erpressungen mittels Verschlüsselungstrojanern seien beliebt, weil simpel auszuführen und weil sich Geld mittels Digitalwährungen einfach und anonym global verschieben lässt. Ziele sind u.a. auch Krankenhäuser, was aufgrund der Gefährdung der Patienten als terroristischer Akt gewertet werden sollte. Neben den wegen der Aussicht auf rasche und gefahrlose Erlangung finanzieller Beute agierenden Cyberkriminellen attackieren aggressive staatliche Akteure - hierbei werden durchgängig vier Staaten genannt - oder deren Handlanger ungeniert und skrupellos. Es hat den Anschein, dass Staaten zur Erreichung von politischen Zielen im relativen Frieden bewusst unterhalb der Schwelle bewaffneter Konflikte operieren. Die Unterschiede zu der oft bemühten Analogie zum Kalten Krieg finden sich in der großen Zahl an Cyber-Akteuren, in den nicht vereinheitlichten Cyber-Allianzen sowie der wesentlich bedeutsameren Rolle der Industrie.

Am 25. August 2020 erklärte der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates gegenüber der russischen Zeitung „Argumenty i Fakty“, dass die USA für die meisten Cyberangriffe in Russland verantwortlich seien. Dies

„dementiere die These über eine totale russische Bedrohung“. Als Nachweis nannte er eine Statistik und Berichte von russischen und ausländischen Cyber-Sicherheitsunternehmen. Laut deren Berichten würde die größte Anzahl der Angriffe von Informationsinfrastrukturen der USA ausgehen. Von 2016 bis 2019 hätten diese zwischen 40 und 75 % der Cyberangriffe betragen, während zwischen 2 und 7 % russischen schadhafte Aktivitäten zugeordnet wurden. Die USA und ihre Verbündeten würden zudem Aktivitäten im Informationsraum anderer Länder verstärken, während Russland, China, Nordkorea und der Iran zu den größten Cyber-Bedrohungen erklärt werden. Weiters übte er Kritik an westlicher und US-Rhetorik bezüglich der vorgeworfenen Cyberangriffe zur Beeinflussung von Wahlen in den USA, ohne irgendwelche Beweise vorzulegen.

### Staatliche Akteure

Cyberangriffe von Nationalstaaten nehmen weiter zu. Als strategische Absichten der Aggressoren sind Machtprojektion und Abschreckung, die Unterminierung und Beeinflussung der (westlichen) Demokratien, die Beeinflussung der öffentlichen und globalen Meinung, die Testung und Entwicklung der eigenen Fähigkeiten, die (Wirtschafts-)Spionage und Staatskriminalität (zur Erbeutung von Devisen für leere Staatskassen) auszumachen. Als Mittel der hybriden Konfliktaustragung sowie im Vorfeld und während bewaffneter Konflikte werden Cyberattacken trotz der potenziellen Eskalationsgefahr bereits im relativen Frieden, in Spannungsfällen sowie als Begleitung von und in militärischen Auseinandersetzungen im Cyberraum ausgetragen. Ein beunruhigendes Szenario wäre ein Cyber-Blitzkrieg: Die zeitgleiche Durchführung mehrerer feindlicher Cyberangriffe über militärische und nicht-militärische Sektoren hinweg auf die staatlichen, finanziellen und industriellen Systeme der strategischen Infrastruktur. Kleine Staaten, insbesondere jene, die nicht durch den Schutzschirm eines Bündnisses geschützt werden, könnten angesichts der Schwierigkeiten bei der Verteidigung gegen solche Angriffe und der Unwahrscheinlichkeit von Vergeltungsmaßnahmen vorrangig ins Visier von Aggressoren geraten. Der Sicherheitsfirma Kaspersky zufolge würden rund 200 organisierte, hochprofessionelle Gruppierungen, die von Staaten finanziert sind, Spionage betreiben. Am aktivsten wären englisch-, russisch-, chinesisch-, und deutschsprachige Täter.

### Bemerkenswerte Inzidents

Breite mediale Aufmerksamkeit erreichte der am 9. Dezember 2020 durch die renommierte IT-Sicherheitsfirma FireEye aufgedeckte, seit Monaten laufende Angriff, von dem rund 18.000 Organisationen in 17 Ländern in Europa, Nordamerika, Asien und dem

Nahen Osten betroffen sein könnten. Wie mittlerweile festgestellt, wurden zuerst die Update-Server für die ORION-Business IT-Überwachungs- und Verwaltungssoftware des auf Netzwerkmanagement-Software spezialisierten US-amerikanischen Unternehmens SolarWinds attackiert. Mit den automatischen Updates wurden dann die Schadprogramme an die Kunden verteilt. Zu den Kunden des Unternehmens gehören mehr als 400 Fortune 500-Unternehmen in den USA, die zehn größten US-Telekommunikationsunternehmen, alle fünf Teilstreitkräfte des US-Militärs, das US-Außenministerium, die NSA, die US-Atombehörde NNSA sowie Forschungslabore im Bereich Atomenergie und Atomwaffen, die US-Energiebehörde und die Energieregulierungsbehörde (FERC), Booz Allen Hamilton, die Federal Reserve, Lockheed Martin und das Büro des Präsidenten der USA. Außerdem waren die Unternehmen Microsoft, Cisco Systems, VMware, Intel, Nvidia, Belkin International und der Internet Service Provider Cox Communications betroffen. Insgesamt betreut Solar Winds weltweit rund 300.000 Kunden. Den Akteuren gelang es, das Backdoor „Sunburst“ in die legitimen, automatisch ausgeführten Updates zu implementieren. Sunburst verfügt über die Funktionen zur Übertragung von Daten, zur Ausführung von Dateien, zur Erstellung von Systemprofilen, zum Neustart des Computersystems, zur Deaktivierung von Systemdiensten und zum Abspeichern von Aufklärungsergebnissen in legitimen Plug-In-Konfigurationsdateien.

Der CEO von FireEye meinte, dass sich dieser Angriff von allen bisher gesehenen unterscheide und „wir einen Angriff eines Staates mit höchsten Angriffsfähigkeiten beobachten“. Die Angreifer hätten ihr Vorgehen auf FireEye abgestimmt, neue Kombinationen aus Techniken eingesetzt und seien dabei diszipliniert und gezielt vorgegangen. Die bis dato unbekannt Gruppierung „UNC2452“, auch als „Solarstorm“ bzw. „DarkHalo“ bekannt, hätte diesen Angriff durchgeführt. Der US-Außenminister Pompeo beschuldigte am 19. Dezember 2020 Moskau, Urheber des Cyberangriffs zu sein, was umgehend dementiert wurde. Inoffizielle Quellen nennen die dem russischen Auslandsgeheimdienst (SWR) zugerechnete Gruppierung APT-29 (auch „Cozy Bear“) als mutmaßlichen Akteur. APT-29 habe nach Angaben amerikanischer Behörden kürzlich auch versucht, die Forschungsergebnisse zu COVID-19-Impfstoffen in den USA, Großbritannien und Kanada zu stehlen. Die USA veröffentlichte eine Notfallwarnung an alle potenziell betroffenen Stellen und die Abteilung für Cybersicherheit des Heimatschutzministeriums ordnete die umgehende Trennung aller Bundesbehörden von der Orion-Plattform der Firma SolarWinds an.

Ein Schwergewicht der Spionageattacken zielte auf die Gewinnung von Erkenntnissen im Rahmen der Entwicklung und Produktion eines COVID-Impfstoffes.

Die mutmaßlich russischen staatlichen oder staatlich gesponserten Akteure der APT-28 (aka Fancy Bear, wird dem GRU zugeordnet), zwei nordkoreanische APTs namens Zinc (aka Lazarus Group oder Hidden Cobra) und eine neue APT namens Cerium attackierten die Europäische Arzneimittelbehörde EMA, die Firma BioNTech-Pfizer, die Impfstoffhersteller Moderna und AstraZeneca und sieben weitere führende Pharmaunternehmen und Impfstoffforscher in Kanada, Frankreich, Indien, Südkorea und den USA sowie das deutsche Robert Koch-Institut.

Die UNO wurde zumindest zweimal in den vergangenen Monaten attackiert. Einmal waren die Webseite und das Intranet der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO), eine Sonderorganisation der UNO mit Sitz in London, betroffen und mussten heruntergefahren werden. Weiters richteten sich Angriffe der mutmaßlich nordkoreanischen Hackergruppe „Kimsuky“ (auch „Group 123“) gegen mindestens 28 Mitarbeiter der UNO, darunter mindestens 11 Personen aus 6 Ländern des Sicherheitsrates. Die Webseite des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EMGR) war, nach der Verurteilung der Türkei und der Anordnung der Freilassung eines Oppositionspolitikers am 22. Dezember 2020, Ziel von Cyberangriffen und vorübergehend unzugänglich. Während des militärischen Konflikts zwischen Armenien und Aserbeidschan waren auf beiden Seiten auch Hacker sehr aktiv. Über Soziale Medien wurden Propagandanachrichten verteilt, insbesondere über die besondere Grausamkeit der jeweils anderen Seite. U.a. wurden auch rund 10.000 Dokumente mit persönlichen Informationen über Angehörige der Streitkräfte Aserbaidschans geleakt.

Zahlreiche Angriffe werden vermutlich russischen Gruppierungen (APT) zugeschrieben. Die norwegische Außenministerin Soreide machte Russland für den Cyberangriff im August gegen das E-Mail-System des Parlamentes verantwortlich. Der norwegische Inlandsgeheimdienst (Norwegian Police Security Service, PST) berichtete nach einer monatelangen Untersuchung, dass die APT-28, mutmaßlich ein Element des russischen militärischen Geheimdienstes GRU, den Angriff durchgeführt habe. APT-28 soll auch mit gefälschten NATO-Unterlagen Prominente, Meinungsführer, Politiker und bestimmte Regierungsorganisationen in Aserbeidschan angegriffen haben.

Die mutmaßlich chinesische Gruppierung Reddelta führte zwischen spätestens Februar 2020 und zumindest Juni 2020 mehrere Cyber-Spionage-Operationen gegen den Vatikan, die Diözese von Honkong und weitere kirchliche Einrichtungen durch. Vermutlich im Einfluss des chinesischen Ministeriums für Staatssicherheit (MSS) stehende Hacker haben gemäß der „Cybersecurity and Infrastructure Security Agency“ (CISA) des US-Heimatschutzministeriums (DHS) Angriffe gegen US-Netzwerke durchgeführt.

Computersysteme der australischen Regierung, Industrie, politische Organisationen, Bildung, Gesundheit, Dienstleister, kritische Infrastrukturen und Krankenhäuser waren über einen Zeitraum von mehreren Monaten das Ziel von Cyberangriffen eines nicht bestimmbar, gemäß dem Premierminister „hochentwickelten staatlichen Akteurs“ mit „bedeutenden Fähigkeiten“.

Die iranische Gruppierung „Rampant Kitten“ führt seit zumindest 2018 Cyberspionageoperationen gegen Mitglieder von ethnischen und religiösen Minderheiten wie beispielsweise Türken, Sufi-Muslime und sunnitische Araber inner- und außerhalb des Iran durch. Rampant Kitten ist eine Teilorganisation des im iranischen Mashhad ansässigen Privatunternehmens Andromeda. Angegriffen wurden Dissidenten, (Menschenrechts-)Aktivisten sowie Journalisten, Rechtsanwälte sowie Organisationen aus den USA, Kanada, der Türkei und Europa, die sich gegen die iranische Regierung positionierten.

Zwischen Juni und August 2020 wurde eine Cyberspionage-Operation der mutmaßlich nordkoreanischen Gruppierung APT-38 beobachtet. Die Operation richtete sich gegen zahlreiche Rüstungsunternehmen, staatliche Betriebe und bestimmte Mitarbeiter dieser Unternehmen, Organisationen in Israel und zahlreichen weiteren Ländern. Hinter der weltweiten Cyberspionageoperation „Dark Basin“ stehen vermutlich indische Akteure. Das namensgebende IT-Unternehmen soll 10.000 E-Mail-Konten in den USA, des globalen Finanz- und Bankensektors, der Rechtsberatung und Justiz, des Energiesektors sowie von Regierungen gehackt haben. Auch die Plattform des EU DisInfoLab, eine NGO, die Desinformationskampagnen – insbesondere durch Russland - aufdecken will, war infolge eines Brute-Force-Angriffes nicht erreichbar.

### **Sabotageattacken**

Der Cybererpressungsangriff gegen die Universitätsklinik Düsseldorf mit Todesfolge (ein Notfallpatient starb bei der durch den Angriff erzwungenen Verlegung) soll Teil einer weltweiten, kriminellen Kampagne gewesen sein. Die Täter werden durch IT-Sicherheitsunternehmen mit Russland in Verbindung gebracht. Mehrere Einrichtungen des US-Universal Health Services (UHS) berichteten über Erpressungsangriffe, die zu Ausfällen der IT- und Telekommunikationssysteme führten. Damit sei die Verwaltung gezwungen, auf analoge Verwaltung umzustellen. Auch mussten Patienten in andere Krankenhäuser verlegt werden.

Ende August musste die neuseeländische Börse (NZX) wegen eines andauernden Cyberangriffes (DDoS-Erpressung) für mehrere Tage schließen. Die hinter den Angriffen stehende Gruppe nennt sich „Armada Collective“ und/oder „Fancy Bear“ (nicht zu verwechseln mit den gleichnamigen APTs), sie droht Unternehmen per E-Mail mit DDoS-Angriffen, die zu Systemausfällen und hohen finanziellen Kosten führen könnten, wenn diese

nicht eine verlangte Summe in Bitcoins bezahlen. Neben NZX sollen auch andere Finanzunternehmen wie z.B. MoneyGram, YesBank India, Worldpay, PayPal, Braintree und Venmo kürzlich Opfer dieser Gruppe gewesen sein. Nach Angaben der iranischen Nachrichtenagentur Tasnim war Anfang Oktober die elektronische Infrastruktur der Häfen des Landes Ziel eines Cyberangriffs. Bereits am 9. Mai 2020 brachte ein schwerwiegender Cyberangriff den Hafenterminal Shahid Rajaei zum Stillstand. Der damalige Angriff soll ein israelischer Vergeltungsschlag für mutmaßlich iranische Cyber-Angriffe auf die Wasserversorgung in Israel im April 2020 gewesen sein. Ende September 2020 führten unbekannte Akteure DDoS-Attacken gegen die ungarische Magyar Telekom, die OTP und andere Banken durch. Magyar Telekom vermutet die verantwortlichen Akteure sowie die benötigte Angriffsinfrastruktur in Russland, China und Vietnam.

### **Subversion**

Die Anzahl der Akteure, die Soziale Medien zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung auf Grund des geringen Aufwandes nutzen, steigt permanent an. Die aktuelle Lage bietet für Desinformationskampagnen staatlicher wie auch halbstaatlicher Akteure ein breites Betätigungsfeld. Ein Großteil der Kampagnen kreiste in den letzten Monaten rund um die Themen Pandemie, die amerikanischen Präsidentenwahlen und diverse politische Konflikte. Wie zahlreiche Beispiele zeigen, gibt es neben den staatlichen Akteuren mittlerweile auch eine Reihe von Firmen, die sich auf die Durchführung solcher Kampagnen auf kommerzieller Basis für Regierungen und andere spezialisiert haben.

### **Desinformationskampagnen gegen EU-Missionen**

Der Leiter des EU-Militärstabes informierte Mitte November 2020 den Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments über die Zunahme von Desinformationskampagnen in Sozialen Medien gegen militärische und zivile Missionen der EU. Die Absicht dahinter sei es, die Glaubwürdigkeit der Missionen zu untergraben. Beispielsweise nannte er die Operation „EUNAVFOR MED IRINI“ zur Durchsetzung des VN-Waffenembargos gegen Libyen im Mittelmeer, bei der man regelmäßig mit Desinformationen aus der Türkei zu kämpfen habe.

### **Pandemie - Chinesische Informationsoperation**

Am 19. Dezember 2020 berichteten die New York Times und die investigative Plattform ProPublica über die Manipulation der Öffentlichkeit durch die chinesische Regierung zu Beginn der COVID-19 Pandemie. Der Bericht beruht auf mehr als 3.200 Richtlinien und 1.800 Memos der Internet-Regulierungsbehörde (Cyberspace Administration of China; CAC) und interne Dateien und Computercodes des chinesischen Softwareherstellers „Urun Big Data Services“, die von der Hackergruppe

„CCP Unmasked“ geleakt wurden. Die Software von Urun wird neben anderen dazu genutzt, um Internetdiskussionen zu überwachen und die Online-Kommentatoren der chinesischen Regierung zu verwalten. Laut den Dokumenten kontrolliert die CAC die Öffentlichkeitsarbeit zu COVID-19 bereits seit Anfang Jänner 2020. In einer Direktive wurden die chinesischen News-Webseiten angewiesen, nur von der Regierung freigegebenes Material zu verwenden und keinen Bezug zum SARS-Ausbruch von 2020 herzustellen. Anfang Februar 2020 ging das CAC von Nachrichtenkontrolle zur aktiven Beeinflussung der internationalen Meinung über. Begriffe wie Lockdown oder Straßensperren durften nicht verwendet werden. Auch sollte verhindert werden, dass im Ausland die chinesischen Versuche, Schutzausrüstung in großen Mengen zu beschaffen, auffallen, um ausländischer Konkurrenz zuvorzukommen. Des Weiteren sollte die Bevölkerung neben der Unterdrückung negativer Berichterstattung mit positiven Berichten unter Kontrolle gehalten werden. Chinas öffentliche Rhetorik und Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19 Pandemie transportieren eine Generalaussage: China hätte verantwortungsvoll in der Bekämpfung des Virus reagiert und durch seine frühe Entdeckung und seine Vorbereitungsmaßnahmen weltweite Hilfe zur Verfügung stellen können. Darüber hinaus sollte Kritik an der chinesischen Verantwortung an der Pandemie weltweit aber v.a. im eigenen Land minimiert werden.

### **Russland zugeschriebene Kampagnen**

Insbesondere lassen sich gezielte Aktivitäten russischer staatsnaher Medien feststellen, die bereits in der Vergangenheit durch ihre Berichterstattung Einfluss im Interesse des Kremls vorgenommen haben. Ziel der Kampagnen ist es, durch die möglichst hohe Verstärkung von kontroversiellen Meinungen in den politischen Lagern die Systeme westlicher Demokratien schlechter darzustellen, die vermeintlichen Erfolge der eigenen Systeme zu loben und Verschwörungstheorien zu unterstützen. Bemerkenswert ist, dass die Netzwerke der analysierten staatlich unterstützten Medien zum Verteilen von Inhalten beträchtlich kleiner sind als die etablierten, großen, westlichen Medienhäuser und trotzdem einzelne Artikel der russischen Medien RT und Sputnik in Spanien, Frankreich und Deutschland vergleichbare oder sogar eine höhere Verbreitung erreichen.

Anfang Oktober veröffentlichte das US-Heimatschutzministerium (DHS) den „2020 Homeland Threat Assessment (HTA)“-Bericht. Im Bericht wird Russland eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung von Desinformation in den USA zugeschrieben und als „akute“ Bedrohung für die Cyber-Sicherheit dargestellt. „Russland ist der wahrscheinlich wichtigste verdeckte Einflussakteur und Produzent von Desinformation und Fehlinformation innerhalb der USA“, stellt der Bericht fest. „Wir beurteilen, dass Moskaus vorrangiges Ziel darin besteht, sein globales

Ansehen und seinen Einfluss zu stärken, indem Amerika im In- und Ausland geschwächt wird, indem Zwietracht gesät, abgelenkt, die negative Stimmung in der Öffentlichkeit gestärkt und das Vertrauen in westliche demokratische Institutionen und Prozesse untergraben wird.“ Die Narrative, die dabei transportiert werden sollen, zielen vor allem auf die globalen Machtgegenpole USA und die Europäische Union, aber auch auf regionale Opponenten wie die Ukraine ab. Gleichzeitig ist eine unterschwellige Solidarisierung mit der chinesischen Politik bemerkbar. Russland fuhr während der Pandemie eine hybride Kampagne mittels bereits bekannter Formen wie Propaganda, „Fake-news“, Cyberangriffe, Einsatz privater Militärfirmen, Trolls und Bots in Sozialen Medien. Beispielsweise beschuldigten US-Regierungsbeamte die Inhaber der Agentur Infoforos, zwei ehemals für den GRU arbeitende russische Staatsbürger, der vorsätzlichen Desinformation und Meinungsbeeinflussung, weil drei englischsprachige Webseiten der Agentur zwischen Mai und Juli 2020 gegen die USA gerichtete, etwa 150 Artikel mit falschen Inhalten zu COVID-19 verbreitet hätten.

Laut Aussagen der polnischen und der litauischen Regierung seien beide Länder Ziel einer vermutlich russischen Desinformationskampagne geworden. Die Kampagne soll darauf abgezielt haben, die Beziehungen zwischen den beiden NATO-Verbündeten zu untergraben. Laut dem Sprecher des Leiters des polnischen Sicherheitsdienstes Zaryn falle die Art des Angriffs in ein neueres Muster der vom Kreml gegen NATO-Mitglieder v.a. im Osten gerichteten Informationskriegsführung. Etliche Internetseiten, darunter das deutschsprachige Portal „Abendlich Hamburg“, sollen Teil eines russischen Desinformationsnetzwerkes sein. Diese Internetseiten sollen sich als europäische News-Webseiten dargestellt haben und bspw. zur Diskreditierung russischer Oppositionskräfte oder europäischer Politiker genutzt worden sein. Neben „Abendlich Hamburg“, welches mittlerweile nicht mehr erreichbar ist, seien ähnliche Webseiten mit vermeintlichen Standorten im Vereinigten Königreich, Frankreich, Spanien und Moldau gefunden worden.

### **Beeinflussung der Präsidentenwahl in den USA**

Gegen die Präsidentenwahlen in den USA agierten mutmaßlich russische (APT-28), iranische („Phosphorus“) und chinesische (APT-31, aka Zirkonium) Hackergruppen. In mehreren Kampagnen ab September 2019 bis zu den Wahlen sollen mehr als 200 Organisationen und Personen (Berater für die Republikaner und Demokraten, Think Tanks, US- und europäische Parteien, Organisationen für internationale Angelegenheiten und Politik), die direkt oder indirekt mit US-Wahlen sowie politischen und politikbezogenen Organisationen in Europa in Verbindung stehen, beeinflusst bzw. sensible Informationen ausgespäht worden sein.

### **Cyberkriminalität**

Nach den beiden großen Cyberspionageattacken auf das Außenministerium und die Telekom Austria im ersten Halbjahr waren österreichische Behörden und Unternehmen im zweiten Halbjahr, wie viele andere weltweit, von Erpressungs- und Phishing-Attacken betroffen.

### **Schäden von Cyber-Erpressungsangriffen**

Erpressung von Lösegeld mittels Verschlüsselung der Datenbestände der Opfer oder durch die Androhung von DDoS-Attacken bzw. durch die Drohung, ausgespähte sensible Daten zu veröffentlichen, ist ein boomendes „Geschäft“. Die Cyber-Sicherheitsfirma Group-IB berichtet von einem beispiellosen Anstieg an Ransomware-Angriffen. Mehr als 500 private Unternehmen und öffentliche Einrichtungen in mehr als 45 Ländern wurden im Berichtsjahr Opfer von Erpressungsangriffen. Der Gesamtschaden wird auf etwa 1 Mrd. € geschätzt.

Beispielsweise wurden finnische Patienten mit von den Servern eines Physiotherapiezentrums gestohlenen Daten erpresst. Die neuseeländische Börse (NZX) musste Ende August infolge eines Cyberangriffes den Handel für drei aufeinanderfolgenden Tage einstellen. Die Hackergruppe „Armada Collective“ (nennt sich auch „Fancy Bear“) droht Unternehmen per E-Mail mit DDoS-Angriffen, die zu Systemausfällen und hohen finanziellen Kosten führen könnten, wenn diese nicht eine verlangte Summe in Bitcoins bezahlen. Neben NZX sollen auch andere Finanzunternehmen wie z.B. MoneyGram, YesBank India, Worldpay, PayPal, Braintree und Venmo kürzlich Opfer dieser Gruppe gewesen sein. Solche Arten von Angriffen werden als "DDoS-Erpressungen" oder "DDoS-for-Bitcoin" bezeichnet und wurden erstmals im Sommer 2016 beobachtet.

Die US „Agentur für Cybersicherheit und Infrastruktur“ warnte Ende August vor der vom nordkoreanische Geheimdienstapparat kontrollierten Hackergruppe „BeagleBoyz“, deren primärer Auftrag es sei, durch Ausnutzung von Remote-Internetzugängen Banken auszurauben. Diese Gruppierung soll eine Untergruppe der „Hidden Cobra“ – Hackergruppe sein. „BeagleBoyz“ werden u.a. Angriffe auf Bankomaten im Oktober 2018, die Ausnutzung von SWIFT-Systemendpunkten zum Geldtransfer seit mindestens 2015 sowie lukrative Diebstähle von Kryptogeld zur Last gelegt. Experten der Vereinten Nationen (VN) bewerten dieses Verhalten als Umgehung von Resolutionen des UN-Sicherheitsrates mit dem Ziel, erhebliche Einnahmen für Nordkorea zu stehlen. Die erbeuteten Geldmittel könnten u.a. dazu dienen, die von der VN verbotenen Programme für Nuklearwaffen und ballistische Raketen weiter zu finanzieren. Darüber hinaus stellt diese Aktivität ein erhebliches operationelles Risiko für den Finanzdienstleistungssektor dar und untergräbt die Integrität des internationalen Finanzsystems.

### **Überwachung von Millionen Bürgern weltweit**

Besonders bemerkenswert erscheint die Sammlung personenbezogener Daten des chinesischen Technologieunternehmens Shenzhen Zhenhua Data Information Technology Co Limited. Zhenhua bietet Open-Source-Intelligence-Profiling und Threat Intelligence Services an. Das Unternehmen soll zur China Zhenhua Electronics Group gehören, die wiederum im Besitz des staatlichen Forschungsunternehmens China Electronics Technology Group (CETC) ist. Das Unternehmen behauptet, mit der chinesischen Regierung zusammenzuarbeiten, Analysetools für das chinesische Militär und das Ministerium für öffentliche Sicherheit (MPS) zu liefern und mit den Big-Data-Unternehmen TRS, Huarong sowie Global Tone Communication Technology zu kooperieren. Zhenhua betreibt eine Reihe von Überwachungssystemen, beispielsweise eine Echtzeit-Überwachung von sozialen Medien wie LinkedIn, TikTok, Facebook, Twitter und Online-Foren und ein "Internet Big Data Military Intelligence System". Dieses System soll US-Kriegsschiffe in Echtzeit verfolgen und Profile über das Personal an Bord, mitgeführte Waffen, LinkedIn-Profile usw. erstellen. Der CEO von Zhenhua hat öffentlich "hybride Kriegsführung" und "psychologische Kriegsführung" unterstützt.

Im September 2020 wurde durch ein Datenleak bekannt, dass Zhenhua weltweit mehr als 2,4 Millionen Menschen und rund 650.000 Organisationen überwacht. Darunter etwa 52.000 Amerikaner, 35.000 Australier, 10.000 Briten und auch mehr als 400 Österreicher. Zu den prominenten Personen in der Datenbank gehören die Premierminister Boris Johnson und Scott Morrison, der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen und deren Familien. Auch ein Kind des ungarischen Premierministers Viktor Orbán steht auf der Liste. Auch zahlreiche indische Think-Tanks wurden überwacht. Von den Zielpersonen - Politiker, Wirtschaftsmanager, Geistliche, Militärs, Polizisten, Diplomaten, Richter und auch Personen denen Korruption, Betrug, Steuerhinterziehung, Mord, Kriegsverbrechen oder terroristische Aktivitäten (z.B.: Islamistische Terroristen) vorgeworfen werden - werden Wohnadressen, Telefonnummern, Geburtsdaten, Informationen zu Sozial-Media-Accounts, zum Familienstand und zu Verwandten und auch Bilder erfasst. In Österreich waren neben dem Bundespräsidenten, Mitarbeiter der Regierung, Botschafter, Offiziere des Bundesheeres, Richter des Verfassungsgerichtshofes, freiheitliche Ex-Politiker, Bischöfe und Wirtschaftsmanager betroffen. Die Zielpersonen wurden in die Kategorien „politisch exponierte Person“, „Verwandter oder enger Vertrauter“ oder „Person von besonderem Interesse“ eingeteilt. Von „besonderem Interesse“ gelten Personen, denen Korruption, Betrug, Steuerhinterziehung, Mord, Kriegsverbrechen und terroristische Aktivitäten vorgeworfen werden. Die

Informationen stammen überwiegend aus sozialen Medien, Wikipedia, österreichischen Medien und der Datenbank FACTIVA. Rund 20 % der Daten stammen nicht aus offenen Quellen. Diese Cyberspionageoperation macht deutlich, dass China ein großes Interesse auch an Informationen über charakterliche Stärken und Schwächen von einflussreichen Österreichern hat. Sei es, um das mögliche Verhalten der Zielperson zu beurteilen oder um nachrichtendienstliche Operationen vorzubereiten.

### **Schwachstellen und Angriffstools**

Einer Analyse von über 50 Applikationen für iOS-Endgeräte von Nachrichtenagenturen, Sozialen Netzwerken, Spieleherstellern und sonstigen Diensten, die ohne Zustimmung ihres Benutzers auf die Zwischenablage zugreifen, ergab, dass sie beim Start Textdateien aus der Zwischenablage abgreifen. Sind mehrere Apple-Endgeräte mit einer Apple-ID verbunden, so teilen sie sich eine universelle Zwischenablage, auf die ebenfalls zugegriffen werden könnte.

### **Standortdaten hunderter Millionen Smartphones kommerziell verfügbar**

Die US-Firma Anomaly Six LLC, gegründet von zwei ehemaligen US-Armee-Angehörigen mit nachrichtendienstlichem Hintergrund, sammelt seit 2018 vollkommen legal Standortdaten von Smartphones und verkauft diese u.a. an US-Sicherheitsbehörden und – Nachrichtendienste, aber auch an Privatkunden. Die Daten werden dabei von über 500 Apps für Mobiltelefone, die Zugriff auf Geolokationsdaten brauchen, gewonnen. Weiters werden Standortdaten von „anderen Partnern“ zugekauft. Es kann davon ausgegangen werden, dass jegliche Art von Geolokationsdaten, auf die eine App zugreifen darf (Wetter-App, Spiele-App, Verkehrs-App, etc.), gesammelt und verkauft wird. Datenschutzkonform stimmt jeder User, der eine solche Applikation nutzt, diesen Berechtigungen und den Nutzungsbedingungen freiwillig zu. Klar sollte sein, dass die gesammelten Daten in einem ersten Schritt der massenhaften Überwachung bzw. Speicherung dienen können, um dann in weiterführenden Auswerte- und Analyseschritten z.B. Zielpersonen, Inhalte von Interesse, etc. zu identifizieren.

### **Kazuar – ein besonders gefährliches Angriffstool**

Kazuar wurde im vergangenen Jahr wiederholt bei komplexen Spionageoperationen eingesetzt. Kazuar ist eine Schadsoftware, die sich zu einem von mehreren vordefinierten „Command and Control“ (C2) -Servern verbindet, um sich dort Aufgaben (Tasks) abzuholen. Diese Tasks werden abgearbeitet und die Resultate wieder an den Server übermittelt. Die wesentlichen Funktionen von KAZUAR sind die Auswertung von System- und Netzwerkinformation; das Verschicken und Empfangen von Dateien zwischen kompromittiertem System und C2-Server; das Erstellen von Screenshots; das Exfiltrieren des

Browserverlaufs von Internet Explorer, Mozilla Firefox und Chrome; das Ausführen von Powershell-Skripts mittels powershell.exe; das Ausführen von JavaScript-Skripts mittels cscript.exe; das Ausführen von Windows-Skripts mittels cmd.exe; das Suchen von Dateien und das Extrahieren von Passwörtern aus den Programmen Vault, Outlook, Firefox, Chrome, Filezilla und WinSCP. Die eingehende und ausgehende Kommunikation erfolgt verschlüsselt. Für das Entschlüsseln der eingehenden Daten vom C2-Server wird AES-256 (Advanced Encryption Standard ist ein weltweiter Standard zur hochsicheren Verschlüsselung von Daten) verwendet. Die Signaturüberprüfung erfolgt mit RSA-Verschlüsselung, ein asymmetrisches kryptographisches Verfahren, das sowohl zum Verschlüsseln als auch zum digitalen Signieren genutzt werden kann. Während der Abarbeitung der Tasks werden Daten verschlüsselt in einem eigenen Ordner abgelegt. Dieser Ordner wird auf Basis der Computer System UUID erzeugt und befindet sich im Benutzerverzeichnis. Die übermittelten Daten werden nach dem Abtransport wieder aus dem Ordner gelöscht. Eine verschlüsselte Logdatei protokolliert das Ausführen der Tasks sowie den Verbindungsaufbau zu den C2-Servern. Für die eindeutige Identifizierung eines Gerätes wird ein MD5-Hash auf Basis der UUID erstellt. Die Schadsoftware Kazuar ist vollständig in drei Registry-Keys des User-Profiles gespeichert. Um die Erkennung zu verschleiern, werden mehrere Schritte durchgeführt, bis Kazuar zur Gänze geladen und ausgeführt wird. Die Ausführung wird in der Registry durch den neuen Eintrag sichergestellt. Kazuar erstellt auf dem infizierten System neben der Konfigurationsdatei auch eine Logdatei, um die eigenen Tätigkeiten zu protokollieren. Der Inhalt der Dateien ist mit der Computer System UUID XOR-verschlüsselt und die Logfiles geben einen Überblick über die abgearbeiteten Task IDs. Der Infektionsvorgang wird anhand eines Infektionsskripts (v3) beschrieben. Dass diese komplexe Software höchstwahrscheinlich in einem staatlichen Cyberlabor geschmiedet wurde, zeigt sich u.a. an der Reaktion der höchst professionellen Täter bei Gegenmaßnahmen. Nach Unterbrechung des Infektionsweges und Entfernung des Schadprogramms reagierten die Angreifer mit der Erstellung eines Tasks, um das Kazuar-Infektionsskript neuerlich auf den Zielcomputer zu kopieren.

### **Cyberverteidigung und Cybersicherheit**

Der wachsenden globalen Bedrohung sind auf globaler, europäischer und nationaler Ebene ein Bündel von Maßnahmen sowohl im strategischen als auch im operativen Bereich entgegenzusetzen. An der Spitze stehen die Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung im globalen Maßstab durch politische und diplomatische Verhandlungen. Die Einrichtung globaler Instanzen und die Sanktionierung unkooperativen Verhaltens sind dringend erforderlich. Es ist daher das internationale Recht

auf den Cyberraum umzulegen und anzupassen. Die Ächtung von Cyberwaffen, der Schutz von auch in Kriegsfällen nicht anzugreifender Ziele, die Zusammenarbeit bei der Verfolgung Krimineller und Kontroll- und Sanktionsmechanismen sind wesentliche Punkte, die auf Ebene der UNO ausgehandelt werden sollten. Da aufgrund gravierender Meinungsunterschiede wesentlicher Akteure nicht davon auszugehen ist, dass schon im kommenden Jahr Durchbrüche erzielt werden, sollten die auf europäischer Ebene laufenden Initiativen zur Erhöhung der Cybersicherheit und zum Aufbau von Cyberverteidigungsfähigkeiten mit hoher Priorität fortgeführt werden. Beispielsweise dürfen einige Aktivitäten auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene angeführt werden.

### **Neue EU Cyber-Sicherheitsstrategie**

Am 16. Dezember präsentierten die Kommission und der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik die neue EU-Cyber-Sicherheitsstrategie. Diese soll Europas kollektive Abwehrfähigkeit gegen Cyberbedrohungen stärken und u.a. dazu beitragen, ein globales und offenes Internet zu gewährleisten und zugleich Schutzvorkehrungen bieten. Die Strategie enthalte konkrete Vorschläge für Regulierungs-, Investitions- und Politikinstrumente auf drei EU-Aktionsfeldern (Widerstandsfähigkeit, technologische Unabhängigkeit und Führungsrolle; Aufbau operativer Kapazitäten zur Prävention, Abschreckung und Reaktion sowie Förderung eines globalen offenen Cyberraums durch verstärkte Zusammenarbeit). Weiters hat die Kommission einen Vorschlag für eine überarbeitete Richtlinie zur Sicherheit von Netz- und Informationssystemen (NIS-2-Richtlinie) angenommen. Es obliegt nun dem Europäischen Parlament und dem Rat, die vorgeschlagene NIS-2-Richtlinie und die Richtlinie über die Widerstandsfähigkeit kritischer Einrichtungen zu prüfen und anzunehmen.

### **EU schränkt den Verkauf von Überwachungssoftware ein**

Nach vierjährigen Verhandlungen unterzeichneten der Europäische Rat und das EU-Parlament Anfang November neue Ausfuhrbeschränkungen, die den Verkauf von Überwachungssoftware an Menschenrechte unterdrückende Regime einschränken sollen. Darunter fällt Software, die die „verdeckte Überwachung natürlicher Personen durch Beobachtung, Extraktion, Sammlung oder Analyse von Daten, einschließlich biometrischer Daten“ ermöglichen. Der neue Text der Verordnung über sogenannte „Dual-Use-Güter“ überlässt den Mitgliedsstaaten die Entscheidung, ob die neuen Beschränkungen auch die Ausfuhr von Produkten wie Gesichtserkennungstechnologien einschließen.

### **EU-Zentrum für Cyber-Sicherheit**

Am 10. Dezember teilte der Rat der EU-Staaten mit, dass der Standort für das geplante Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Bukarest entstehen soll. Das von der EU-Kommission vorgeschlagene Zentrum soll eine bessere Koordinierung von Forschung und Innovation ermöglichen und Investitionen in Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung bündeln. Bereits Anfang 2021 soll das Zentrum seine Arbeit aufnehmen und die Tätigkeit der EU-Agentur für Netz- und Informationssicherheit mit Sitz in Griechenland ergänzen.

### **EU verhängt Sanktionen gegen Russen, Chinesen und Nordkoreaner**

Ende Juli wurden Sanktionen gegen zwei Staatsangehörige der VR China und vier Personen der Russischen Föderation, einer chinesischen, einer nordkoreanischen Firma und einer Einheit des russischen militärischen Nachrichtendienstes verhängt. Die Sanktionen wurden mit Spionagetätigkeiten gegen die EU, die OPCW und den Angriffen auf die Stromversorgung der Ukraine begründet. Am 22. Oktober hat der Europäische Rat Sanktionen gegen die Einheit 26165 (APT-28/Fancy Bear) und zwei Offiziere des russischen militärischen Nachrichtendienstes GRU verhängt. Diese sollen für den Angriff auf das Informationssystem des Deutschen Bundestages 2015 (mit)verantwortlich gewesen sein. Die IKT-Systeme waren mehrere Tage beeinträchtigt und eine erhebliche Menge an Daten wurde gestohlen. Auch die E-Mail-Konten mehrerer Abgeordneter und jene von Bundeskanzlerin Angela Merkel waren betroffen. Den Cybereinheiten des GRU wurden in den letzten Jahren eine Reihe von Angriffen zugeschrieben, darunter der Angriff gegen die Winterolympiade 2018. Die Sanktionen bestehen jeweils aus einem Einreiseverbot und dem Einfrieren von persönlichen und institutionellen Vermögenswerten. Darüber hinaus ist es Personen und Organisationen in der EU untersagt, den angeführten Personen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das Vereinigte Königreich hat sich den Sanktionen angeschlossen.

### **US-Anklage gegen sechs russische Hacker**

Am 16. Oktober 2020 hat die Grand Jury des Bundes in Pittsburgh Anklage gegen sechs Hacker erhoben, die den bis dato verheerendsten Cyber-Angriff („NotPetya“) verursacht hatten. Die Angeklagten sind Staatsangehörige der Russischen Föderation und mutmaßliche Mitarbeiter der russischen Einheit 74455 des militärischen Nachrichtendienstes (GRU). Den Angeklagten werden sieben Anklagepunkte und die Verursachung von Schäden in Höhe von rund 10 Mrd. Dollar weltweit vorgeworfen. Drei Geschädigte in den USA - ein Gesundheitszentrum, ein Pharmaunternehmen und eine Tochtergesellschaft von Fedex - beziffern ihre Verluste mit 1 Mrd. Dollar. Derselbe Angriff zwang u.a. den dänischen Schifffahrtsgiganten Maersk, sein IT-Netzwerk und mehrere

Containerterminals zu schließen und verursachte einen Schaden zwischen 200 und 300 Millionen \$ durch Umsatzverluste und Wiederherstellungskosten im Juni 2017.

### **Deutschland verabschiedet das IT-Sicherheitsgesetz 2.0**

Die Bundesregierung hat am 16. Oktober das IT-Sicherheitsgesetz 2.0 zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme beschlossen. Innenminister Seehofer nannte dies einen „Durchbruch für Deutschlands Cybersicherheit“. Deutschland habe in den letzten Jahren viel gegen den Terror getan. Es müsse genauso viel dafür tun, dass Hacker und Spione nicht die Schaltzentralen deutscher Krankenhäuser oder Energieversorger kaperten. Mit dem IT-Sicherheitsgesetz 2.0 soll die Abwehr von Angriffen im Cyberraum deutlich gestärkt werden. Das Gesetz enthält u.a. weitere Befugnisse des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie die Verpflichtung für Betreiber Kritischer Infrastrukturen, Systeme zur Angriffserkennung einzusetzen.

### **Britisches Gesetz zur Kontrolle der britischen Telekommunikationsnetzwerke**

Am 24. November wurde durch die britische Regierung ein neues Gesetz vorgelegt, um die Kontrollmöglichkeiten über die nationalen Telekommunikationsnetze zu verbessern. Die Gesetzesvorlage wird auch den Sicherheitsrahmen für Technologien stärken, die in 5G- und Vollfasernetzen verwendet werden, einschließlich der elektronischen Geräte und Software. Die Regierung betonte, dass dieses Gesetz der Schlüssel zum Schutz vor feindlichen Cyberaktivitäten staatlicher Akteure oder Krimineller sei. Die Telekommunikationsbehörde Ofcom wird für die Überwachung und Bewertung der Sicherheit von Telekommunikationsanbietern verantwortlich sein. Die Betreiber, die die neuen Standards nicht erfüllen oder die Anweisungen nicht befolgen, können mit hohen Bußgeldern von bis zu 10% des Umsatzes oder 100.000 £ pro Tag belegt werden.

### **Großbritanniens neue „National Cyber Force“**

Der Premierminister kündigte die Aufstellung der „National Cyber Force“ (NCF) im Rahmen des „National Offensive Cyber Program“ an, um in Zusammenarbeit mit dem „National Cyber Security Center“ (NCSC) und offensiv gegen Bedrohungsakteure vorgehen zu können. Die Mitarbeiter des NCF sollen aus den Nachrichtendiensten (GCHQ und MI6), dem Verteidigungsministerium sowie dem „Defence Science and Technology Laboratory“ rekrutiert werden. Ziel sei es, Cyberoperationen durchzuführen, um die nationale Sicherheit gefährdende Aktivitäten feindlicher staatlicher Akteure, Terroristen und Kriminelle zu bekämpfen. Ein Beispiel für Aktivitäten der NCF könnte die Störung von

Mobiltelefonen sein, um terroristische Kommunikation zu verhindern.

### **Die belgische Armee stellt eine Cyber-Teilstreitkraft auf**

Die belgische Verteidigungsministerin erklärte in einer Grundsatzrede, dass die belgischen Streitkräfte bis 2025 über eine fünfte Teilstreitkraft zur Bekämpfung von Cyberbedrohungen verfügen sollen. In erster Linie sollen die bestehenden Cyber-Kapazitäten innerhalb des militärischen Nachrichten- und Sicherheitsdienstes SGRS gestärkt werden. Die Ministerin erwartet, dass eine eigene Cyberkomponente entwickelt werden kann, ohne die Aufklärungskapazität des SGRS in diesem Bereich zu schwächen. Künftige Operationen könnten über die Cyberverteidigung hinausgehen und offensive Fähigkeiten beinhalten, wofür aber noch der rechtliche Rahmen zu schaffen wäre.

### **Die Schweiz implementiert ein Cyberkommando**

Mit Blick auf die aktuelle Bedrohungslage will der Bundesrat die Führungsunterstützungsbasis (FUB) bis Anfang 2024 in ein Kommando Cyber weiterentwickeln. Das Kommando Cyber soll künftig die militärischen Schlüsselfähigkeiten in den Bereichen Lagebild, Cyberabwehr, IKT-Leistungen, Führungsunterstützung, Kryptologie und elektronische Kriegführung bereitstellen. Weiters sollen die Personalbestände ausgebaut werden. Mit Jänner 2022 soll ein Cyberbataillon und ein Cyberfachstab aufgestellt und der Personalstand in der Miliz von heute 206 auf 575 Angehörige der Armee erhöht werden. Um die Ausbildungsqualität der Miliz-Cyberspezialisten weiter zu erhöhen, wird die Ausbildung innerhalb der Armee mit einem Praktikum bei externen Partnern ergänzt. Dadurch lassen sich die erlernten Fähigkeiten vertiefen, erweitern und anschließend in die Armee zurückführen. Die Kosten seien nach Angaben des Bundesrates bereits im Rahmen der Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee (WEA) budgetiert.

### **Australien investiert 826 Mio. in die Cyber-Sicherheit**

Unter dem Eindruck eines großangelegten Cyberangriffs informierte der australische Premierminister Mitte Juni die Öffentlichkeit über die Pläne zur Erhöhung der Cybersicherheit. In den nächsten zehn Jahren soll die Masse der 826 Mio. € in den für Fernmeldeaufklärung zuständigen Nachrichtendienst „Australian Signals Directorate“ (ASD) und das australische Cybersicherheitszentrum (ACSC) investiert werden. Das Programm mit dem Namen „Cyber Enhanced Situational Awareness and Response“ (CESAR) soll vor allem den Schutz und die Widerstandsfähigkeit Australiens gegen Cyberbedrohungen erhöhen. Rund 288 Mio. € sollen für mehr als 500 neue Cyberexperten und deren Ausbildung bereitgestellt werden. Das Programm wird in der kommenden nationalen

Cybersicherheitsstrategie 2020 näher erläutert werden.

### **Ausblick**

Die Anstrengungen in Europa zur Erreichung der digitalen Souveränität und strategischen Autonomie sollten intensiviert werden. Dazu zählen Maßnahmen zur Stärkung der Fähigkeit, autonome Entscheidungen zu treffen und widerstandsfähige, sichere Infrastrukturen, Produkte und Dienste zu implementieren. Damit kann das erforderliche Vertrauen der Bürger in den digitalen Binnenmarkt und innerhalb der europäischen Gesellschaft aufgebaut und die Grundwerte der Europäischen Union, insbesondere die Privatsphäre, Sicherheit, Gleichberechtigung, die Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit sowie das offene Internet gestärkt werden. Ein Bündel von Maßnahmen wie die Forcierung der Forschung, der Aufbau europäischer Strukturen, die Bereitstellung von Risikokapital, die Ausbildung und Gewinnung von hochqualifiziertem Personal und die Vertiefung der sicherheitspolizeilichen und militärischen Kooperation sind unabdingbar. Schließlich muss zur Erzielung einer Abhaltewirkung eine effektive Cyberverteidigung auch mit offensiven Wirkmitteln aufgebaut werden. Beispielsweise spricht das United States Cyber Command von "dauerhaftem Engagement" und "Vorwärtsverteidigung" im Cyberraum. Mit der zusätzlichen Androhung von Hard Power könnte eine wirksame Abschreckung erreicht werden.

Für kleine Staaten stellt sich die Frage, wie die Kosten für Aggressoren erhöht werden können (sowohl operativ als auch finanziell). Hierzu zählt die Sicherung der nationalen strategischen Infrastruktur, insbesondere jener, die für die militärische Landesverteidigung und die innere Sicherheit besonders wichtig ist. Operativ entscheidend sind die Sicherstellung eines aktuellen Bedrohungsbildes, die Automatisierung von Früherkennung und Alarmierung sowie der Bedrohungsabwehr an allen Punkten der kritischen Netzwerke sowie der Aufbau nationaler Fähigkeiten, offensiv gegen Angriffe vorzugehen.

**Walter J. Unger**

## Bildnachweis

Seite 5: Graphik: Jedlaucnik, Hervig; *Auch in der Corona-Krise: China übertrifft ökonomisch den Westen*. Daten: International Monetary Fund, World Economic Outlook Database, October 2020 und World Economic Outlook, January 2021 Update. URL: <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/weo-database/2020/October/download-entire-database>; <https://www.imf.org/-/media/Files/Publications/WEO/2021/Update/January/English/data/WEOJan2021update.ashx> (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 5: Graphik: Jedlaucnik, Hervig; *Vergleich der Wirtschaftsentwicklung USA – China*. Daten: International Monetary Fund, World Economic Outlook Database, October 2020 und World Economic Outlook, January 2021 Update. URL: <https://www.imf.org/en/Publications/WEO/weo-database/2020/October/download-entire-database> (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 7: Graphik: Jedlaucnik, Hervig; *Vergleich der Rüstungsausgaben USA – China*. Daten: SIPRI Military Expenditure Database. URL: <https://www.sipri.org/databases/milex> (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 11: Graphik: Kingofthedeed; *Map of the Electoral College for the United States presidential election, 2020, public domain*, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:ElectoralCollege2020\\_with\\_results.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:ElectoralCollege2020_with_results.svg) (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 12: Foto: Merbler, Tyler; *A gallows hangs near the United States Capitol during the 2021 storming of the United States Capitol*, licensed under the terms of the cc-by-2.0, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2021\\_storming\\_of\\_the\\_United\\_States\\_Capitol\\_DSC09156\\_\(50826223403\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2021_storming_of_the_United_States_Capitol_DSC09156_(50826223403).jpg) (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 12: Foto: Merbler, Tyler; *Tear Gas outside United States Capitol, sed under the Creative Commons Attribution 2.0 Generic license*, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tear\\_Gas\\_outside\\_United\\_States\\_Capitol\\_20210106.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tear_Gas_outside_United_States_Capitol_20210106.jpg) (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 13: Foto: Hecht, Matt Master Sgt. (New Jersey National Guard); *U.S. Army Soldiers with the National Guard secure an area near the U.S. Capitol in Washington, D.C., Jan. 20, 2021. National Guard Soldiers and Airmen from several states have traveled to Washington to provide support to federal and district authorities leading up to the 59th Presidential Inauguration*, public domain, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:59th\\_Presidential\\_Inauguration\\_support\\_\(50859076138\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:59th_Presidential_Inauguration_support_(50859076138).jpg) (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 14: Foto: Biddle, Susan (White House); *On 31 July 1991, the US President, George Bush (sitting on the left), and General Secretary of the Communist Party of the Soviet Union, Mikhail Gorbachev (sitting on the right), sign the START I Agreement for the mutual elimination of the two countries' strategic nuclear weapons*, public domain, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:George\\_Bush\\_and\\_Mikhail\\_Gorbachev\\_sign\\_the\\_START\\_1991.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:George_Bush_and_Mikhail_Gorbachev_sign_the_START_1991.jpg) (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 15: Foto: Schilling, Fred (Supreme Court of the United States); *Associate Justice Brett M. Kavanaugh*, public domain, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Associate\\_Justice\\_Brett\\_Kavanaugh\\_Official\\_Portrait\\_\(full\\_length\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Associate_Justice_Brett_Kavanaugh_Official_Portrait_(full_length).jpg) (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 16: Foto: N. N. (Supreme Court of the United States); *Ruth Bader Ginsburg 2016 portrait*, public domain, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ruth\\_Bader\\_Ginsburg\\_2016\\_portrait.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ruth_Bader_Ginsburg_2016_portrait.jpg) (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 17: Graphik: Benutzer:Summer ... hier!; *COVID-19-Pandemie - US (Vereinigte Staaten von Amerika) – Infizierte*, licensed under Creative Commons CC0 1.0 Universal Public Domain Dedication, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:COVID-19-Pandemie\\_-\\_US\\_\(Vereinigte\\_Staaten\\_von\\_Amerika\)\\_-\\_Infizierte\\_\(800px\).svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:COVID-19-Pandemie_-_US_(Vereinigte_Staaten_von_Amerika)_-_Infizierte_(800px).svg) (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 17: Graphik: Benutzer:Summer ... hier!; *COVID-19-Pandemie - US (Vereinigte Staaten von Amerika) – Tote*, licensed under Creative Commons CC0 1.0 Universal Public Domain Dedication, URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:COVID-19-Pandemie\\_-\\_US\\_\(Vereinigte\\_Staaten\\_von\\_Amerika\)\\_-\\_Tote\\_\(800px\).svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:COVID-19-Pandemie_-_US_(Vereinigte_Staaten_von_Amerika)_-_Tote_(800px).svg) (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 31: Foto: N. N.; NATO Secretary General visits the European Commission, released under the legally recognized terms of "Fair Use, URL: [https://www.nato.int/cps/en/natohq/photos\\_180099.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/photos_180099.htm)

Seite 42: Diagramm: Farkas, Barbara; Freihandelsabkommen RCEP und CPTPP.

Seite 5: Graphik: Furfur; China's maritime claim (red) and UNCLOS exclusive economic zones (blue) in the South China Sea, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported License, URL:

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:South\\_China\\_Sea\\_vector\\_de.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:South_China_Sea_vector_de.svg) (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

S. 44: Graphik: Furfur; China's maritime claim (red) and UNCLOS exclusive economic zones (blue) in the South China Sea, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported License, URL:

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:South\\_China\\_Sea\\_vector\\_de.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:South_China_Sea_vector_de.svg) (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 53: Foto: Hanks, Andrea (Official White House Photo); U.S. Chief of Protocol Cam Henderson assists President Donald J. Trump, Minister of Foreign Affairs of Bahrain Dr. Abdullatif bin Rashid Al-Zayani, Israeli Prime Minister Benjamin Netanyahu and Minister of Foreign Affairs for the United Arab Emirates Abdullah bin Zayed Al Nahyan with the documents during the signing of the Abraham Accords Tuesday, Sept. 15, 2020, on the South Lawn of the White House, public domain, URL:

<https://www.flickr.com/photos/whitehouse45/50346837712/> (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

Seite 56: Graphik: US Federal Government; Map of the Trump peace plan, public domain, URL:

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Trump\\_Peace\\_Plan\\_Map.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Trump_Peace_Plan_Map.jpg) (zuletzt eingesehen am: 08.02.2021)

**Kartenmaterial**

erstellt vom Institut für Militärisches Geowesen (IMG)

Die pazifische Gegenküste der USA .....	Seite 8
Vereinigte Staaten von Amerika.....	Seite 10
Europa.....	Seite 20
North Atlantic Treaty Organization (NATO) .....	Seite 28
Kaukasus .....	Seite 32
Indo-Pazifischer Raum.....	Seite 40
Middle East & North Africa (MENA) .....	Seite 50
Naher Osten .....	Seite 50
Afrika.....	Seite 66
Lateinamerika.....	Seite 70

## Autoren

Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA	Russland und der postsowjetische Raum
Mag. Barbara FARKAS	Der indopazifische Raum
Dr. Gerald HAINZL	Sub-Sahara Afrika
Dr. Gunther HAUSER	Europa und die EU
Dr. Herwig JEDLAUCNIK, MBA	Innenpolitische und strategische Herausforderungen der neuen US-Führung
Dr. Johannes MAERK	Lateinamerika
Dr. Otto NADERER	Die NATO und die transatlantischen Beziehungen
Dr. Walter POSCH	Entwicklungen in der Türkei und im Iran
Stephan REINER, BA MA	Die Region des Nahen und Mittleren Ostens
Dr. Felix SCHNEIDER	Donald John Trump – Abgesang auf einen Antidemokraten, oder: Was vom Präsidentenamt übrigblieb

## **Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)**

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an [lvak.iss@bmlv.gv.at](mailto:lvak.iss@bmlv.gv.at) bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

[www.bundesheer.at/iss](http://www.bundesheer.at/iss)



**LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE  
INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK**

ISBN: 978-3-903359-22-2